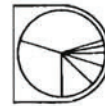


Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

Dezember 1986

für das Land
Nordrhein-
Westfalen



Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte Oktober bis Mitte November 1986 um 0,2 % von 119,7 auf 119,5 Punkte zurückgegangen (Basis 1980 = 100); damit wurde das Preisniveau vom November vorigen Jahres um 1,4 % unterschritten. Im Oktober hatte die jährliche Preisveränderungsrate bei -1,1 % und in den Monaten Juli bis September bei jeweils -0,7 % gelegen. — Die Indexveränderung im November 1986/85 beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen -1,5 % (119,4 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen -1,1 % (120,4 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern -0,9 % (119,6 Punkte). — Für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte während der ersten elf Monate dieses Jahres errechnet sich eine durchschnittliche Jahresveränderungsrate des Preisindex von -0,3 % (elf Monate 1985/84: +2,1 %).

■ In den über 10 800 nordrhein-westfälischen Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten waren in den ersten neun Monaten 1986 durchschnittlich 1,963 Millionen Personen tätig, 18 900 oder 1,0 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Der Anstieg beruht ausschließlich auf der Entwicklung im Investitionsgüterbereich, in dem die Zahl der tätigen Personen um 23 300 oder 2,8 % gestiegen ist. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe blieb der Personalstand unverändert. Dagegen wurden im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (-1 600) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (-400) jeweils 0,3 % weniger Personen beschäftigt. Im Bergbau ging die Zahl der Angestellten und Arbeiter sogar um 2 500 oder 1,6 % zurück.

■ Mehr als ein Zehntel (11,3 %) der nordrhein-westfälischen **Exportwaren** gingen in den ersten acht Monaten 1986 in die Niederlande, den nach wie vor wichtigsten Exportmarkt Nordrhein-Westfalens. Der Exportwert der Waren betrug 10,4 Milliarden DM, 2,5 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Einen deutlichen Zuwachs erzielten Enderzeugnisse (5,6 Mrd. DM) mit +8,3 %. Kräftig zulegen konnten hier Maschinen (1,2 Mrd. DM) mit +11,1 %, elektrotechnische Erzeugnisse (0,8 Mrd. DM) mit +20,6 % und Kraftfahrzeuge (0,5 Mrd. DM) mit +31,2 %. Der Export von Vorzeugnissen (2,8 Mrd. DM) war mit -2,0 % leicht rückläufig. Dagegen wurden starke Einbußen bei den Gütern der Ernährungswirtschaft (-19,5 %) und bei Halbwaren (-29,0 %) verzeichnet, während der Rückgang bei Rohstoffen (-3,6 %) nur durchschnittlich ausfiel.

■ **Die Rohölimporte** Nordrhein-Westfalens lagen in den ersten acht Monaten 1986 mit 15,5 Millionen Tonnen um knapp 13 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Rohölrechnung jedoch fiel infolge gesunkener Erdölpreise mit 4,3 Mrd. DM um über die Hälfte (-52,1 %) niedriger aus. — Wichtigste Lieferländer waren Großbritannien mit 4,9 Mill. t, Venezuela und Libyen mit je 1,8 Mill. t, Norwegen und die Sowjetunion mit je 1,7 Mill. t sowie Nigeria mit 1,4 Mill. t. Auf diese Länder entfielen 86,5 % der gesamten Rohöleinfuhren. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1985 stiegen die Rohölimporte aus dem Irak (+250 %), Saudi-Arabien (+220 %), Nigeria (+190 %) und Libyen (+159 %) in den ersten acht Monaten 1986 stark an, während die Lieferungen aus Großbritannien (-2,6 %) und der Sowjetunion (-14 %) zurückgingen.

■ In Nordrhein-Westfalen gab es am 1. Juli dieses Jahres 613 554 **motorisierte Zweiräder**, 7,8 % weniger als ein Jahr zuvor; davon waren 370 955 zulassungsfrei und 242 599 zulassungspflichtig. — Trotz eines Rückgangs um 15,4 % auf nun 245 925 Fahrzeuge bilden Mofas und Mopeds unter den „Zulassungsfreien“ nach wie vor die weitaus stärkste Gruppe. Rückläufig ist die Entwicklung auch bei anmeldepflichtigen Leichtkrafträdern mit amtlichem Kennzeichen (-14 % auf 79 243). — Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraft-rädern stieg gegenüber 1985 um 3,6 %; hier waren am 1. Juli 228 954 (+3,1 %) Motorräder und 13 645 (+12,1 %) Motorroller registriert.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang
Dezember 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,— DM,
Einzelheft: 5,— DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8612

Inhalt

- 817 Schätzung aggregierter privater Einkommen in den Gemeinden
- 826 Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände
- 833 Die kommunalen Finanzen 1980 – 1984

Rundblick

- 844 Ausländische Schüler in den allgemeinbildenden Schulen 1985/86
- 854 Zur Mobilität sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer 1979 bis 1983
- 855 Die Exporttätigkeit der Industrie im 1. Halbjahr 1986

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Statische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

Inhalts- verzeichnis 1986

38. Jahrgang

Herausgeber:

Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Gebiet und Bevölkerung

Regionale Mortalitätsanalyse 1979 bis 1983	2/75
Volkszählung 1987 – Inhalt, Erhebungsablauf und datenschutzrechtliche Verfahren –	2/89
Künftige Entwicklung der privaten Haushalte	4/218
Demographische Einflüsse auf den Arbeitsmarkt	5/273
Künftige Bevölkerungsentwicklung – „Bevölkerungsprognose 1984 bis 2000/2010“, Ergebnisse und Prognoserisiken –	11/760

Kurzbeitrag

Ausländer 1985	9/628
--------------------------	-------

Bildung

Private berufsbildende Schulen	8/516
Bewerberverhalten der Schulabgänger und ihre Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1986	10/690

Kurzbeiträge

Allgemeinbildende Schulen 1985/86.	11/779
Ausländische Schüler in den allgemeinbildenden Schulen 1985/86	12/844

Rechtspflege

Die Strafverfolgung 1985.	10/672
-----------------------------------	--------

Kurzbeitrag

Betäubungsmittelkriminalität 1984	3/171
---	-------

Wahlen

Erfolgswert der Wahlentscheidung bei allgemeinen Wahlen in der Nachkriegszeit	9/581
Die Bundestagswahl am 25. Januar 1987	11/747

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsfälle nach Bruttojahresentgelt 1982.	3/141
Beschäftigtenanalyse.	7/435

Kurzbeiträge

Der „gleitende“ Übergang in den Ruhestand	1/30
Berufliche und sektorale Mobilität der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer 1982	4/237
Zur Beschäftigtenentwicklung in der DV-Herstellung 1977 – 1985	7/477
Beschäftigungsfälle 1982 nach Bruttoarbeitsentgelt und beruflicher Gliederung	8/538
Die Fluktuation bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	9/632
Zur Entwicklung der Mehrarbeit durch Überstunden	11/788
Zur Mobilität sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer 1979 bis 1983	12/854

Landwirtschaft

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1985.	9/592
---	-------

Kurzbeiträge

Endgültige Ergebnisse der Bodennutzung 1985.	2/110
Viehhalter und Viehbestände am 3. Dezember 1985	3/176
Brut und Schlachtungen von Geflügel 1985	4/239
Veränderung der Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 1960 – 1985	6/390
Milcherzeugung und -verwendung 1985	6/393
Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1985	10/703

Unternehmen und Arbeitsstätten

Methodik und Ablauf der Arbeitsstättenzählung 1987	7/456
--	-------

Kurzbeitrag

GmbH-Fluktuation	11/789
----------------------------	--------

Produzierendes Gewerbe

Die industrielle Produktion 1978 und 1984	1/15
Die Investitionstätigkeit in den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1984	3/150
Die konjunkturelle Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1985	5/284
Die chemische Industrie 1978–1985	6/358
Die Entwicklung des Handwerks 1983–1985	7/463
Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 1978–1985	8/526
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1984	10/697

Kurzbeiträge

Das Brauereigewerbe 1978–1985	7/478
Die Exporttätigkeit der Industrie im 1. Halbjahr 1986	12/855

Bautätigkeit und Wohnungswesen

Wohngeldbezug und regionales Mietenniveau – Ergebnisse aus der Wohngeldstatistik 1984–	3/162
Bauabgänge 1981–1984	4/228

Kurzbeiträge

Subunternehmen im Bauhauptgewerbe	4/242
Der Bauüberhang im Wohnungsbau seit 1970	10/713

Handel und Gastgewerbe

Der Außenhandel der Entwicklungsländer	9/608
--	-------

Kurzbeiträge

Methodik und Ablauf der Handels- und Gaststättenzählung 1985	1/27
Der Außenhandel der Republik Südafrika	8/540
Der Straßenfahrzeugbau – Zur außenwirtschaftlichen Bedeutung –	10/707

Verkehr

Kurzbeiträge

Bei Fahrzeugführern festgestellte Straßenverkehrsunfallursachen 1984	2/113
Seltene Flaggen in der Binnenschifffahrt	5/313

Geld und Kredit, Versicherungen

Zahlungsschwierigkeiten 1982 bis 1985	9/618
---	-------

Sozialleistungen

Die Behinderten am 31. 12. 1985	7/442
Die Arbeitslosigkeit im Spiegel der Sozialhilfestatistik	10/661

Finanzen und Steuern

Kommunale Krankenhäuser und ihre Finanzierung	
– Ergebnisse der Krankenhausfinanzstatistik 1983–	5/297
Umsätze und Umsatzsteuer 1984	6/374
Bruttolöhne und Lohnsteuer 1983	6/381
Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände	12/826
Die kommunalen Finanzen 1980–1984	12/833

Löhne und Gehälter

Arbeitskosten im Handel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe 1984	11/770
--	--------

Versorgung und Verbrauch

Kurzbeitrag

Kreditverpflichtungen der Privathaushalte 1973 bis 1983.	5/311
--	-------

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Genauigkeit von Landesergebnissen der Kostenstrukturerhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1/3
Untersuchung zur Aussagefähigkeit der Shift-Analyse mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2/101
Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Gemeinden	4/211
Warum Revisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen?	6/351
Zur Plausibilität der Gemeindeergebnisse von Aggregaten der Sozialproduktsberechnung	8/509
Schätzung aggregierter privater Einkommen in den Gemeinden	12/817

Kurzbeitrag

Von der Kapitalproduktivität zur Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.	5/305
--	-------

Umweltschutz

Kurzbeitrag

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1983	8/544
---	-------

Datenverarbeitung

Kurzbeitrag

Einsatz des Datenvermittlungssystems Nordrhein-Westfalen (DVS) für die Aufgabenerledigung der amtlichen Statistik	7/474
---	-------

Schätzung aggregierter privater Einkommen in den Gemeinden

Im Heft 4/1986 dieser Zeitschrift wurde dargestellt, welche Aggregate der Sozialproduktsberechnung bisher für die nordrhein-westfälischen Gemeinden ermittelt werden und nach welchen Methoden und Datengrundlagen die Berechnung erfolgt.¹⁾ Dabei wurde ausgeführt, daß die das Endergebnis der Verteilungs- bzw. Umverteilungsrechnung bildenden Einkommensarten „Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen“ und „verfügbares Einkommen“ und damit indirekt auch der den Unterschied zwischen diesen beiden Einkommensarten ausmachende Saldo der „geleisteten und empfangenen laufenden Übertragungen“ der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bisher zwar für die kreisfreien Städte und Kreise, aber nicht für die kreisangehörigen Gemeinden berechnet werden. Inzwischen wurde diese Lücke geschlossen, d. h. die Schätzung der Einkommenssummen sämtlicher in jeweils einer Gemeinde ansässigen privaten Institutionen auf alle nordrhein-westfälischen Gemeinden ausgedehnt. Die ersten Ergebnisse beziehen sich auf die Berichtsjahre 1982 und 1983; sie wurden in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Reihe „Statistische Berichte Nr. P II 2“ veröffentlicht, allerdings nicht für alle Gemeinden gesondert, sondern – neben der herkömmlichen Gliederung nach kreisfreien Städten und Kreisen – für die gemeindescharf abgegrenzten sog. „Arbeitsmarktregionen“, wie sie der gemeinsamen regionalen Wirtschaftsförderung der Regierungen des Bundes und der Länder zugrundeliegen. Intern liegen jedoch auch für die kreisangehörigen Gemeinden gesonderte Ergebnisse vor. Diese können außer zu Kreisen und Arbeitsmarktregionen auch zu beliebigen anderen Regionen zusammengefaßt werden. Da die Datenbasis sich mit abnehmender regionaler Ebene verschlechtert, dürfte den kleinräumigen Werten im allgemeinen eine geringere Genauigkeit zukommen als den entsprechenden Werten für größere Gebietseinheiten. Bei der Interpretation der Schätzwerte für die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden ist daher Zurückhaltung geboten. Die Verwendung der Werte dieser Gemeinden als Bausteine für größere Gebietseinheiten bedeutet jedoch einen wesentlichen Fortschritt; denn häufig liegen regionalen Untersuchungen Gebiete zugrunde, deren Grenzen sich zwar nicht mit den Kreisgrenzen, wohl aber mit den Gemeindegrenzen decken, die man also – wie die Arbeitsmarktregionen – nur durch Zusammenfassung mehrerer benachbarter Gemeinden erhält. Ein weiteres Untersuchungsziel kann die Klassifikation der Gemeinden nach Typen erfordern. In diesem Fall können nunmehr mehrere – benachbarte oder nicht benachbarte – Gemeinden nach den für sie geschätzten Pro-Kopf-Werten der privaten Einkommen vorgegebenen Einkommensklassen zugeordnet werden. Das Problem der zwar nicht zu quantifizierenden, jedoch möglicherweise erheblichen Schätzfehler der einzelnen Gemeindegewerte entschärft sich mit der Zusammenfassung mehrerer Gemeinden. Diese optimistische Erwartung ergibt sich leicht aus der folgenden Überlegung: Jeder Schätzwert einer Gemeinde ist die Summe aus dem – stets positiven – unbekannten wahren Wert und dem positiven oder negativen Schätzfehler, d. h. der Schätzwert – wenn er nicht ausnahmsweise mit dem wahren Wert übereinstimmt – kann gegenüber diesem sowohl zu groß als auch zu klein sein. Bei der Zusammenfassung der Schätzwerte mehrerer Gemeinden addieren sich sowohl die wahren Werte als auch die Schätzfehler. Unter Berücksichtigung der Vorzeichen wird dabei der wahre Wert für die zusammengefaßte Gemeindegruppe stets größer als für jede Einzelgemeinde; der Schätzfehler kann für die Gemeindegruppe dagegen absolut größer oder kleiner werden oder gleich bleiben. Zur Beurteilung der Genauigkeit ist statt des absoluten der relative Schätzfehler zu betrachten, d. h. der Quotient „Differenz zwischen dem Schätzwert und dem wahren Wert, dividiert durch den wahren Wert“. Der relative Schätzfehler für die Gemeindegruppe ist im ungünstigsten Fall so groß wie für die am stärksten fehlerbehaftete Einzelgemeinde, im günstigsten Fall ist er gleich Null. Der ungünstigste Fall tritt nur dann auf, wenn der relative Schätzfehler für jede Gemeinde nach Betrag und Vorzeichen gleich ist, also jede Gemeinde in gleicher Weise „am stärksten fehlerbehaftet“ ist. Dieser Fall ist damit bereits bei der Zusammenfassung von nur zwei Gemeinden sehr unwahrscheinlich; er ist bei der Zusammenfassung mehrerer Gemeinden

Daten für beliebige Regionen

Fehlerreduktion durch Zusammenfassung mehrerer Gemeinden

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 4/1986, S. 211 ff.

praktisch auszuschließen. In den realistischen günstigeren Fällen ist der Betrag des relativen Schätzfehlers für die Gemeindegruppe gleich dem gewogenen arithmetischen Mittel aus den Beträgen der relativen Schätzfehler der Einzelgemeinden – mit deren wahren Werten als Gewichten –, wenn die Schätzfehler aller Einzelgemeinden gleiche Vorzeichen haben. Wenn – was wahrscheinlicher ist – die Schätzfehler nicht bei allen Einzelgemeinden gleiche Vorzeichen haben, ist der Betrag des relativen Schätzfehlers für die Gemeindegruppe kleiner als dieser gewogene Mittelwert und kann auch kleiner sein als der Fehlerbetrag der am wenigsten fehlerbehafteten Einzelgemeinde. Die Fehlerreduktion durch Zusammenfassung mehrerer Gemeinden kann damit wohlbegründet erwartet werden, wenn sie auch nicht gemessen werden kann.

Um bei einem interregionalen Vergleich von Aggregaten der Sozialproduktsberechnung den Einfluß der unterschiedlichen Größe der Regionen auszuschalten, müssen die Werte der Aggregate durch geeignete Bezugsgrößen dividiert werden. Wie alle Aggregate der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung beruhen das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen und das verfügbare Einkommen der privaten Institutionen auf dem Inländerkonzept, d. h. in die Einkommenssummen der betrachteten Region gehen die Einkommen aller Personen und nichterwerbswirtschaftlichen privaten Organisationen ein, die in dieser – als „Inland“ bezeichneten – Region wohnen bzw. ihren Sitz haben, wobei weder der Ort der Entstehung der Einkommen noch die Staatsangehörigkeit der Personen eine Rolle spielt. Die Einbeziehung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ist dabei eigentlich nicht beabsichtigt, jedoch aus Datengründen nicht vermeidbar. Im Vergleich zu den Anteilen der privaten Haushalte sind die auf diese Organisationen entfallenden Einkommensbeträge im übrigen völlig unbedeutend. Daher kann im Folgenden nur von „privaten Haushalten“ gesprochen werden, obwohl in Wirklichkeit stets auch private Organisationen ohne Erwerbszweck gemeint sind, und als Bezugsgröße für die Aggregate der privaten Institutionen kann die Anzahl der zu den Haushalten gehörenden Personen – also die Einwohnerzahl – ohne Berücksichtigung der Anzahl und Größe der privaten Organisationen verwendet werden. Für die beiden Einkommensarten bieten sich die dem jeweiligen Wohnort zugerechneten Gemeindeergebnisse der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes als Bezugsgrößen an. Das Wohnortprinzip der Bevölkerungsstatistik entspricht dem Inländerkonzept der Sozialproduktsberechnung. Zu beachten ist jedoch, daß die Einwohnerzahlen als Bestandsgrößen stichtagsbezogen, die Aggregate der Sozialproduktsberechnung als Veränderungsgrößen dagegen zeitraumbezogen sind. Die als Bruttoeinkommen bzw. verfügbares Einkommen ausgewiesenen Werte stellen jeweils die während eines Kalenderjahres zugeflossenen Einkommensbeträge dar. Um die Stichtagsdaten den Zeitraumdaten anzupassen, werden speziell für die Sozialproduktsberechnung jahresdurchschnittliche Einwohnerzahlen ermittelt. Das geschieht, indem für die kreisfreien Städte und die Kreise Jahresdurchschnitte der Monatsergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung berechnet werden. Für die nur jährlich fortgeschriebenen kreisangehörigen Gemeinden werden entsprechende Ergebnisse geschätzt, indem die Jahresdurchschnitte der Kreise im Verhältnis der Jahresendbestände der jeweils zugehörigen Gemeinden auf diese verteilt werden.

Wie die anderen für die nordrhein-westfälischen Gemeinden berechneten Aggregate der Sozialproduktsberechnung können auch das Bruttoeinkommen und das verfügbare Einkommen auf dieser regionalen Ebene nicht direkt ermittelt werden. Sie werden vielmehr nur indirekt aus den für das übergeordnete Gebiet bereits vorliegenden begrifflich entsprechenden Ergebnissen abgeleitet. Die Ableitung erfolgt in der Weise, daß die auf der Ebene des übergeordneten Gebietes tiefstmöglich in ihre Komponenten zerlegten Aggregate nach einem Schlüsselverfahren unter gesonderter Berücksichtigung der einzelnen Komponenten auf die kleineren Regionen aufgeteilt werden. Die auf diese Weise für die kleineren Regionen geschätzten Komponenten werden anschließend zu den Gesamtaggregaten für diese Regionen zusammengefaßt. Wie die o. a. Zusammenfassung von Gemeinden zu Gemeindegruppen läßt auch die Zusammenfassung der Komponenten zu den Gesamtaggregaten innerhalb jeweils einer Gemeinde eine tendenzielle Kompensation der Schätzfehler und damit brauchbare Gemeindeschätzwerte der Aggregate erwarten, selbst wenn die ermittelten Gemeindewerte der Komponenten ziemlich stark fehlerbehaftet sind. Die rechnerische Verteilung der beiden Einkommensarten auf die Gemeinden erfolgt in einem Zuge. Zunächst werden die für das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt vorliegenden Werte in 53 Komponenten – Einkommensarten bzw. Arten der empfangenen und geleisteten laufenden Übertragungen – untergliedert. Die Schlüsselgrößen, nach denen die Landeswerte

Einwohnerzahl als Bezugsgröße

Rechnerische Verteilung der Einkommenskomponenten

dieser Komponenten auf die Gemeinden verteilt werden, sind sehr vielfältig. Zur Anwendung kommen vorzugsweise wertmäßige, aber auch mengenmäßige Größen. Im Folgenden werden diese Schlüsselgrößen aufgeführt und kommentiert. Bei der Beurteilung, ob ein evtl. als unzureichend erscheinender Schlüssel die Gemeindewerte der Einkommensaggregate wesentlich beeinträchtigen oder ob sein störender Einfluß vernachlässigt werden kann, sollte das Gewicht der betroffenen Komponente in den ausgewiesenen Aggregaten berücksichtigt werden. Ein mangelhafter Schlüssel wirkt sich dann nicht oder kaum nachteilig aus, wenn der Wert der durch ihn verteilten Komponente im Vergleich zum Gesamtwert des Bruttoeinkommens bzw. verfügbaren Einkommens unbedeutend ist. Die folgenden Übersichten enthalten neben den Bezeichnungen der Einkommenskomponenten die jeweils zugehörigen Schlüsselgrößen und deren Datenquellen sowie die als „Gewicht“ bezeichneten für das Jahr 1983 ermittelten prozentualen Anteile der Komponenten am nordrhein-westfälischen Landeswert des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Dieser Landeswert beträgt ca. 340 Mrd. DM, das zugehörige verfügbare Einkommen ca. 292 Mrd. DM. Soweit nichts anderes vermerkt ist, dienen die angegebenen Schlüsselgrößen in gleicher Weise zur Berechnung von Ergebnissen für die kreisfreien Städte und Kreise wie zur Berechnung von Ergebnissen für die kreisangehörigen Gemeinden. Wenn für die kreisangehörigen Gemeinden wegen der erwähnten Verschlechterung der Datenbasis mit abnehmender regionaler Ebene ein abweichender Schlüssel verwendet werden muß, geht die Berechnung der Gemeindewerte stets von den zuvor ermittelten Kreiswerten aus.

Laufende Nummer	Einkommenskomponente	Kreis- bzw. Gemeindeschlüssel	Datenquelle	Gewicht (%)
1	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschließl. Sozialbeiträgen der Arbeitgeber)	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	74,1
2 bis 7	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen; zerlegt nach den Anteilen der zugehörigen sechs Einkunftsarten	Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen; sechs Einkunftsarten gesondert	Einkommensteuerstatistik	25,9

Die Summe der Positionen 1 bis 7 ist das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen. Die als Schlüssel verwendeten Ergebnisse der Steuerstatistiken, die üblicherweise nur für Kreise als kleinste regionale Einheiten vorliegen, stammen aus Sonderaufbereitungen nach Gemeinden. Nachteilig ist, daß die Schlüssel entsprechend der Periodizität der Steuerstatistiken nur in dreijährigen Abständen aktualisiert werden können.

Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen

Die Summe der Positionen 8 bis 18 ergibt die empfangenen – d. h. den privaten Haushalten zugeflossenen – sozialen Leistungen inländischer Sektoren im Zusammenhang mit tatsächlichen oder unterstellten Sozialbeiträgen. Die Angaben über die Rentenzahlungen werden von der Deutschen Bundespost für die einzelnen Bezirke der vierstelligen Postleitzahlen, also in sehr tiefer regionaler Gliederung, zur Verfügung gestellt. Nachteilig ist, daß bei den Angaben zur Erwerbstätigkeit (Wirtschaftsbereich, Beruf, Arbeitnehmereigenschaft) nur zwischen zwei Übeln gewählt werden kann: Man verwendet entweder nach Gemeinden gegliederte, aber veraltete Daten der Volkszählung oder aktuelle, aber regional unzureichend gegliederte Ergebnisse des Mikrozensus. Die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen jährlich ermittelten Gesamtbeschäftigtenzahlen²⁾ sind wie die von der Bundesanstalt für Arbeit vierteljährlich durchgeführte Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer für die Verteilungs- und Umverteilungsseite der Sozialproduktsberechnung nicht brauchbar, weil sie auf dem Inlandskonzept beruhen; d. h. jede Person wird nicht – wie es hier nötig wäre – ihrem Wohnort, sondern ihrem Arbeitsort zugeordnet. Da mit der Gliederung nach Gemeinden sehr kleine Gebietseinheiten betrachtet werden, fallen Wohnort und Arbeitsort besonders häufig auseinander. Teilweise liefern die als Datenquellen verwendeten Statistiken nur für größere Gebietseinheiten Ergebnisse, die dann nach der Wohnbevölkerung schätzungsweise auf die zugehörigen Gemeinden verteilt werden. Dies gilt für die aus der Landwirtschaftszählung entnommenen Kreisergebnisse sowie für die nach Arbeitsamtsbezirken gegliederten Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistiken.

Empfangene soziale Leistungen im Zusammenhang mit Sozialbeiträgen

2) Vgl. Herbert Witt: Beschäftigtenanalyse-Methodendarstellung. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 7/1986, S. 435 ff.

Laufende Nummer	Einkommenskomponente	Kreis- bzw. Gemeindeschlüssel	Datenquelle	Gewicht (%)
8	Leistungen der Rentenversicherung der Arbeiter	Rentenzahlungen an Arbeiter	Angaben der Deutschen Bundespost	6,4
9	Leistungen der Rentenversicherung der Angestellten	Rentenzahlungen an Angestellte	Angaben der Deutschen Bundespost	4,2
10	Leistungen der knappschaftlichen Rentenversicherung	Dem Bergbau zuzurechnende Wohnbevölkerung im Rentenalter	Bevölkerungsfortschreibung; Volkszählung	2,8
11	Leistungen der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst	Dem öffentlichen Dienst (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) zuzurechnende Wohnbevölkerung im Rentenalter	Bevölkerungsfortschreibung; Volkszählung	0,5
12	Leistungen der landwirtschaftlichen Alterskassen	Anzahl der Beitragszahler zu diesen Kassen	Landwirtschaftszählung; Bevölkerungsfortschreibung	0,1
13	Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,8
14	Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,6
15	Leistungen der Arbeitslosenversicherung	Anzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer	Arbeitsmarktstatistiken; Bevölkerungsfortschreibung; Lohnsteuerstatistik; Mikrozensus	2,2
16	Leistungen der selbständigen Pensionskassen und der sonstigen Versicherungsunternehmen	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen und Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen aus selbständiger Arbeit	Lohnsteuerstatistik; Einkommensteuerstatistik	0,2
17	Öffentliche Pensionen	Anzahl der pensionierten Beamten und Richter einschl. der von ihnen unterhaltenen Angehörigen	Bevölkerungsfortschreibung; Volkszählung	2,7
18	Übrige soziale Leistungen inländischer Sektoren im Zusammenhang mit Sozialbeiträgen	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	1,1

Sonstige empfangene soziale Leistungen

Die Summe der Positionen 19 bis 33 ergibt diejenigen empfangenen – d. h. den privaten Haushalten zugeflossenen – sozialen Leistungen inländischer Gebietskörperschaften, die nicht im Zusammenhang mit – tatsächlichen oder unterstellten – Sozialbeiträgen stehen. Auch hier liefern die als Datenquellen verwendeten Statistiken teilweise nur für größere Gebietseinheiten Ergebnisse, so daß eine schätzungsweise Aufteilung auf die zugehörigen Gemeinden nach der Wohnbevölkerung erforderlich ist. Dies gilt für die nach Kreisen gegliederten Ergebnisse der Statistik der Kriegsofopferfürsorge, der Statistik der Sozialhilfe, der Tuberkulosestatistik und der Wohngeldstatistik sowie für die – neben denen der bereits erwähnten Arbeitsmarktstatistiken – nach Arbeitsamtsbezirken gegliederten Ergebnisse der Kindergeldstatistik. Zur Ermittlung des kleinräumigen Anteils der Schüler und Studenten an der Wohnbevölkerung der in Frage kommenden Altersgruppen ist ein Rückgriff auf veraltete Volkszählungsdaten nötig.

Empfangene laufende Übertragungen

Die Summe der Positionen 34 bis 37 ergibt die empfangenen (den privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zugeflossenen) „sonstigen“ (d. h. bisher nicht genannten) laufenden Übertragungen, die Summe der Positionen 8 bis 37 die empfangenen laufenden Übertragungen insgesamt. Die Umsatzsteuerstatistik wird nach Gemeinden aufbereitet. Sie wird zwar nur für die geraden Kalenderjahre durchgeführt, liefert jedoch auch sog. „vergleichbare“ Umsatzangaben für die jeweiligen Vorjahre, so daß für jedes Jahr Schlüsselwerte vorliegen. Ein wesentlicher Mangel der Umsatzsteuerstatistik besteht in der teilweise unsicheren wirtschaftssystematischen Zuordnung der Steuerpflichtigen. Die als Schlüssel verwendeten Bruttowertschöpfungsdaten werden nicht erhoben, sondern im Verlauf der Sozialproduktsberechnung geschätzt³⁾.

3) Vgl. „Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Revidierte Ergebnisse 1970 bis 1985“, Heft 15 der Reihe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Stuttgart 1986.

Laufende Nummer	Einkommenskomponente	Kreis- bzw. Gemeindegemeinschaft	Datenquelle	Gewicht (%)
19	Versorgung der Kriegsoffer	Ausgaben der Kriegsofferfürsorge	Statistik der Kriegsofferfürsorge; Bevölkerungsfortschreibung	0,7
20	Kriegsschadenrenten und sonstige Geldleistungen im Rahmen des Lastenausgleichs	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,1
21	Laufende Wiedergutmachungsleistungen, Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigung u. ä.	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0
22	Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Anstalten	Entsprechende Aufwendungen der örtlichen Träger der Sozialhilfe	Statistik der Sozialhilfe; Bevölkerungsfortschreibung	0,1
23	Sozialhilfe zum Lebensunterhalt	Entsprechende Aufwendungen der örtlichen Träger der Sozialhilfe	Statistik der Sozialhilfe; Bevölkerungsfortschreibung	0,5
24	Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen in Anstalten	Anzahl der Empfänger dieser Hilfe	Statistik der Sozialhilfe; Bevölkerungsfortschreibung	0
25	Sozialhilfe als Tuberkulosehilfe	Anzahl der Tuberkulosefälle	Tuberkulosestatistik; Bevölkerungsfortschreibung	0
26	Sozialhilfe als Kriegsofferfürsorge	Ausgaben der Kriegsofferfürsorge	Statistik der Kriegsofferfürsorge; Bevölkerungsfortschreibung	0,1
27	Arbeitslosenhilfe	Anzahl der Empfänger dieser Hilfe, multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer	Arbeitsmarktstatistiken; Bevölkerungsfortschreibung; Lohnsteuerstatistik; Mikrozensus	0,7
28	Gesetzliche Kindergeldzahlungen an Berechtigte außerhalb des öffentlichen Dienstes	Kindergeldzahlungen der Arbeitsämter	Kindergeldstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; Bevölkerungsfortschreibung	1,1
29	Gesetzliche Kindergeldzahlungen an Berechtigte im öffentlichen Dienst	Anzahl der von Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) „ernährten“ Personen	Volkszählung; Mikrozensus	0,1
30	Wohngeld	Wohngeldzahlungen	Wohngeldstatistik; Bevölkerungsfortschreibung	0,3
31	Ausbildungsbeihilfen an Schüler mit Wohnort in Nordrhein-Westfalen	Anzahl der Gymnasial-, Berufsfach- und Fachschüler	Volkszählung; Bevölkerungsfortschreibung	0,1
32	Ausbildungsbeihilfen an Studenten mit Studienort in Nordrhein-Westfalen	Anzahl der Ingenieur- und Hochschüler	Volkszählung; Bevölkerungsfortschreibung	0,1
33	Leistungen nach dem Unterhaltssicherungs- und dem Mutterschutzgesetz	Summe der Positionen 13 und 30	Bevölkerungsfortschreibung; Wohngeldstatistik	0,2
34	Vom Sektor „Staat“ geleistete laufende Übertragungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck	Steuerbarer Umsatz dieser Organisationen	Umsatzsteuerstatistik	0,9
35	Schadenversicherungsleistungen der Versicherungsunternehmen	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen	Lohnsteuerstatistik; Einkommensteuerstatistik	2,6
36	Vom Sektor „übrige Welt“ geleistete laufende Übertragungen einschl. sozialer Leistungen	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,1
37	Den privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (einschl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) zugeflossene unterstellte Sozialbeiträge	Bruttowertschöpfung der privaten Institutionen	Entstehungsseite der Sozialproduktsberechnung	0,3

Laufende Nummer	Einkommenskomponente	Kreis- bzw. Gemeindeschlüssel	Datenquelle	Gewicht (%)
38	Lohnsteuer auf Bruttolöhne und -gehälter	Lohnsteuer	Lohnsteuerstatistik	10,4
39	Lohnsteuer auf Pensionen	Anzahl der pensionierten Beamten und Richter einschl. der von ihnen unterhaltenen Angehörigen	Bevölkerungsfortschreibung; Volkszählung	0,3
40	Veranlagte Einkommensteuer	Einkommensteuer	Einkommensteuerstatistik	2,5
41	Vermögensteuer, Kapitalertragsteuer, Lastenausgleichsabgabe	Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung sowie „sonstige“ Einkünfte im Sinne des Steuerrechts	Einkommensteuerstatistik	0,4
42	Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (Positionen 1 bis 7), vermehrt um die empfangenen laufenden Übertragungen (Positionen 8 bis 37) und vermindert um die geleisteten laufenden Übertragungen ohne diese Steuern (Positionen 38 bis 41 und 43 bis 53)	siehe oben bzw. unten	0,3
43	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	10,2
44	Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	8,4
45	Tatsächliche „sonstige“ (über die Positionen 43 und 44 hinausgehende) Sozialbeiträge	Anzahl der Selbständigen einschl. der mithelfenden Familienangehörigen	Volkszählung; Mikrozensus	3,2
46	Unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	1,8
47	Unterstellte Sozialbeiträge für die übrigen sozialen Leistungen inländischer Sektoren, soweit diese Leistungen im Zusammenhang mit derartigen Beiträgen erfolgen	Bruttolohnsumme der Lohnsteuerpflichtigen	Lohnsteuerstatistik	2,0
48	(Über die direkten Steuern und Sozialbeiträge hinausgehende) „sonstige“ laufende Übertragungen an den Sektor „Staat“	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,6
49	Nettoprämien für Schadenversicherungen	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen	Lohnsteuerstatistik; Einkommensteuerstatistik	2,6
50	Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer	Ausländische Wohnbevölkerung	Ausländerstatistik; Bevölkerungsfortschreibung	0,6
51	An den Sektor „übrige Welt“ geleistete laufende Übertragungen (außer Position 50)	Wohnbevölkerung insgesamt	Bevölkerungsfortschreibung	0,3
52	Von den privaten Haushalten einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck geleistete soziale Leistungen	Bruttowertschöpfung der privaten Institutionen	Entstehungsseite der Sozialproduktsberechnung	0,1
53	Von den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geleistete soziale Leistungen	Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen aus der Einkunftsart „Gewerbebetrieb“	Einkommensteuerstatistik	0,1

Die Summe der Positionen 38 bis 47 ergibt die direkten Steuern und die (tatsächlichen oder unterstellten) Sozialbeiträge. Die als Schlüssel verwendeten Lohn- und Einkommensteuerbeträge werden differenziert errechnet, indem in jeder der in den Steuerstatistiken unterschiedenen Bruttolohngruppen (Größenklassen) bzw. Einkunftsgrößenklassen der Bruttolohn bzw. die Gesamteinkünfte der in den einzelnen Gemeinden ansässigen Steuerpflichtigen mit der landesdurchschnittlichen Steuerlastquote multipliziert und anschließend je Gemeinde die Summe dieser Produkte über alle Größenklassen gebildet wird.

Steuern und Sozialbeiträge

Die Summe der Positionen 48 bis 53 ergibt die über die direkten Steuern und Sozialbeiträge hinaus von den privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck geleisteten „sonstigen“ laufenden Übertragungen, die Summe der Positionen 38 bis 53 die geleisteten laufenden Übertragungen insgesamt. Bei den Gemeindedaten über die ausländische Wohnbevölkerung handelt es sich um Ergebnisse eines speziellen Schätzverfahrens für Zwecke der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen. Das verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen (Positionen 1 bis 7) zuzüglich der empfangenen laufenden Übertragungen (Positionen 8 bis 37) und abzüglich der geleisteten laufenden Übertragungen (Positionen 38 bis 53). Bei der Wahl der Schlüsselgrößen wird allgemein die Verwendung von Daten angestrebt, die zu den verschiedenen Einkommenskomponenten in offenkundiger enger Beziehung stehen. Auf den Verlegenheitsschlüssel „Wohnbevölkerung insgesamt“ wird nur als letztes Mittel zurückgegriffen. Bei 7 der 53 Einkommenskomponenten wird dieser Schlüssel direkt verwendet. Diese Komponenten machen zusammen nur ca. 2,5 % des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens aus, so daß die Mängel des Schlüssels hier unbedeutend erscheinen. Bei 20 weiteren Einkommenskomponenten (ca. 13,5 % des Bruttoeinkommens) werden Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung indirekt – d. h. in Verbindung mit anderen Datenquellen – als Schlüssel verwendet. Darunter sind jedoch 11 Komponenten (ca. 6 % des Bruttoeinkommens), bei denen die Wohnbevölkerung nur zur Aufteilung von Kreis- bzw. Arbeitsamtsbezirksergebnissen – die mit gut passenden Schlüsseln ermittelt werden – auf die kreisangehörigen Gemeinden dient.

Geleistete laufende Übertragungen

Die Plausibilität der Gemeindewerte der einzelnen Einkommenskomponenten kann an der zeitlichen Stabilität der Anteile der Gemeinden an den entsprechenden Landeswerten gemessen werden. Zu diesem Zweck wird für jede Komponente und jede Gemeinde das folgende Plausibilitätsmaß P berechnet:

$$P = \frac{|B - V|}{V}$$

Plausibilitätsmaß

B und V sind die Anteile der Gemeinde am nordrhein-westfälischen Landeswert der Einkommenskomponente, und zwar B für das Berichtsjahr (hier 1983) und V für das Vorjahr (hier 1982). In der Regel ist der Gemeindewert umso unplausibler, je größer P ist. Für 35 der 53 Einkommenskomponenten ist P bei jeder Gemeinde kleiner als 0,1; die gemeindeweise Berechnung dieser Komponenten ist insoweit unproblematisch. Für die übrigen 18 Komponenten sind die 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen wie folgt auf Werteklassen von P verteilt:

Lfd. Nr. der Einkommenskomponente	Anzahl der Gemeinden mit P-Werten von ... bis unter ...							
	10 oder mehr	5 10	2 5	1 2	0,5 1	0,2 0,5	0,1 0,2	0 0,1
10	–	2	7	11	–	–	–	376
15	–	–	–	–	3	51	153	189
19	–	–	–	–	–	15	63	318
22	–	–	–	–	–	1	43	352
23	–	–	–	–	–	–	2	394
24	–	–	–	–	9	23	111	253
25	1	9	6	199	38	27	10	106
26	–	–	–	–	–	15	64	317
27	–	–	–	–	5	22	87	282
30	–	–	–	–	–	–	23	373
31	–	–	–	–	–	–	1	395
32	–	–	–	–	–	–	13	383
34	5	–	8	14	30	37	45	257
37	–	–	–	–	3	17	45	331
40	–	–	–	–	1	44	103	248
45	–	–	–	–	–	–	70	326
50	–	–	–	–	–	1	14	381
52	–	–	–	–	1	10	19	366

Genauigkeitsunterschiede der Einkommenskomponenten

Die gemeindeweise Berechnung der Einkommenskomponenten ist umso unsicherer, je größere P-Werte vorkommen oder je mehr Gemeinden einen noch tolerierten P-Wert überschreiten. Von den 18 Komponenten, bei denen P-Werte von mindestens 0,1 vorkommen, haben die Komponenten 15 (Leistungen der Arbeitslosenversicherung), 19 (Versorgung der Kriegsoffer), 22 und 24 bis 26 (verschiedene Formen der Sozialhilfe), 27 (Arbeitslosenhilfe), 34 (laufende Übertragungen des Staates an private Organisationen ohne Erwerbszweck), 37 (den privaten Institutionen zugeflossene unterstellte Sozialbeiträge), 40 (veranlagte Einkommensteuer) und 45 (tatsächliche „sonstige“ Sozialbeiträge) für mindestens 10 % der Gemeinden derartig hohe P-Werte. Bei der Berechnung dieser Komponenten müssen also größere Schätzfehler in Kauf genommen werden. Diese 11 Komponenten machen zusammen 10,7 % des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens aus; ihr eventueller verzerrender Einfluß hält sich damit in erträglichen Grenzen. Die größten P-Werte kommen bei den Komponenten 25 und 34 vor. Die zur Schlüsselung dieser beiden Komponenten verwendeten Datenquellen (Tuberkulosestatistik, Umsatzsteuerstatistik) sind demnach hinsichtlich der zeitlichen Stabilität im Vergleich zu den anderen Quellen am wenigsten geeignet.

Wie ausgeführt wurde, können durch die Zusammenfassung der Einkommenskomponenten deren Schätzfehler tendenziell ausgeglichen werden, so daß trotz eventueller Unplausibilitäten in den Komponenten die Aggregate plausibel werden. Die Plausibilitätskontrolle der Aggregate kann sowohl an den isoliert betrachteten Gemeindewerten des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens einerseits und des verfügbaren Einkommens andererseits als auch an den in den einzelnen Gemeinden bestehenden Beziehungen zwischen den beiden Einkommensarten ansetzen. Die folgenden Berechnungen beziehen sich auf das Berichtsjahr 1983.

Streuung der Pro-Kopf-Einkommen

Die Korrelation zwischen den Gesamtwerten des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens der privaten Haushalte einerseits und ihres verfügbaren Einkommens andererseits über die 396 kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen ist mit +0,9983 nahezu perfekt. Der extreme Wert dieses Koeffizienten bestätigt den zu erwartenden engen Zusammenhang zwischen den regionalen Verteilungen der beiden Einkommensarten. Er ist damit ein erstes Indiz für die Plausibilität der Gemeindeergebnisse, reicht jedoch zur Kontrolle selbstverständlich nicht aus; denn die Werte des Bruttoeinkommens und des verfügbaren Einkommens können auch dann in plausiblen Verhältnis zueinander stehen, wenn beide falsch sind. Die Gemeindewerte des Bruttoeinkommens je Einwohner liegen zwischen 12 000 DM und 35 000 DM, die des verfügbaren Einkommens je Einwohner zwischen 9 000 DM und 28 000 DM. Die Spannweite der Einkommen je Einwohner ist damit erheblich geringer als die Spannweite der bereits früher gemeindeweise berechneten Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten⁴⁾. Ein genaueres Maß für die Streuung der Pro-Kopf-Werte ist die deskriptive Standardabweichung, d. h. die Quadratwurzel aus der mittleren quadratischen Abweichung der Pro-Kopf-Werte von ihrem arithmetischen Mittel. Die Standardabweichung der 396 Gemeindewerte beträgt für das Bruttoeinkommen 3 244 DM und für das verfügbare Einkommen 2 654 DM. Daß die Streuung des verfügbaren Einkommens kleiner ist als die des Bruttoeinkommens, bestätigt die infolge der Einkommensumverteilung zu erwartende tendenzielle regionale Nivellierung; denn die primären Einkommensempfänger sind im allgemeinen stärker regional konzentriert als die sekundären Einkommensempfänger. Für den Vergleich zwischen der Streuung der beiden Einkommensarten je Einwohner einerseits und der Streuung der Bruttowertschöpfung bzw. der Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten andererseits ist wegen des großen Niveauunterschieds dieser Pro-Kopf-Werte der deskriptive Variationskoeffizient – d. h. der Quotient aus der deskriptiven Standardabweichung und dem arithmetischen Mittel – als Streuungsmaß zweckmäßig. Der Variationskoeffizient der 396 Gemeindewerte beträgt für das Bruttoeinkommen 0,1731, für das verfügbare Einkommen 0,1729; er ist damit sowohl im Vergleich zu seinem Maximum ($\sqrt{396-1} = 19,8746$) als auch im Vergleich zu den für die Bruttowertschöpfung (0,3234) und die Bruttoanlageinvestitionen (0,7824) ermittelten Beträgen bei beiden Einkommensarten sehr klein. Die geringe Streuung der Pro-Kopf-Werte spricht für die Plausibilität der Gemeindewerte der Einkommen.

4) Vgl. Wolfgang Gerß: Zur Plausibilität der Gemeindeergebnisse von Aggregaten der Sozialproduktsberechnung. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 8/1986, S. 509 ff.

Extreme – hohe oder niedrige – Einkommensbeträge je Einwohner sind im allgemeinen eher in kleinen als in großen Gemeinden zu erwarten, weil die Heterogenität der Bevölkerung und damit die Möglichkeit des rechnerischen Ausgleichs zwischen hohen und niedrigen Individualeinkommen meist mit der Bevölkerungszahl zunimmt. Tatsächlich sind die Gemeinden mit extremen Pro-Kopf-Werten überwiegend Landgemeinden oder Kleinstädte. Alle zehn Gemeinden mit den niedrigsten Pro-Kopf-Werten sind sowohl beim Bruttoeinkommen als auch beim verfügbaren Einkommen gemessen an der Durchschnittsgröße der nordrhein-westfälischen Gemeinden (42 677 Einwohner) mit maximal ca. 13 000 Einwohnern sehr klein. Unter den zehn Gemeinden mit den höchsten Pro-Kopf-Werten befindet sich beim Bruttoeinkommen mit Düsseldorf nur eine einzige Großstadt, beim verfügbaren Einkommen kommen mit Remscheid und Bonn noch zwei weitere größere Städte hinzu. Insgesamt ist die Reihenfolge der Gemeinden nach ihren Pro-Kopf-Beträgen des Bruttoeinkommens einerseits und des verfügbaren Einkommens andererseits sehr ähnlich, was zu dem erwähnten hohen positiven Wert des Korrelationskoeffizienten führt. Daß sich unter den Gemeinden mit den höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner mehr große Städte befinden als unter den Gemeinden mit den höchsten Bruttoeinkommen je Einwohner, ist durch das unterschiedliche Siedlungsverhalten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erklären. Die primären Einkommensempfänger beziehen ihr Einkommen überwiegend aus den Großstädten als den Zentren der wirtschaftlichen Tätigkeit, ziehen als Wohnsitz jedoch die kleineren Gemeinden in der Umgebung vor, und zwar ist diese Neigung meist umso stärker ausgeprägt, je größer das Einkommen ist. Auf diese Weise fließen Einkommensströme aus den Großstädten – den Orten der Einkommensentstehung – in die umgebenden kleinen Gemeinden und führen dort zu hohen Pro-Kopf-Beträgen des Bruttoeinkommens. Die sekundären Einkommensempfänger wie z. B. Rentner und Sozialhilfeempfänger, die in der Regel niedrigere Einkommen beziehen, wohnen dagegen eher in den Großstädten bzw. sind regional gleichmäßiger verteilt als die primären Empfänger. Durch die Einkommensumverteilung fließen daher Einkommensströme aus den „reichen“ kleinen Umlandgemeinden zurück in die Großstädte und führen dort zu einer Erhöhung der Pro-Kopf-Beträge des verfügbaren Einkommens. Die zwar geringe, aber nicht zu übersehende Verbesserung der Stellung der Großstädte in der Reihenfolge der Gemeinden beim verfügbaren Einkommen im Vergleich zu ihrer Stellung beim Bruttoeinkommen ist somit pausibel. Daß sich diese Verbesserung in den Ergebnisdaten nicht noch deutlicher ausdrückt, liegt zweifellos an der kommunalen Gebietsreform der siebziger Jahre. Damals wurden viele ehemals selbständige Umlandgemeinden mit bevorzugten Wohnlagen in die Großstädte einbezogen, so daß die nach wie vor bestehenden Einkommensströme von den Arbeitsstätten zu den Wohnungen der primären Einkommensempfänger und weiter zu den Wohnungen der sekundären Einkommensempfänger nicht mehr wie früher interkommunale, sondern intrakommunale Ströme sind und daher in den Gemeindedaten nicht mehr in Erscheinung treten. Die Beziehung zwischen Großstädten und Umlandgemeinden läßt sich an einigen Beispielen demonstrieren. Die zehn Gemeinden mit den höchsten Pro-Kopf-Werten des Bruttoeinkommens liegen ausnahmslos im Einzugsbereich von kreisfreien Großstädten oder in unmittelbarer Nähe von kreisangehörigen Industriestädten mit zentraler Funktion. Es handelt sich um die Gemeinden Odenthal, Rösrath und Bergisch-Gladbach im Einzugsbereich von Köln, die Gemeinde Wachtberg im Bereich Bonn, die Gemeinde Wilnsdorf bei Siegen, die Gemeinde Schalksmühle bei Lüdenscheid und die Gemeinden Meerbusch, Haan und Kaarst im Bereich Düsseldorf; dazu kommt noch Düsseldorf selbst. Unter den zehn Gemeinden mit den niedrigsten Pro-Kopf-Werten des Bruttoeinkommens läßt sich dagegen keine eindeutig einer Großstadt bzw. zentralen Industriestadt zuordnen; alle sind verhältnismäßig abgelegene ländliche Gemeinden außerhalb der Ballungszone und Ballungsrandzone. Die Auswirkungen der Einkommensströme zu den primären und den sekundären Einkommensempfängern zeigen sich zum Beispiel besonders deutlich beim Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen der kreisfreien Stadt Münster und ihrer Umlandgemeinden. An Münster grenzen die Gemeinden Greven, Telgte, Everswinkel, Sendenhorst, Drensteinfurt, Ascheberg, Senden, Havixbeck und Altenberge. In diesen Gemeinden erreicht das verfügbare Einkommen je Einwohner 73 % (Everswinkel) bis 85 % (Ascheberg) des Bruttoeinkommens je Einwohner. In Münster macht das verfügbare Einkommen demgegenüber 98 % des Bruttoeinkommens aus. Durch die Einkommensumverteilung verbessert sich damit die Stellung der Stadt Münster in der Reihenfolge der Gemeinden nach ihrem Pro-Kopf-Einkommen erheblich: Münster rückt vom 108. Platz in der Reihenfolge nach dem Bruttoeinkommen auf den 22. Platz in der Reihenfolge nach dem verfügbaren Einkommen vor.

Interkommunale Einkommensströme

Unterschiede zwischen Großstädten und ihren Umlandgemeinden

Unterschiede zwischen Bruttoeinkommen und verfügbarem Einkommen je Einwohner

Die Unterschiede zwischen dem Bruttoeinkommen je Einwohner und dem verfügbaren Einkommen je Einwohner spiegeln die Sozialstruktur der Gemeinden wider. Diese Unterschiede liegen zwischen Null DM und annähernd 9 000 DM. Im Normalfall ist das Bruttoeinkommen größer als das verfügbare Einkommen; denn die von den privaten Haushalten geleisteten laufenden Übertragungen fließen nicht vollständig an private Haushalte zurück, sondern dienen vor allem auch zur Vergrößerung des verfügbaren Einkommens des Sektors „Staat“. Dies gilt uneingeschränkt für die nationale wirtschaftliche Gesamtrechnung. In der regionalen Rechnung kann es dagegen ausnahmsweise vorkommen, daß einer Region – d. h. den dort ansässigen privaten Haushalten – mehr laufende Übertragungen zufließen als aus ihr abgefließen sind. Mit diesem Ausnahmefall, in dem das verfügbare Einkommen größer wird als das Bruttoeinkommen, ist umso eher zu rechnen, je kleiner die betrachtete Region ist. Von den nordrhein-westfälischen Gemeinden haben 390 beim Bruttoeinkommen höhere Pro-Kopf-Werte als beim verfügbaren Einkommen, in den restlichen sechs Gemeinden überwiegt dagegen das verfügbare Einkommen. Die zehn Gemeinden mit den größten Unterschieden zwischen dem Bruttoeinkommen je Einwohner und dem verfügbaren Einkommen je Einwohner – das Bruttoeinkommen ist dabei in jedem Fall höher – liegen alle im Einzugsbereich der rheinischen Geschäfts- und Verwaltungszentren. Fünf dieser Gemeinden (Odenthal, Pulheim, Bergisch-Gladbach, Rösrath, Burscheid) sind der Stadt Köln, drei Gemeinden (Meerbusch, Kaarst, Ratingen) sind der Stadt Düsseldorf und zwei Gemeinden (Meckenheim, Lohmar) sind der Stadt Bonn zuzuordnen. Alle diese Gemeinden sind offenbar bevorzugte Wohnorte der in den drei Großstädten erwerbstätigen Bevölkerung, und zwar insbesondere der „besserverdienenden“ Steuerzahler. Von den zehn Gemeinden mit den kleinsten Unterschieden zwischen dem Bruttoeinkommen je Einwohner und dem verfügbaren Einkommen je Einwohner liegen sieben im nördlichen Ruhrgebiet (Emscherzone) oder an dessen Rand; es handelt sich um die von den steuerkräftigsten Erwerbstätigen als Wohnsitze offenbar weniger bevorzugten industriell geprägten Städte Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck, Herne, Bergkamen, Datteln und Oer-Erkenschwick. Von den übrigen drei der zehn Gemeinden mit den kleinsten Unterschieden ist eine (Wetter) ebenfalls eine Industriestadt im (südlichen) Ruhrgebiet; zwei (Ibbenbüren, Mettingen) sind Standorte des Steinkohlenbergbaus außerhalb des Ruhrgebietes. Mit Ausnahme von Bergkamen und Oer-Erkenschwick ist bei allen diesen Gemeinden das Bruttoeinkommen noch höher als das verfügbare Einkommen. Die weiteren Gemeinden mit negativen Differenzen zwischen dem Bruttoeinkommen und dem verfügbaren Einkommen sind die ebenfalls dem nördlichen Ruhrgebiet zuzuordnende Gemeinde Bönen und die zum niederrheinischen bzw. zum Aachener Steinkohlenrevier gehörenden Gemeinden Kamp-Lintfort, Hückelhoven und Aldenhoven. Den privaten Haushalten dieser Gemeinden fließen also durch den Einkommensumverteilungsprozeß mehr laufende Übertragungen zu, als sie an Steuern und Sozialbeiträgen abgeben.

Allgemein können die ermittelten Pro-Kopf-Beträge des Bruttoerwerbs- und -vermögens Einkommens und des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte dann als brauchbare Schätzwerte angenommen werden, wenn sie sich durch die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur der einzelnen Gemeinden erklären lassen. Die vorliegenden Ergebnisse erscheinen danach plausibel.

Dipl.Volksw. Carsten Thies

Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Vorbemerkungen

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen¹⁾ ordnet im § 70 eine fünfjährige Finanzplanung für die Gemeinden und Gemeindeverbände an. Als erstes Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr zugrunde zu legen, das zweite Jahr des Finanzplanungszeitraumes entspricht den Haushaltsansätzen für das kommende Jahr.

1) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. S. 594)

Im einzelnen heißt es:

„(2) In dem Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen“.

„(3) „Als Grundlage für die Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm aufzustellen“.

„(4) Der Finanzplan und das Investitionsprogramm sind jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen“.

Die Ergebnisse der Finanzplanung werden aufgrund des Gesetzes über die Finanzstatistik erhoben, aufbereitet und veröffentlicht²⁾.

Gründe für die Einführung der beim Bund und den Ländern schon länger praktizierten Finanzplanung waren u. a.:

- Unterschätzung oder Nichtbeachtung von Investitionsfolgekosten,
- rechtzeitige Sicherung von Projektfinanzierungen,
- frühzeitiges Erkennen von Fehlentwicklungen der Haushaltsstruktur,
- Festlegung von Prioritäten, um den Haushaltsausgleich zu gewährleisten.

Wegen des gebotenen Haushaltsausgleiches sind die Ausgaben durch die Höhe der Einnahmen begrenzt. Da sich ein bedeutender Teil der Einnahmen dem Einfluß der Gemeinden und Gemeindeverbände entzieht (Landes- und Bundeszuschüsse und -zuweisungen, Zahlungen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes) und die Entwicklung dieser Einnahmen wegen möglicher politischer Einflüsse unsicher ist, sind die Planungsdaten ab dem dritten Planungsjahr als Tendenzangaben zu verstehen.

**Tendenzen aus Finanzplanung
ableitbar**

Als Planungsgrundlage für die Gemeinden gibt der Innenminister des Landes Orientierungsdaten heraus, die auf den Empfehlungen des Finanzplanungsrates aufbauen³⁾. Nach § 24 der Gemeindehaushaltsverordnung⁴⁾ sollen diese Orientierungsdaten von den Gemeinden bei ihrer Finanzplanung berücksichtigt werden. Es handelt sich um eine Sollbestimmung, da die Bekanntgabe von durchschnittlichen Entwicklungstendenzen nicht jeder Gemeinde gerecht werden kann. Zudem fließen in die Orientierungsdaten neben Prognosen des wirtschaftlichen Geschehens auch wirtschafts- und finanzpolitische Vorstellungen ein.

Wie zuverlässig sind die Planungsdaten?

Am Beispiel der Jahre 1984 und 1985 wird tabellarisch dargestellt, wie sich 30 ausgewählte Ausgaben- und Einnahmenpositionen im Rahmen der jährlichen Anpassung und Fortschreibung der Finanzplanungsdaten der Gemeinden und Gemeindeverbände verändert haben. Im ersten dargestellten Planungszeitraum steht das Beobachtungsjahr am Ende, im letzten am Anfang des Planungshorizontes. Da das Beobachtungsjahr in der letzten Planungsperiode (mit Werten des laufenden Kalenderjahres) als ziemlich genaue Wiedergabe der tatsächlichen Werte gelten kann, läßt sich die Exaktheit der Planungsdaten als Abweichung der Beobachtungsjahre in den einzelnen Perioden von den Werten dieses Jahres darstellen. In den Spalten 6 bis 9 der Tabellen steht ein negatives Vorzeichen für eine Überschätzung und ein positives Vorzeichen für eine Unterschätzung der geplanten im Verhältnis zu den tatsächlichen Werten. Im folgenden werden einzelne Positionen nur dann angesprochen, wenn sich für beide Beobachtungsjahre ein identischer Sachverhalt ergibt.

Tabellenteil: 1 und 2

Es kann erwartet werden, daß die Abweichungen des Beobachtungsjahres (1984 bzw. 1985) in der letzten Planungsperiode von den Werten des Beobachtungsjahres in den vorhergehenden Planungszeiträumen tendenziell geringer werden, je weiter das Beobachtungsjahr an den Anfang der Periode rückt. Das trifft auf 17 Einnahme- bzw. Ausgabearten zu. Von diesen 17 Positionen liegt die Abweichung zwischen letztem und erstem Planungszeitraum allerdings nur bei den Einnahmen aus allgemeinen Umlagen⁵⁾ unter 5 %. Ersetzt man die erste durch die zweite Periode, trifft das zusätzlich auf die Leistungen der Sozialhilfe, die Einnahmen des

**Abweichung der Planungsdaten
von den tatsächlichen Werten
z. T. unter 5 %**

2) § 3 Abs. 1.5 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673)

3) Dem Finanzplanungsrat gehören der Bundesfinanz- und Wirtschaftsminister, die Landesfinanzminister und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an. Vgl. § 51 Haushaltsgrundsatzgesetz vom 19. 8. 1969 (BGBl. I S. 1273).

4) GV. NW. S. 418 vom 6. Dezember 1972

5) Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden an übergeordnete Körperschaften

Verwaltungshaushaltes⁶⁾ und die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb⁷⁾ zu. Erst wenn das Beobachtungsjahr in der Mitte der Planungsperiode steht, 1985 z. B. in der Periode 1983 bis 1987, werden die Planungsdaten so zuverlässig, daß die Abweichungen zum letzten Zeitraum auch bei so wichtigen Positionen wie

- Ausgaben des Verwaltungshaushaltes,
- Personalausgaben,
- Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)⁸⁾,
- Einnahmen aus Steuern, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen,
- Einnahmen aus Grundsteuern A und B und
- Einnahmen aus allgemeinen Zuweisungen⁹⁾

unter 5 % liegen.

Relativ zuverlässige Aussagen läßt die Finanzplanungsstatistik auch für die Positionen „sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand“ und „Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts“ zu (Abweichungen meistens unter 5 %).

Für die Zinsausgaben ist für beide Planungsjahre eine Überschätzung der Werte erkennbar; so lagen die tatsächlichen Werte für das Jahr 1985 um 25 % unter den im Planungszeitraum 1981 bis 1985 für 1985 angesetzten Werten.

Demgegenüber werden die Ausgaben für die Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen deutlich unterschätzt; die tatsächlichen Ausgaben waren z. T. um mehr als 100 % höher als die geplanten Werte.

Einzelne Einnahme- und Ausgabearten deutlich über- oder unterschätzt

Bei den Einnahmen sind – korrespondierend zu den Ausgaben für Tilgungen von Krediten – die für Krediteinnahmen geplanten Werte im Vergleich zu den tatsächlichen Werten zu niedrig.

Diese Fehleinschätzungen beruhen z. T. auf geänderten Kreditmarktkonditionen, die es den Gemeinden und Gemeindeverbänden erlaubten, in größerem Maße als geplant umzuschulden und so die Zinsbelastung zu reduzieren. Nach der Jahresrechnungsstatistik stiegen die Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt für Umschuldungen von 1980 bis 1984 um 191 %.

Auch die Ausgaben für den Vermögenserwerb (Beteiligungen, Kapitaleinlagen, Grundstücke, bewegliche Sachen des Anlagevermögens) sind in der Planung zu niedrig angesetzt.

Für die Baumaßnahmen zeigt sich kein einheitlicher Trend. Die Ausgaben werden in der Planung für das Jahr 1984 eher zu hoch (tatsächliche Ausgaben zwischen 3 und 18 % niedriger als geplant) und für das Jahr 1985 eher zu niedrig (tatsächliche Ausgaben zwischen 4 und 12 % höher als geplant) angesetzt. Bei kaum einer anderen Ausgabenposition ist jedoch eine korrekte Periodisierung so schwierig wie bei den Bauausgaben.

Die kommunalen Baumaßnahmen sind in erheblichem Umfang von der Entwicklung der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen abhängig. Es überrascht daher nicht, daß auch hier die Werte des Jahres 1984 eher über- und die des Jahres 1985 eher unterschätzt wurden.

Auch für die wichtigste, unter kommunaler Hoheit stehende Steuereinnahmequelle, die Gewerbesteuer, zeigt sich für die 84er Werte eher eine Über- und für die 85er Werte eher eine Unterschätzung. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden von den Gemeinden hingegen für beide Jahre im Vergleich zu den tatsächlichen Werten in der Regel zu hoch erwartet.

Hinsichtlich der Genauigkeit der Planungsdaten, gemessen im Verhältnis zu den Daten der Planungsperiode, in der das Beobachtungsjahr mit dem laufenden Kalenderjahr identisch ist, ergeben sich mehrere Klassen von Einnahme- und Ausgabearten:

- Solche, die relativ zuverlässig prognostiziert werden (Beispiel: Einnahmen aus allgemeinen Umlagen);
- solche, die in der Regel überschätzt werden (Beispiel: Zinsausgaben);

6) Der Haushalt ist nach § 65 Abs. 2 Gemeindeordnung in einen Verwaltungs- und einen Vermögenshaushalt zu gliedern.

7) z. B. Benutzungsgebühren, Mieteinnahmen

8) z. B. Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen, Leistungen der Sozialhilfe

9) z. B. Schlüssel- und Bedarfszuweisungen vom Land

- solche, die in der Regel unterschätzt werden (Beispiel: Vermögenserwerb) und
- solche, für die keine eindeutige Aussage zu treffen ist (Beispiel: Baumaßnahmen).

Daß zur letzten Kategorie mit den Baumaßnahmen und Gewerbesteuererträgen so bedeutsame Positionen zählen, scheint den Aussagewert der Finanzplanungsstatistik hinsichtlich der eingangs erwähnten Anforderungen zu schmälern. Das trifft aber nicht zu. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die Praxis der Finanzplanung in den Gemeinden Status-quo-Charakter hat. Es ist also die Frage zu beantworten: Welche erforderlichen Investitionen sind wann und zu welchen Kosten durchführbar, wenn die Einnahmestrukturen im Planungszeitraum nicht durch äußere Einflüsse geändert werden? Vorhersehbare Einflüsse werden dabei selbstverständlich berücksichtigt, unvorhersehbare (Änderungen des Steuer- und Finanzausgleichssystems, Änderungen der Kreditmarktkonditionen u. ä.) werden im Rahmen der jährlichen Anpassung und Fortschreibung eingearbeitet. Aber auch die Zahlen der Finanzplanungsstatistik selber führen zu politischen Entscheidungen, die sich auf die folgenden Planungsperioden auswirken.

Auch das macht den Wert dieser Statistik aus, die Auskunft darüber gibt, wie sich die kommunalen Einnahme- und Ausgabestrukturen unter heutigen Bedingungen in den kommenden Jahren entwickeln würden.

Vergleich der Orientierungsdaten mit den Finanzplanungsdaten 1985 – 1989

Anhand des Planungszeitraumes 1985 bis 1989 sollen die in den Veränderungsdaten der Orientierungs- und Finanzplanungsdaten zum Ausdruck kommenden Unterschiede aufgezeigt werden.

Bei den Steuereinnahmen wird die Entwicklung von den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit fortschreitendem Planungshorizont zurückhaltender eingeschätzt als durch die Orientierungsdaten vorgegeben. Lediglich bei den Grundsteuern stimmen die Planungs- und Orientierungsdaten mehr oder weniger überein. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gehen die Erwartungen dagegen von Jahr zu Jahr mehr auseinander, für die Gewerbesteuererträge trifft das ab 1988 ebenfalls zu. Diese etwas vorsichtigere Einnahmeerwartung beruht z. T. wohl auf der anhaltenden politischen Diskussion über die Gestaltung der kommunalen Steuereinnahmen (Stichwort: Wertschöpfungsteuer) und den Erfahrungen der Vergangenheit (Stichwort: Wegfall der Lohnsummensteuer).

Land schätzt Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen optimistischer ein als die Gemeinden

Für die Zuweisungen des Landes läßt sich ein Vergleich zwischen den Orientierungsdaten und den Finanzplanungsdaten leider nur für die allgemeinen Zuweisungen (Schlüssel- und Bedarfszuweisungen) vornehmen, die 1985 aber immerhin 59 % aller Landeszuweisungen darstellten. Nach einer negativen Erwartung für 1986 (Finanzplanung: -1,5 %, Orientierungsdaten: +/-0 %) rechnen die Gemeinden für die Jahre 1987 und 1988 mit höheren Zuwachsraten der allgemeinen Zuweisungen als das Land, 1989 sind die Gemeinden wieder skeptischer.

Die gesamten Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände werden nach der Erwartung der Gemeinden ab 1988 leicht zurückgehen, hervorgerufen durch ein drastisches Absinken der sonstigen Zuweisungen (Investitionspauschale und weitere Investitionszuweisungen, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke). Ursache dieser negativen Erwartungen dürfte weniger die Befürchtung tatsächlich in diesem Ausmaß rückläufiger Zuweisungen als vielmehr die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung sein. Diese Unsicherheit wird z. B. durch die Diskussion über die Behandlung der Grunderwerbsteuer im Gemeindefinanzierungsgesetz 1987 bestätigt.

Die Ungewißheit über die Einnahmeentwicklung spiegelt sich natürlich auch auf der Ausgabenseite wider. Während die Orientierungsdaten von jährlichen Zuwachsraten von 3,3 % ausgehen, zeigt sich bei den Gemeinden von 1986 (+2,5 %) bis 1988 (-0,1 %) ein Rückgang und 1989 eine geringfügige Zunahme (+0,5 %) der Ausgabenerwartungen. Das ist auf den drastischen Rückgang der Investitionsausgaben zurückzuführen, die nach den Planungen der Gemeinden

1989 um ca. 25 % unter dem Niveau von 1985 liegen werden. Nicht nur die Ungewißheit über die Finanzierungsmöglichkeiten der Investitionen durch Landeszuweisungen und -zuschüsse, sondern auch mangelnde Finanzierungsspielräume aus eigenen Einnahmen führen zu diesen Zahlen. So wiesen die Verwaltungshaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbänden 1984 nach den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik einen Fehlbetrag von 613 Mill. DM aus, so daß bei eingeschränktem Kreditrahmen im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Haushalte keine zusätzlichen Investitionen finanziert werden können.

Bei den Personalausgaben, dem sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie den Leistungen der Sozialhilfe liegen die Planungsansätze jeweils knapp unter den Orientierungsdaten; auch das ist Ausdruck einer langfristig angelegten Sparpolitik.

Vergleich der Finanzplanungs- mit den Orientierungsdaten						
Einnahme-/Ausgabeart		1985	1986	1987	1988	1989
a = 1 000 DM						
b = Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
c = Orientierungsdaten in %						
Steuereinnahmen						
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	a	7 437 995	7 592 681	8 044 373	8 313 651	8 838 057
	b	x	+2,1	+5,9	+ 3,3	+ 6,3
	c	x	+2,0	+6,9	+ 4,4	+ 8,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	a	8 358 696	8 651 657	8 971 317	9 383 735	9 760 027
	b	x	+3,5	+3,7	+ 4,6	+ 4,0
	c	x	+3,6	+3,0	+ 5,3	+ 5,3
Grundsteuern A und B	a	1 948 429	2 032 418	2 094 586	2 146 028	2 200 680
	b	x	+4,3	+3,1	+ 2,5	+ 2,5
	c	x	+4,1	+3,4	+ 2,4	+ 2,8
sonstige Steuern	a	694 072	655 162	661 299	671 812	683 165
	b	x	-5,6	+0,9	+ 1,6	+ 1,7
	c	x	-4,4	+1,5	+ 4,5	+ 4,3
Zuweisungen des Landes ¹⁾²⁾	a	12 712 158	12 544 091	12 968 640	12 826 673	12 764 837
	b	x	-1,3	+3,4	- 1,1	- 0,5
	c	x	x	x	x	x
Allgemeine Zuweisungen ²⁾	a	7 491 810	7 380 400	7 656 956	7 933 733	8 305 989
	b	x	-1,5	+3,7	+ 3,6	+ 4,7
	c	x	-	+2,9	+ 3,1	+ 6,8
Sonstige Zuweisungen ³⁾	a	5 210 014	5 154 326	5 302 359	4 883 634	4 450 130
	b	x	-1,1	+2,9	- 7,9	- 8,9
	c	x	x	x	x	x
Allgemeine Umlagen	a	6 142 124	6 606 061	6 945 756	7 182 846	7 490 724
	b	x	+7,6	+5,1	+ 3,4	+ 4,3
	c	x	x	x	x	x
Umlagegrundlagen	c	x	+7,2	+5,0	+ 3,9	+ 4,7
Bereinigte Gesamtausgaben ⁴⁾	a	46 553 369	47 696 474	48 738 760	48 677 542	48 917 729
	b	x	+2,5	+2,2	- 0,1	+ 0,5
	c	x	+3,3	+3,3	+ 3,3	+ 3,3
Personalausgaben	a	13 764 041	14 244 373	14 596 188	15 029 055	15 477 778
	b	x	+3,5	+2,5	+ 3,0	+ 3,0
	c	x	+3,5	+3,5	+ 3,5	+ 3,5
Investitionsausgaben	a	9 917 341	9 947 880	9 945 197	8 605 257	7 495 125
	b	x	+0,3	0	-13,5	-12,9
	c	x	-	+0,5	+ 0,5	+ 0,5
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	a	7 735 483	7 874 844	8 132 929	8 399 084	8 696 157
	b	x	+1,8	+3,3	+ 3,3	+ 3,5
	c	x	+4,5	+4,5	+ 4,5	+ 4,5
Leistungen der Sozialhilfe	a	8 390 060	8 937 397	9 365 204	9 813 570	10 300 619
	b	x	+6,5	+4,8	+ 4,8	+ 5,0
	c	x	+7,5	+5,5	+ 5,5	+ 5,5

1) Bei den Zuweisungen des Landes ist eine getrennte Darstellung der Zuweisungen innerhalb und außerhalb des Steuerverbands nicht möglich. Einbezogen sind Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, sonstige allgemeine Zuweisungen, Erstattungen, Zuweisungen für lfd. Zwecke und für Investitionen, Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen. – 2) Die allgemeinen Zuweisungen sind lediglich summarisch erfaßt und umfassen aufgrund des Erhebungsmodus neben den Landeszuweisungen auch die Zuweisungen des Bundes gem. Art. 106 GG. – 3) Die Zweckzuweisungen sind in die sonstigen Zuweisungen eingeschlossen. Dargestellt sind Erstattungen sowie Zuweisungen für lfd. Zwecke und für Investitionen vom Land. – 4) Bereinigte Gesamtausgaben sind die Bruttoausgaben abzüglich der haushaltstechnischen Verrechnungen, der besonderen Finanzierungsvorgänge, der Zahlung von gleicher Ebene sowie der Gewerbesteuerumlage. Bei den Zahlungen von gleicher Ebene mußten aus erfassungstechnischen Gründen die Investitionszuweisungen und die Krediteinnahmen von Zweckverbänden zusätzlich abgesetzt werden, während die Darlehensaufnahmen bei Gemeinden/GV unberücksichtigt bleiben mußten.

Nach den jüngsten Anhebungen der Sozialhilferegelsätze ist jedoch zu erwarten, daß die Anpassung der Planungsdaten für den Zeitraum 1986 bis 1990 in diesem Bereich zu höheren Zuwachsraten führen wird.

Ergebnisse der Planungsperiode 1985 – 1989

Nach den Finanzplanungsdaten der nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände werden die Ausgaben bis 1989 um 4,7 %, die Einnahmen um 3,5 % und daraus resultierend die Fehlbeträge von 451 Mill. auf 1,3 Mrd. DM zunehmen. Das Ausgabenwachstum betrifft ausschließlich den Verwaltungshaushalt (Personalausgaben: +12,4 %, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand: +14,0 %, Leistungen der Sozialhilfe: +22,8 %). Für steigende Einnahmen sorgen in erster Linie die Steuereinnahmen mit einem Plus von 16,7 %. Die Zuweisungen des Landes liegen nach diesen Erwartungen 1989 lediglich um 0,4 % über denen des Jahres 1985. Die Nettokreditaufnahme soll nach dem Höhepunkt des Jahres 1986 (2,3 Mrd. DM) bis 1989 auf einen um 52,6 % niedrigeren Wert (791 Mill. DM) als 1985 zurückgeführt werden. Der Schuldenstand würde sich dennoch bis 1989 um 17,7 % auf 45 Mrd. DM erhöhen. Die Steigerungsrate des Schuldenstandes (im Vergleich zum Vorjahr) geht aber von 6,0 % (1986/85) bis auf 1,8 % (1989/88) zurück.

Schuldenstand wird weiter zunehmen

Ausgewählte Daten aus der kommunalen Finanzplanung – 1 000 DM –					
Ausgabe-/Einnahmeart	1985	1986	1987	1988	1989
Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen	67 726 316	68 937 256	69 289 717	70 012 349	70 932 588
Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen	67 275 609	68 293 771	68 377 629	68 845 514	69 616 562
Fehlbetrag	450 707	643 485	912 088	1 166 835	1 316 026
Steuern und steuerähnliche Einnahmen netto	17 253 628	17 736 722	18 539 284	19 228 083	20 142 785
Nettokreditaufnahme	1 668 965	2 292 101	2 208 167	1 472 392	791 017
Schuldenstand am 31. 12. ¹⁾	38 306 310	40 598 411	42 806 578	44 278 970	45 069 987
Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	11 051 193	11 023 825	10 880 902	9 438 954	8 252 111

1) 1985: Statistik des Schuldenstands der Gemeinden und der Gemeindeverbände; 1986 bis 1989: Vorjahresschuldenstand plus Nettokreditaufnahme des laufenden Jahres

Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen										
Aufgabenbereich	1985		1986		1987		1988		1989	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Allgemeine Verwaltung	279,5	2,5	302,1	2,7	325,5	3,0	195,8	2,1	142,9	1,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	219,4	2,0	232,3	2,1	238,4	2,2	192,4	2,0	152,1	1,8
Schulen	754,3	6,8	725,5	6,6	645,7	5,9	441,9	4,7	314,2	3,8
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	355,8	3,2	396,7	3,6	331,7	3,0	218,7	2,3	151,2	1,8
Soziale Sicherheit	415,4	3,8	401,0	3,6	341,0	3,1	279,9	3,0	222,7	2,7
Gesundheit, Sport, Erholung	869,3	7,9	829,2	7,5	706,1	6,5	569,6	6,0	465,4	5,6
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	3 764,6	34,1	3 858,4	35,0	4 129,2	37,9	3 782,1	40,1	3 383,8	41,0
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	2 354,5	21,3	2 379,5	21,6	2 489,2	22,9	2 105,0	22,3	1 839,2	22,3
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	2 038,4	18,4	1 899,2	17,2	1 674,2	15,4	1 653,5	17,5	1 580,5	19,2
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt	11 051,2	100	11 023,8	100	10 880,9	100	9 439,0	100	8 252,1	100

Geplanter Investitionsrückgang im Schulbereich am stärksten

Bei diesen Rahmenbedingungen müssen die Investitionen zwangsläufig sinken; von 1986 bis 1989 um 25,3 % auf ca. 8 Mrd. DM. Diese Entwicklung erstreckt sich auf alle Aufgabenbereiche, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Die Investitionen im Schulbereich machten 1985 noch 6,8 % aller Investitionen aus; bis 1989 sinkt dieser Anteil nach den Planungsdaten auf 3,8 %; der Rückgang ist in diesem Bereich mit 58,3 % am ausgeprägtesten. Das ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung mit einem Rückgang der Grundschüler zu sehen. Im Bereich „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“ sinken die Investitionen bis 1989 lediglich um 10,1 % auf 3,4 Mrd. DM ab; dann entfallen auf diesen Aufgabenbereich 41 % aller Investitionen (1985: 34,1 %).

Nachdem der Anteil der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen an den bereinigten Ausgaben der Gesamthaushalte nach den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik von 1980 bis 1984 bereits von 30,2 % auf 21,1 % zurückging, deutet die Fortschreibung dieser Entwicklung in der Finanzplanung für die Jahre 1985 bis 1989 darauf hin, daß der Konsolidierungsbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände nach wie vor als sehr groß angesehen wird. Da die Investitionen mangels Finanzierbarkeit und nicht mangels Bedarf unterbleiben, kann erwartet werden, daß die Investitionsprogramme mit fortschreitender Gesundung der Finanzstrukturen im Rahmen der jährlichen Fortschreibung nach oben angepaßt werden.

Ausgaben nach Gemeindegrößenklassen

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß darüber, ob und inwieweit die von der Einnahmeseite gesetzten Restriktionen bei einzelnen Einwohnergrößenklassen zu unterschiedlichen Planungen auf der Ausgabeenseite führen.

Veränderung der aus den Finanzplanungsdaten 1985 bis 1989 ausgewählten Ausgabearten der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen				
Gemeindegrößenklasse	Veränderung 1989 gegenüber 1985			
	Personal-Ausgaben	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	Leistungen der Sozialhilfe	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
	%			
Kreisfreie Städte	+10,5	+11,4	+22,7	-21,7
davon mit ... bis unter ... Einwohnern				
unter 200 000	+13,7	+12,1	+24,3	-20,1
200 000 – 500 000	+10,5	+14,2	+24,2	-21,3
500 000 und mehr	+ 9,6	+ 8,7	+20,9	-22,2
Kreisangehörige Gemeinden	+14,2	+13,8	+17,2	-30,2
davon mit ... bis unter ... Einwohnern				
unter 10 000	+13,3	+14,2	+22,6	-29,6
10 000 – 20 000	+13,8	+13,2	+16,6	-31,2
20 000 – 50 000	+13,7	+14,5	+16,2	-28,1
50 000 – 100 000	+14,9	+13,4	+16,6	-35,4
100 000 und mehr	+15,2	+13,0	+21,0	-17,6
Kreisfreie Städte und Kreisangehörige Gemeinden	+12,0	+12,6	+21,5	-26,0

Anstieg der Personalausgaben bei kreisfreien Städten geringer als bei kreisangehörigen Gemeinden

Die kreisfreien Städte erwarten bis 1989 ein geringeres Ansteigen der Personalausgaben (+10,5 %) als die kreisangehörigen Gemeinden (+14,2 %). Bei den kreisfreien Städten wird der stärkste Zuwachs bei den Gemeinden mit weniger als 200 000 Einwohnern (+13,7 %), im kreisangehörigen Raum bei den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern (+15,2 %) erwartet. Es wäre jedoch verkehrt, daraus den Schluß zu ziehen, die Gemeinden dieser beiden Größenklassen wären weniger als andere Städte um eine Beschränkung des Personalausgabenwachstums bemüht. Höhe und Struktur der Personalausgaben sind von z. T. historisch gewachsenen Aufgabenstrukturen jeder einzelnen Gemeinde bestimmt. Dabei ist folgendes zu beachten:

- Verteilung der sozialen und medizinischen Aufgaben auf städtische und andere Träger (Kirchen, Wohlfahrtsverbände);
- Umfang der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben;

- Führung der Eigenbetriebe als Brutto- (voll im Haushalt veranschlagt) oder Nettobetriebe (nur mit den Zahlungsströmen zwischen Gemeinden als Träger und Betrieben als rechtlich selbständigen Unternehmen im Haushalt veranschlagt);
- Verhältnis der Pflicht- zu den freiwilligen Aufgaben.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (1985 bis 1989: +12,6 %) schwanken die geplanten Ausgabenzuwächse zwischen 8,7 % (kreisfreie Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern) und 14,5 % (kreisangehörige Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern). Hier gilt tendenziell: Je höher das relative Ausgangsniveau dieser Ausgabenpositionen, desto eher lassen sich die Zuwächse beschränken und desto weniger fallen überraschende und unausweichliche Kostenschübe ins Gewicht. So lagen die Ausgaben dieser Positionen je Einwohner bei den Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern 1985 mit 789 DM am höchsten und bei den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern mit 546 DM am drittniedrigsten; der geringste Wert fiel bei den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern an (464 DM).

Die Leistungen der Sozialhilfe würden nach den Planungen bis 1989 im kreisfreien Raum mit 22,7 % wesentlich stärker steigen als im kreisangehörigen mit 17,2 %. Diese Durchschnittszahlen deuten zwar darauf hin, daß in der Großstadt der Anteil sozial schwächerer Mitbürger größer ist als anderswo; sie verwischen jedoch, daß auch in kleineren Gemeinden, z. B. im Sog eines Unternehmenszusammenbruches und daraus resultierender langfristiger Arbeitslosigkeit, die Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe sprunghaft anwachsen können. Zudem ist dieser Ausgabenbereich stark von politischen Entscheidungen des Landes und Bundes abhängig.

Kreisfreie Städte rechnen mit stärkerem Anstieg der Sozialhilfeausgaben als kreisangehörige Gemeinden

Bei den Investitionsausgaben schwanken die Rückgänge bis 1989 für die kreisfreien Städte nur geringfügig um die Durchschnittszahl von 21,7 %. Bei den kreisangehörigen Gemeinden wird ein Rückgang der Investitionsausgaben um 30,2 % erwartet. Hier fallen einzelne Investitionsprojekte wohl stärker ins Gewicht, was auch die große Spanne bei den Raten von –17,6 % (100 000 und mehr Einwohner) bis –35,4 % (50 000 bis 100 000 Einwohner) erklärt.

Schlußbemerkung

Die Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik spiegeln zwar nicht das kommunale Finanzgebaren bis zum Jahr 1989 wider, sie erlauben aber Aussagen darüber, wie sich die kommunale Haushaltsstruktur bis zum Jahr 1989 bei unveränderten Rahmenbedingungen tendenziell entwickeln könnte. Daher bilden diese Daten eine wertvolle Grundlage für politische Entscheidungen.

Dipl. rer. soc., Magister rer. publ. Annette Lienen

Die kommunalen Finanzen 1980 – 1984

Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um den durch die wachsenden Schuldenlasten mehr und mehr verlorengegangenen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Mittel hierzu waren Ausgabenkürzungen im Rahmen des rechtlich und politisch Machbaren und die intensive Nutzung der von der Kommune selbst bestimmbareren Einkommen. Welche Veränderungen sich für die kommunale Einnahme- und Ausgabestruktur ergaben, wird im folgenden anhand der Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Jahre 1980 bis 1984 aufgezeigt. Zugrunde gelegt werden die Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen¹⁾, sofern nicht ausdrücklich von diesen abgewichen wird.

¹⁾ einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnischer Verrechnungen

Das Haushaltsvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften

Das Haushaltsvolumen der kommunalen Gebietskörperschaften hat 1984 mit 61 605,6 Mill. DM einen Höchststand erreicht. Von der Regel der stetigen jährlichen Zunahme (80/81: +2,9 %; 81/82: +0,8 %; 83/84: +2,7 %) hat es im beobachteten Zeitraum nur eine Ausnahme gegeben: Im Jahre 1983 lag das gesamte Haushaltsvolumen um 1,2 % unter dem des Vorjahres. Die in den übrigen Jahren erfolgte Zunahme lag jedoch nur im Jahre 1984 mit 2,7 % über der Preissteigerungsrate von 2,2 % (Nordrhein-Westfalen), Anfang der 80er Jahre lag es sogar deutlich darunter, so daß die Veränderung des realen Haushaltsvolumens weitaus geringer ausfällt als das nominale.

Die Entwicklung des Haushaltsvolumens von 1982 bis 1983 (Abnahme um 1,2 %) wich bei den verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften jedoch deutlich voneinander ab. Bei den Kreisen war der Rückgang mit -4,2 % gegenüber dem Vorjahr am stärksten, gefolgt von den Bezirksverbänden mit -3,5 % und den kreisfreien Städten mit -1,0 %. Die kreisangehörigen Gemeinden verzeichneten eine geringfügige Zunahme um +0,2 %.

Ausdehnung des Haushaltsvolumens bei den Kreisen am größten

Über den gesamten Fünfjahreszeitraum betrachtet, erfolgte bei den Kreisen die größte und den kreisfreien Städten die geringste Ausdehnung des Haushaltsvolumens. Es lag bei den erstgenannten um 9,1 % und bei den zuletzt genannten um 4,1 % über dem Volumen des Jahres 1980.

Die besondere finanzielle Anspannung der kommunalen Gebietskörperschaften, verbunden mit den notwendigen Konsolidierungsbestrebungen, zeigte sich insbesondere darin, daß der Ausgabenzuwachs vornehmlich zur Deckung der laufenden Ausgaben diente, d. h. der finanziellen Erledigung und Abwicklung der originären Dienstleistungsaufgaben gegenüber dem Bürger. Daher ist auch zu erklären, daß der Anteil der Ausgaben des Vermögenshaushalts am Gesamthaushalt von 26 % im Haushaltsjahr 1980 auf 20,2 % im Jahre 1984 zurückging.

Die Entwicklung der Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben der Gemeinden/GV 1981 – 1984 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –				
	1981	1982	1983	1984
Gemeinden/GV insgesamt				
Bruttoeinnahmen	+1,8	+1,9	-0,8	+3,2
Bruttoausgaben	+2,9	+0,8	-1,2	+2,7
kreisfreie Städte				
Bruttoeinnahmen	-0,1	+2,4	-1,5	+3,4
Bruttoausgaben	+2,0	+0,2	-1,0	+2,9
kreisangehörige Gemeinden				
Bruttoeinnahmen	+0,7	+2,0	+0,4	+3,3
Bruttoausgaben	+1,6	+0,3	+0,2	+2,9
Kreise				
Bruttoeinnahmen	+6,8	+1,8	-1,0	+2,1
Bruttoausgaben	+5,9	+4,8	-4,2	+2,6
Bezirksverbände				
Bruttoeinnahmen	+7,1	+0,1	-2,0	+3,2
Bruttoausgaben	+7,3	+0,4	-3,5	+2,0

Auf die Einzelhaushalte bezogen, bedeutet dies, daß den durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten bei den Ausgaben des Verwaltungshaushalts von 3,3 % entsprechende Abnahmen bei den Ausgaben des Vermögenshaushalts von 3,6 % gegenüberstanden.

Der Rechnungsfehlbetrag des Gesamthaushalts (Bruttoausgaben abzüglich Bruttoeinnahmen) erreichte zu Anfang der 80er Jahre einen Höhepunkt. Die Differenz betrug 1980 636,7 Mill. DM und erreichte 1981 mit 1 301,6 Mill. mehr als das

Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben der Gemeinden/GV 1980 – 1984 – Mill. DM –					
Merkmal	1980	1981	1982	1983	1984
Gemeinden/GV insgesamt					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	43 090,6	44 899,6	46 799,5	46 609,9	48 730,7
Einnahmen des Vermögenshaushalts	14 809,2	14 032,3	13 259,5	12 979,6	12 759,5
Einnahmen insgesamt	57 899,8	58 931,9	60 059,0	59 589,5	61 490,2
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	43 313,6	45 357,2	47 590,1	47 149,3	49 158,7
Ausgaben des Vermögenshaushalts	15 222,9	14 876,3	13 121,0	12 821,8	12 446,9
Ausgaben insgesamt	58 536,5	60 233,5	60 711,1	59 971,1	61 605,6
kreisfreie Städte					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	17 746,2	18 233,9	19 029,5	18 929,7	19 684,4
Einnahmen des Vermögenshaushalts	6 039,7	5 539,3	5 322,0	5 068,5	5 129,6
Einnahmen insgesamt	23 785,9	23 773,2	24 351,5	23 998,2	24 814,0
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	17 754,1	18 375,8	19 188,8	19 186,7	19 856,2
Ausgaben des Vermögenshaushalts	6 140,2	5 995,2	5 229,8	4 995,5	5 014,8
Ausgaben insgesamt	23 894,3	24 371,0	24 418,6	24 182,2	24 871,0
kreisangehörige Gemeinden					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	14 836,6	15 390,0	15 997,4	16 134,2	16 955,0
Einnahmen des Vermögenshaushalts	6 286,4	5 875,2	5 688,2	5 643,6	5 542,3
Einnahmen insgesamt	21 123,0	21 265,2	21 685,6	21 777,8	22 497,3
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	14 963,2	15 571,9	16 218,5	16 334,3	17 136,3
Ausgaben des Vermögenshaushalts	6 468,3	6 206,3	5 626,6	5 561,1	5 387,8
Ausgaben insgesamt	21 431,5	21 778,2	21 845,1	21 895,4	22 524,1
Kreise					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	5 474,3	5 796,8	6 039,0	5 955,8	6 171,1
Einnahmen des Vermögenshaushalts	957,0	1 071,9	952,6	965,6	894,0
Einnahmen insgesamt	6 431,3	6 868,7	6 991,6	6 921,4	7 065,1
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	5 482,7	5 794,5	6 292,4	5 985,3	6 233,3
Ausgaben des Vermögenshaushalts	1 046,5	1 119,6	954,2	960,6	892,1
Ausgaben insgesamt	6 529,2	6 914,1	7 246,6	6 945,9	7 125,4
Bezirksverbände					
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	5 033,4	5 478,8	5 733,6	5 590,2	5 920,1
Einnahmen des Vermögenshaushalts	1 526,1	1 545,9	1 296,7	1 301,9	1 193,6
Einnahmen insgesamt	6 559,5	7 024,7	7 030,3	6 892,1	7 113,7
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	5 113,6	5 615,1	5 890,3	5 643,0	5 933,0
Ausgaben des Vermögenshaushalts	1 567,9	1 555,2	1 310,4	1 305,3	1 152,3
Ausgaben insgesamt	6 681,5	7 170,3	7 200,7	6 948,3	7 085,3

Die Veränderung der Bruttoeinnahmen der Gemeinden/GV 1981 – 1984				
Verwaltungshaushalt	1981	1982	1983	1984
Vermögenshaushalt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Gemeinden/GV insgesamt				
Verwaltungshaushalt	+ 4,2	+ 4,2	– 0,4	+ 4,6
Vermögenshaushalt	– 5,3	– 5,5	– 2,1	– 1,7
kreisfreie Städte				
Verwaltungshaushalt	+ 2,8	+ 4,4	– 0,5	+ 4,0
Vermögenshaushalt	– 8,3	– 3,9	– 4,8	+ 1,2
kreisangehörige Gemeinden				
Verwaltungshaushalt	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,9	+ 5,1
Vermögenshaushalt	– 6,5	– 3,2	– 0,8	– 1,8
Kreise				
Verwaltungshaushalt	+ 5,9	+ 4,2	– 1,4	+ 3,6
Vermögenshaushalt	+ 12,0	– 11,1	+ 1,4	– 7,2
Bezirksverbände				
Verwaltungshaushalt	+ 8,9	+ 4,7	– 2,5	+ 5,9
Vermögenshaushalt	+ 1,3	– 16,1	+ 0,4	– 8,3

Die Veränderung der Bruttoausgaben der Gemeinden/GV 1981 – 1984				
Verwaltungshaushalt Vermögenshaushalt	1981	1982	1983	1984
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Gemeinden/GV insgesamt				
Verwaltungshaushalt	+4,7	+4,9	-0,9	+4,2
Vermögenshaushalt	-2,3	-11,8	-2,3	-2,9
kreisfreie Städte				
Verwaltungshaushalt	+3,5	+4,4	0	+3,5
Vermögenshaushalt	-2,4	-12,8	-4,5	+0,4
kreisangehörige Gemeinden				
Verwaltungshaushalt	+4,1	+4,2	+0,7	+4,9
Vermögenshaushalt	-4,1	-9,3	-1,2	-3,1
Kreise				
Verwaltungshaushalt	+5,7	+8,6	-4,9	+4,1
Vermögenshaushalt	+7,0	-14,8	+0,7	-7,1
Bezirksverbände				
Verwaltungshaushalt	+9,8	+4,9	-4,2	+5,1
Vermögenshaushalt	-0,8	-15,7	-0,4	-11,7

Doppelte des Vorjahresbetrages. Der Fehlbetrag konnte dann von Jahr zu Jahr verringert werden und machte 1984 mit 115,5 Mill. DM nur noch 18,1 % des Betrages des Basisjahres aus.

Der V.H.-Anteil des Rechnungsfehlbetrags an den Bruttoausgaben zeigte bei den verschiedenen Körperschaftsgruppen erhebliche Unterschiede. Er betrug bei den Kreisen durchschnittlich 1,36 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden 1,02 % und bei den kreisfreien Städten 0,86 %.

Die Entwicklung der kommunalen Einnahmen

Das Hauptgewicht der kommunalen Einnahmen lag bei den Steuern sowie den allgemeinen und investiven Zuweisungen.

Die Bedeutung der Steuern als kommunale Einnahmequelle hat sich in diesem Fünfjahreszeitraum verstärkt: Hatten die Steuern (netto) 1980 und 1981 noch einen Anteil an den Bruttoeinnahmen in Höhe von 25,2 bzw. 24 %, so machten sie 1984 schon 27,1 % aller Einnahmen aus. Der Zuwachs betrug in Nordrhein-Westfalen insgesamt 15,7 %, wobei die stärkste Zunahme gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1983 mit 7,6 % erzielt wurde. Die übrigen Steuern (z. B. Hundesteuer, Vergnügungssteuer) erzielten in dem genannten Jahr mit +20,6 % den größten Zuwachs²⁾. Dies ist in der Hauptsache auf die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer auf 9/14 des Aufkommens zum 1. 1. 1983 zurückzuführen³⁾.

Bei allen ins Gewicht fallenden Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) war ein kontinuierlicher Anstieg in diesem Fünfjahreszeitraum zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildete hier lediglich die Einnahme aus der Gewerbesteuer im Jahre 1981, als ein Freibetrag für die Hinzurechnung von Dauerschulden bei der Gewerbesteuer eingeführt wurde. Die Einnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % zurück. Die beachtliche Zunahme der Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den Jahren 1983 (+12,9 %) und 1984 (+9,3 %) kann u. a. auf eine verstärkte Anhebung der Hebesätze durch die Gemeinden/GV als eine – zeitlich verzögerte – Reaktion auf den Fortfall der Lohnsummensteuer im Jahr 1980 angesehen werden. Von 1980 bis 1982 war dieser Einnahmeausfall vom Land jährlich mit 523 Mill. DM ausgeglichen worden.

2) Der starke Rückgang der übrigen Steuern im Jahr 1981 ist dadurch bedingt, daß für das Jahr 1980 noch größere Reste an Lohnsummensteuer nachgewiesen wurden.

3) Gesetz zur Verteilung des Aufkommens aus der Grunderwerbsteuer von 17. Mai 1983, Gv. NW. 1983, S. 166

Steuern als kommunale Einnahmequelle an Bedeutung gewonnen

Anteile ausgewählter Einnahmen am Gesamthaushalt 1980 – 1984 in %					
Art der Einnahme	1980	1981	1982	1983	1984
Steuern ¹⁾	25,2	24,0	24,5	26,3	27,1
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	19,5	20,9	21,7	21,2	21,2
Allgemeine Zuweisungen	12,8	13,3	12,9	11,6	12,1
Investitionszuweisungen	9,6	8,7	7,4	7,1	6,1
Kredite ²⁾	7,2	7,2	6,8	5,6	5,5
Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	1,7	1,7	1,7	2,1	1,9

1) abzüglich Gewerbesteuerumlage – 2) mit inneren Darlehen

Die Steuereinnahmen der Gemeinden/GV 1980 – 1984						
Steuerart	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984
Grundsteuer	Mill. DM	1 466,9	1 510,1	1 638,3	1 812,0	1 894,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	+ 2,9	+ 8,5	+10,6	+ 4,6
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹⁾	Mill. DM	5 283,8	5 256,1	5 538,4	6 253,4	6 836,8
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	– 0,5	+ 5,4	+12,9	+ 9,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. DM	6 387,2	6 462,7	6 578,9	6 659,4	6 924,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	+ 1,2	+ 1,8	+1,2	+ 4,0
Übrige Steuern ²⁾	Mill. DM	1 012,0	532,3	539,6	650,9	719,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	–47,4	+ 1,4	+20,6	+10,6
Steuern insgesamt	Mill. DM	14 149,9	13 761,2	14 295,2	15 375,7	16 375,2
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	– 2,7	+ 3,9	+ 7,6	+ 6,5

1) netto – abzüglich Gewerbesteuerumlage – 2) einschließlich Restzahlungen Lohnsummensteuer

Die – im Vergleich zu anderen gewichtigen kommunalen Einnahmequellen – beachtliche nominale Zunahme der Nettoeinnahmen aus Steuern hat eine weitere wesentliche Ursache in der Kürzung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Land, die den Kommunen als Kompensation für die Verminderung der Besteuerungsgrundlagen bei der Gewerbesteuer gewährt worden ist. Die Umlagebelastung ging bis zum Jahr 1984 um mehr als ein Drittel zurück.

Die Gewichte der verschiedenen Steuerarten haben sich im untersuchten Zeitraum leicht verschoben: Während die Anteile der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der übrigen Steuern an den Gesamtsteuereinnahmen leicht zugenommen haben, ist zwischen 1981 und 1984 der Anteil der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 47,0 % auf 42,3 % gefallen.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Steuereinnahmen nahm das Gewicht bei der anderen großen Einnahmequelle der Kommunen, den Zuweisungen, ab. Einem Anteil an den Gesamteinnahmen in Höhe von 22,4 % im Jahr 1980 stand einer in Höhe von 18,2 % im Jahr 1984 gegenüber. Zudem verschob sich das Verhältnis zwischen den investiven und den allgemeinen Zuweisungen. Die investiven Zuweisungen verloren kräftig an Boden: Machten diese im ersten Jahr des Fünfjahreszeitraums noch 42,8 % der gesamten Zuweisungen aus, so sank ihr Anteil bis zuletzt auf gerade ein Drittel. Diese Entwicklung verlief im wesentlichen kontinuierlich, lediglich im Jahr 1983 – das Jahr, in dem die Auftragspauschale wegfiel – erreichte der Anteil der Investitionszuweisungen mit 37,8 % eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Die skizzierte Verlagerung dürfte den Wünschen der Kommunen entgegenkommen, da, wie bereits dargestellt, die größten finanziellen Probleme bei der Deckung der laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt entstehen.

Eine relativ unbedeutende Rolle spielen die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen (GR. 34). Diese machten im fraglichen Zeitabschnitt etwa 2 % der kommunalen Einnahmen aus. Auffällig war ihre Entwicklung im Haushaltsjahr 1983. Während sich die gesamten Bruttoeinnahmen der nordrhein-westfälischen Kommunen gegenüber dem Vorjahr nur um 0,1 % erhöhten, erhöhten sich die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens um nahezu ein Viertel, nämlich um 23,4 %. Diese Tatsache erklärt sich aus den besonderen Konsolidierungsbemühungen der Kommunen. Einhergehend mit einer deutlichen

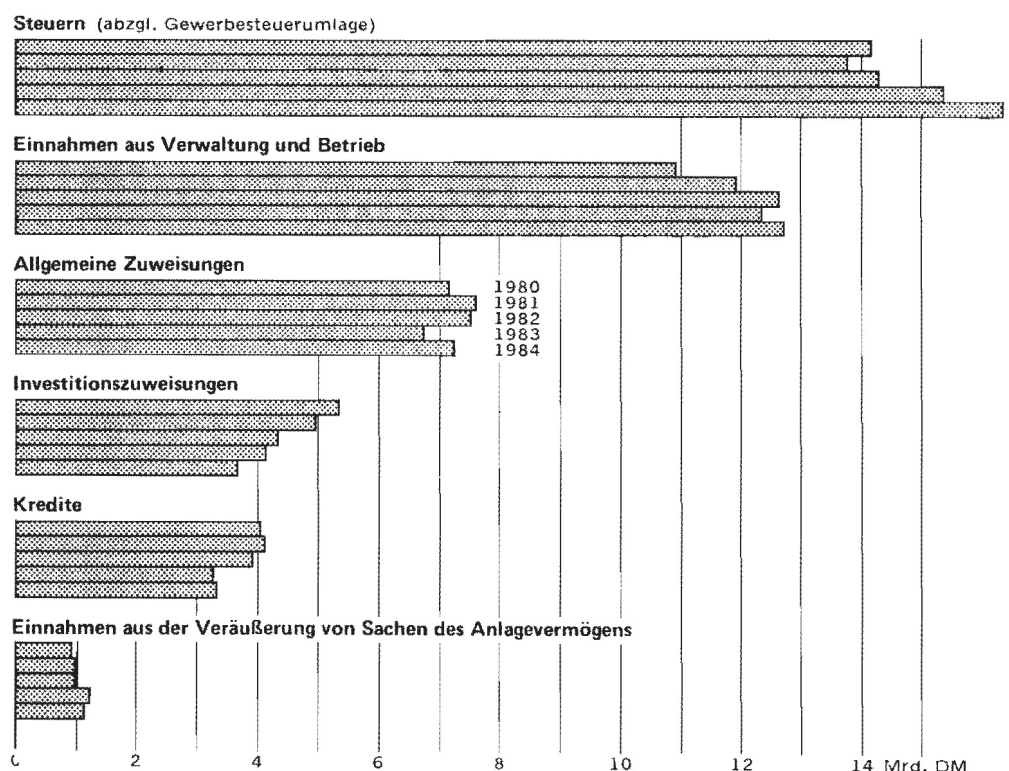
Ausgabenkürzung wurde jede Einnahmequelle soweit wie irgend möglich genutzt, um den Kreditbedarf einzudämmen. Jedoch konnte diese Einnahmequelle in den folgenden Jahren nicht weiter ausgeschöpft werden. Ein Grund hierfür war u. a. der Rückgang von Grundstückstransaktionen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen.

Die Kreditaufnahmen verloren in der betrachteten Periode kontinuierlich an Gewicht. Der Anteil von 7,2 % an den Bruttoeinnahmen im Jahr 1980 wurde bis 1984 auf 5,5 % reduziert.

Als der erste Schritt zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen muß die Reduzierung der Nettokreditaufnahme⁴⁾ angesehen werden. In dieser Hinsicht konnten die Kommunen einen beachtlichen Erfolg erzielen. Die Nettokreditaufnahme machte 1984 nur noch 26,6 % des Betrages des Basisjahres aus. Der stärkste Rückgang war im Jahre 1983 mit 62,5 % erreicht worden. Im Durchschnitt wurde jährlich ein Rückgang um 23,7 % erzielt.

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (HGR. 1), die etwa ein Fünftel der kommunalen Einnahmen ausmachen, nahmen bis 1982 (einschl.) erheblich stärker zu als die anderen bereits erwähnten Einnahmearten. Einen Hauptteil dieser Einnahmen machen Gebühren, Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten und ähnliches aus. Die Gemeinden/GV haben auf die Höhe dieser Einnahmen – selbstverständlich nur im Rahmen des politisch Machbaren – einen gewissen Einfluß. Sie haben diese Möglichkeit weitgehend genutzt. Die überdurchschnittliche Steigerung dieser Einnahmeart in den genannten Jahren ist im wesentlichen auf die Steigerung der genannten – von der Kommune in der Höhe bestimmbar – Einnahmen zurückzuführen. Zuletzt konnte diese Einnahmequelle nicht weiter ausgeschöpft werden. Die Steigerungsrate blieb knapp unter dem Fünfjahresdurchschnitt. Der Grund ist u. a. darin zu sehen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften eine Grenze des ökonomisch Machbaren und des politisch Vertretbaren erreicht hatten.

Ausgewählte Einnahmen der Gemeinden/GV (brutto) 1980 – 1984



4) Neuaufnahmen minus Tilgung

Zusammenfassend läßt sich zur Einnahmeentwicklung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen in der Periode 1980/84 feststellen, daß sämtliche Einnahmen – abgesehen von den Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens – real zurückgegangen sind. Die stärksten Einbrüche gab es bei den Krediteinnahmen und den Zuweisungen, wie die Graphik deutlich erkennen läßt. Allerdings deuten die Einnahmeergebnisse des Jahres 1984 mit einer realen Zunahme von 1,2 % eine positive Entwicklung an.

Die Entwicklung der kommunalen Ausgaben nach Aufgabenbereichen

Dem Vorgegangenen soll nun die Entwicklung der kommunalen Ausgaben gegenübergestellt werden.

Die Ausgaben der Gemeinden/GV haben innerhalb des Fünfjahreszeitraums um 5,2 % zugenommen und lagen somit einen Prozentpunkt unter der prozentualen Zunahme der Einnahmen.

Von besonderem Interesse ist die Frage, welche Folgen die Sanierungsbemühungen für die Wahrnehmung der vielfältigen kommunalen Aufgaben hatten. Hier soll eine Betrachtung der nach Bereichen gegliederten Aufgaben der Gemeinden/GV Aufschluß geben, wobei die o. g. Differenzierung in der Tabelle – soweit möglich – entsprechend kenntlich gemacht ist.

Die Ausgabevolumina der Einzelpläne haben sich in der beobachteten Periode unterschiedlich entwickelt. Das Hauptgewicht der Ausgaben lag weiterhin in den Einzelplänen 4 (Soziale Sicherung) und 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft), die zuletzt zusammen nahezu die Hälfte der gesamten Ausgaben ausmachten.

Das besondere Gewicht des Einzelplans 9 erklärt sich aus der Tatsache, daß nach der Haushaltssystematik wesentliche Finanzierungsvorgänge zentral in diesem Einzelplan nachgewiesen werden. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Umlagen, Tilgungen, Rücklagenzuführungen, Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und Zinsausgaben. Betrug der Anteil des Einzelplans 9 1980 noch 24,4 % des Gesamthaushalts, so erreichte er nach einer stetigen Ausweitung 1984 mit 17 119,6 Mill. DM schon 27,8 % der gesamten Ausgaben.

Anteile ausgewählter Ausgaben am Gesamthaushalt 1980 – 1984 in %					
Art der Ausgaben	1980	1981	1982	1983	1984
Personalausgaben	20,7	21,1	21,6	21,8	21,4
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	11,0	11,2	10,9	10,9	11,2
Leistungen der Sozialhilfe u. a.	10,3	11,0	11,6	12,2	12,6
Investitionen ¹⁾	19,8	17,8	14,9	13,4	12,8
Zinsen	3,9	4,4	5,0	4,8	4,6
Tilgungen	3,0	3,3	3,3	4,3	4,4

1) Erwerb von Beteiligungen, Kapitalanlagen, Grundstücken, beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen

Ausgaben*) der Gemeinden/GV 1980 – 1984 nach Aufgabenbereichen						
Aufgabenbereich	1980	1981	1982	1983	1984	Durchschnittliche jährliche Veränderung
	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	%
Allgemeine Verwaltung	3 408,8	3 542,7	3 583,3	3 572,1	3 625,9	+1,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 692,7	1 815,2	1 816,2	1 852,6	1 905,4	+3,0
Schulen	4 864,4	4 947,3	4 601,4	4 182,5	4 101,0	-4,1
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1 702,0	1 813,1	1 748,5	1 764,8	1 858,3	+2,3
Soziale Sicherung	11 865,7	12 770,9	13 343,3	12 959,6	13 515,8	+3,4
Gesundheit, Sport, Erholung	2 976,7	3 048,7	2 926,2	2 747,1	2 867,7	-0,8
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	8 665,6	8 413,6	7 765,0	7 447,1	7 556,8	-3,3
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	5 685,8	5 740,6	5 711,7	5 839,4	6 031,2	+1,5
Wirtschaftliche Unternehmen, allgem.						
Grund- und Sondervermögen	3 415,3	3 396,0	3 194,5	3 175,0	3 024,0	-3,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	14 259,6	14 745,3	15 805,2	16 430,8	17 119,6	+4,7
Ausgaben insgesamt	58 536,6	60 233,4	60 495,3	59 971,0	61 605,7	+1,3

*) brutto

Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die starke Zunahme der Umlagen (durchschnittlich +6,8 %) und der Zinsausgaben (durchschnittlich +6,1 %) zurückzuführen.

Die Ausgaben für die soziale Sicherung (Einzelplan 4) haben seit 1980 mit Ausnahme des Jahres 1983 jährlich zugenommen und lagen 1984 um 13,9 % über den Ausgaben des Basisjahres. Es muß allerdings erwähnt werden, daß es sich bei diesen Zuwächsen nur in den Jahren 1981 und 1984 um reale Zuwächse handelt; im Jahre 1982 lag der Zuwachs mit +4,5 % unter der Preissteigerungsrates in Nordrhein-Westfalen (+5,4 %).

Innerhalb des Einzelplans 4 war die Entwicklung keineswegs einheitlich. Extreme bildeten hier der Abschnitt 41 (Sozialhilfe nach dem BSHG) und der Unterabschnitt 475 (Förderung der Jugendhilfe). Die Ausgaben für die Sozialhilfe machten zuletzt 58,4 % der Ausgaben des Einzelplans 4 und 16,1 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts aus, so daß der Löwenanteil des Ausgabenzuwachses auf die Entwicklung dieser Leistungen zurückzuführen ist, für die die Gemeinden/GV jährlich durchschnittlich 9,1 % mehr bereit stellten.

Eine völlig andere Entwicklung nahmen die Ausgaben zur Förderung der Jugendhilfe. 1984 wurden hierfür nur noch etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben des Jahres 1980 ausgegeben, die durchschnittliche jährliche Kürzung betrug 12,5 %. Diese drastischen Kürzungen waren möglich, weil die Gemeinden/GV in diesem Bereich rechtlich nicht so stark gebunden sind und folglich über einen größeren Entscheidungsspielraum verfügen. Auch die Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (UA 45) konnte mit der allgemeinen Ausgabenentwicklung nicht Schritt halten, so daß 1984 die Ausgaben um 3,9 % unter dem Ausgabevolumen des Jahres 1980 lagen.

Sparmaßnahmen vor allem im Schulbereich

Betroffen von den Sparmaßnahmen der Kommunen waren vor allem der Einzelplan 2 (Schulen) und der Einzelplan 6 (Bau- und Wohnungswesen, Verkehr). Im Schulbereich ist der Anteil an den gesamten Ausgaben von 8,3 % auf 6,7 % gesunken. Das Finanzvolumen ist von 1980 bis 1984 um 15,7 % auf 4 101,0 Mill. DM zurückgegangen, wobei es 1981 noch eine Zunahme um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr gegeben hat. Dieser starke Rückgang des Ausgabevolumens ist unmittelbar an die Entwicklung der Schülerzahlen geknüpft.

Nicht ganz so entschieden wurden die Ausgaben im Einzelplan 6 zurückgefahren. Sie waren 1984 um 12,8 % niedriger als 1980. Der Anteil am Gesamthaushalt sank von 14,8 % auf 12,3 %.

Ähnlich entwickelten sich die Aufwendungen im Einzelplan 8 (wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen): Hier wurden 1984 11,5 % weniger ausgegeben als im Basisjahr 1980.

Überdurchschnittlich eingespart wurde ebenso im Einzelplan 5 (Gesundheit, Sport, Erholung). In diesem Bereich gab es 1984 nach den Einbrüchen in den zwei vorausgegangenen Jahren erstmals wieder einen nominalen Zuwachs in Höhe von 4,4 %.

In allen übrigen Einzelplänen lag das Ausgabenvolumen über dem des Jahres 1980.

Die Gemeinden/GV als Dienstleistungsunternehmen erledigten und finanzierten primär die vordringlichen Aufgaben, d. h. die Aufrechterhaltung des Verwaltungsapparats und die Pflichtaufgaben, wobei die freiwilligen Aufgaben in den Hintergrund traten.

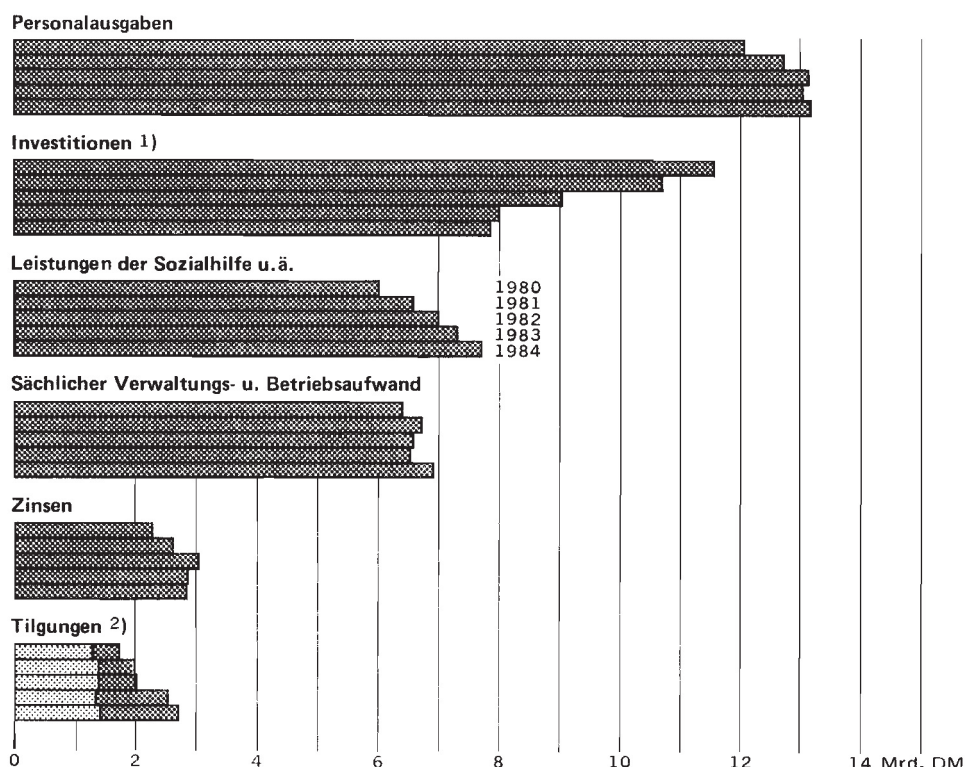
Die Entwicklung der kommunalen Ausgaben nach Arten

Eine Differenzierung der Ausgaben nach Arten ermöglicht einen weitergehenden Aufschluß über die Entwicklung der Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Gemeinden/GV.

Überdurchschnittliche Zunahme bei den Personalausgaben

Eine überdurchschnittliche Zunahme war bei den Personalausgaben, die etwa ein Fünftel der kommunalen Ausgaben ausmachen, zu verzeichnen, und zwar von 1980 bis 1984 um 9 %. Nach nominellen Zuwächsen in den Jahren 1981 und 1982

Ausgewählte Ausgaben der Gemeinden/GV (brutto) 1980 – 1984



1) Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinzügen, Grundstücken, beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen

2) ordentliche und außerordentliche Tilgungen, einschl. Umschuldungen

gab es 1983 einen Rückgang der Ausgaben um 0,7 % und 1984 nur einen geringen Zuwachs in Höhe von 1 %. Diese Entwicklung der Personalkosten läßt sich zum einen auf Restriktionen bei der Personalbeschaffung der Kommunen, zum anderen darauf zurückführen, daß die Beamtenbezüge und die Pensionen ab Mitte 1983 nicht mehr und die Vergütung für Angestellte und Arbeiter nur geringfügig angehoben worden waren.

Gut ein Zehntel gaben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand aus. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und baulichen Anlagen, Mieten und Pachten, Ausstattungen, Haltung von Kraftfahrzeugen u. ä. Die Ausgaben hierfür wurden 1982 und 1983 um 2,0 % bzw. 0,7 % gedrosselt. Die hierbei entstandenen Deckungslücken führten zu einem mit 5,8 % deutlich überdurchschnittlichen Ausgabenzuwachs im Jahre 1984, als den Gemeinden/GV ein günstigerer Finanzierungsspielraum als in den vergangenen Jahren zur Verfügung stand. (Der deutliche Ausgabenzuwachs für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand hat sich auch im Jahre 1985 fortgesetzt, wie die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik belegen.)

Der mit Abstand größte Ausgabenzuwachs war im untersuchten Zeitraum im Bereich Soziales festzustellen. Die Ausgaben, die kontinuierlich gestiegen sind, lagen 1984 um 28,4 % über denen des Jahres 1980. Dementsprechend erhöhte sich auch ihr Anteil an den gesamten Ausgaben, d. h. von 10,3 % auf 12,6 % im Jahre 1984. Bei diesen Ausgaben handelt es sich in der Hauptsache um Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen nahm jährlich um durchschnittlich 8,4 %, an natürliche Personen in Einrichtungen um 8,8 % zu. Gründe für diese beachtlichen Ausgabenzuwächse liegen zum einen in der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit, zum anderen in der wachsenden Zahl von Pflegefällen, die zu einem immer gewichtigeren Kostenfaktor für die Kommunen werden.

**Größter Ausgabenzuwachs im
Bereich Soziales**

Die besondere Inanspruchnahme der Kommunen durch Sozialhilfeleistungen wird deutlich bei einer Gegenüberstellung der Entwicklungen dieser Leistungen und der des Haushaltsvolumens, das in der betrachteten Periode jährlich durchschnittlich nur um 1,3 % zunahm.

Da es sich bei den Ausgaben für Soziales im großen und ganzen um Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtung handelt, verbleibt den Kommunen kaum eine Möglichkeit, das entsprechende Ausgabenvolumen zu senken.

Stetiger Rückgang der Investitionsausgaben

Ungleich größer ist der Entscheidungsspielraum bei den Investitionen. Der Konsolidierungswunsch der Gemeinden/GV führte hier denn auch zu einem stetigen Rückgang der Ausgaben. Mit 7 875,1 Mill. DM wurden 1984 nur etwa zwei Drittel des Betrages, der 1980 für Investitionen ausgegeben worden war, verausgabt. Wird darüber hinaus die Preissteigerungsrate berücksichtigt, so ergibt sich, daß nicht einmal 60 % der Ausgaben des Jahres 1980 am Ende des Fünfjahreszeitraums von den Gemeinden/GV Nordrhein-Westfalens für den genannten Zweck zur Verfügung gestellt wurden.

Den gravierendsten Einschnitt gab es 1982 bei den Investitionen, als die Ausgaben um 15,3 % gegenüber dem Vorjahr gekappt wurden. In den darauffolgenden Jahren waren die Einschnitte nicht mehr so tief; zuletzt gab es einen Rückgang um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr; (den Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik zufolge gab es 1985 mit einem Plus von 3,4 % in Nordrhein-Westfalen erstmalig wieder einen Zuwachs). Der enorme Rückgang bei den Investitionen dürfte u. a. mit der bereits erwähnten Tatsache zusammenhängen, daß die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden für investive Zwecke deutlich reduziert worden sind.

Die dennoch von den Kommunen getätigten Sachinvestitionen wurden verstärkt mit Eigenmitteln finanziert, da eine Kreditfinanzierung nach dem Haushaltsrecht nur dann in Frage kommt, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (Subsidiaritätsprinzip). Die Selbstfinanzierungsquote, die 1981 um 6,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf ein Minimum von 8,4 % sank, wuchs bis 1984 auf 22,1 % an.

Sachinvestitionen*) der Gemeinden/GV 1980 – 1984						
Art der Sachinvestitionen	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984
Sachinvestitionen insgesamt	Mill. DM	11 592,0	10 715,1	9 065,2	8 034,4	7 875,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-7,5	-15,3	-11,3	-1,9
Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen	Mill. DM	2 593,2	2 265,6	1 827,2	1 621,6	1 713,2
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-12,6	-19,2	-11,3	+5,7
Baumaßnahmen	Mill. DM	8 738,2	8 185,6	6 946,6	5 940,7	5 740,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-6,3	-15,1	-14,5	-3,4
darunter für						
Straßenbau	Mill. DM	2 736,6	2 407,7	2 013,4	1 870,4	1 869,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-12,0	-16,4	-7,1	-0,0
Abwasser	Mill. DM	1 708,5	1 522,8	1 255,2	1 147,5	1 176,9
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-10,8	-17,6	-8,6	+2,6
Abfall	Mill. DM	54,8	55,6	50,9	46,0	39,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	+1,5	-8,5	-9,6	-13,9
Sportstätten	Mill. DM	337,6	316,3	221,7	154,8	151,8
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-6,3	-29,1	-30,2	-1,9
Schulen	Mill. DM	1 200,9	1 153,9	921,8	636,6	487,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-3,9	-20,1	-30,9	-23,4
Verwaltungsbauten	Mill. DM	300,6	303,8	317,7	272,8	214,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	x	-1,5	+4,6	-14,1	-21,5

*) ohne Darlehensgewährung und Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

Die Ausgabenkürzungen bei den Sachinvestitionen gingen vor allem zu Lasten der Baumaßnahmen. Die Ausgaben in Höhe von 5 740,5 Mill. DM im Jahre 1984 waren um 34,3 % niedriger als vier Jahre zuvor. Der durchschnittliche prozentuale Rückgang der Ausgaben betrug hier 9,8 %.

Vor allem Baumaßnahmen von Kürzungen betroffen

Einsparmöglichkeiten sahen die Gemeinden/GV vor allem – vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – im Schul- und im Sportstättenbau. In diesen Bereichen betrugen zuletzt die Ausgaben 45,0 % bzw. 40,6 % der 1980 getätigten Aufwendungen.

Am stärksten betroffen waren beim Schulbau die Fachoberschulen (–94 % gegenüber dem Basisjahr) und die Gesamtschulen (–69 % gegenüber dem Basisjahr). Offensichtlich wurde deren Raumbedarf auch durch das Raumangebot anderer Schulformen, deren Bedarf zurückgegangen ist (z. B. Hauptschulen), gedeckt.

Beim Sportstättenbau wurden die Aufwendungen für den Bau eigener Sportstätten stärker (durchschnittlich –17,5 %) beschnitten als die für den Bau von Badeanstalten (durchschnittlich –13,8 %).

Der Tiefpunkt der Ausgabenentwicklung für Baumaßnahmen lag in dem Jahr 1982 und dem darauffolgenden. Die Aufwendungen lagen um 15,1 % bzw. 14,5 % unter dem des Vorjahres.

Den Kürzungen bei den Baumaßnahmen gingen einschneidende Kürzungen beim Vermögenserwerb voraus. Sie betrugen 11,3 % im Jahre 1981 und 16,2 % im Jahre 1982. 1984 wurde für den Vermögenserwerb erstmals wieder mehr ausgegeben als im Vorjahr. Dennoch machten die Ausgaben (2 134,5 Mill. DM) nur 74,8 % der Ausgaben des Jahres 1980 aus.

Die Entwicklung der Investitionsausgaben ist im untersuchten Zeitraum im kreisangehörigen und im kreisfreien Raum unterschiedlich verlaufen. Die Unterschiede sollen anhand von ausgewählten Aufgabenbereichen exemplarisch aufgezeigt werden. Es wurden solche ausgewählt, die im besonderen öffentlichen Interesse stehen; es sind dies die Bereiche Freizeit, Entsorgung und soziale Einrichtungen.

Die Investitionsausgaben der Gemeinden/GV für Sport und Erholung sind von 1980 bis 1983 Jahr für Jahr beschnitten worden, 1983 sogar um mehr als ein Viertel gegenüber dem Vorjahr. 1984 gab es erstmals wieder einen Ausgabenzuwachs. Bei einer differenzierten Betrachtung ergibt sich folgendes Bild: Während die kreisfreien Städte ihre Ausgaben durchschnittlich um 6,9 % minderten, kürzten die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden die Investitionen im Freizeitbereich durchschnittlich um 17,2 %. Zuletzt war bei den kreisfreien Städten erstmals

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden/GV in ausgewählten Bereichen 1980 – 1984 – 1 000 DM –					
Aufgabenbereich	1980	1981	1982	1983	1984
Gemeinden/GV insgesamt					
Sport und Erholung	589 562	554 853	429 977	319 243	336 391
Abwasser- und Abfallbeseitigung	1 832 947	1 666 144	1 366 975	1 259 512	1 297 820
Soziale Einrichtungen ¹⁾	209 759	216 113	178 903	143 712	122 649
kreisfreie Städte					
Sport und Erholung	219 965	213 785	184 968	149 676	161 554
Abwasser- und Abfallbeseitigung	517 394	466 224	392 264	379 525	407 104
Soziale Einrichtungen	123 748	115 619	88 592	70 761	54 838
kreisangehörige Gemeinden und Kreise					
Sport und Erholung	350 940	321 415	218 564	156 134	156 252
Abwasser- und Abfallbeseitigung	1 312 896	1 197 370	972 211	879 987	890 641
Soziale Einrichtungen	79 706	86 704	77 711	61 250	59 835
Bezirksverbände					
Sport und Erholung	18 657	19 653	26 445	13 433	18 585
Abwasser- und Abfallbeseitigung	2 657	2 550	2 500	–	75
Soziale Einrichtungen	6 305	13 790	12 600	11 701	7 976

¹⁾ Einrichtungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge und Einrichtungen der Jugendhilfe

wieder ein Zuwachs zu verzeichnen, wohingegen im kreisangehörigen Raum die Ausgaben stagnierten.

Weniger stark, gleichwohl deutlich, differierte das Investitionsverhalten im Entsorgungsbereich. Auch hier wurde bei den Gemeinden/GV erheblich eingespart. Die kreisfreien Städte verminderten ihre Ausgaben für die Abwasser- und Abfallbeseitigung durchschnittlich um 5,4 %, die Kreise und die kreisangehörigen Gemeinden um 9,0 %. Hier deutete sich 1984 mit einer Zunahme der kommunalen Investitionsausgaben in Höhe von 3 % (kreisangehöriger Raum +1,2 %, kreisfreier Raum +7,3 %) eine positive Entwicklung für den Umweltschutz an.

Weiterhin zurückhaltend blieb dagegen die Investitionsbereitschaft der Gemeinden/GV für soziale Einrichtungen (Einrichtungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge, Kindergärten). So sanken die investiven Ausgaben 1984 um 14,7 % gegenüber den Vorjahresausgaben. Auch hier wich das Ausgabeverhalten der kreisfreien Städte von dem der Kreise und kreisangehörigen Gemeinden deutlich ab: Die kreisfreien Städte sparten jährlich durchschnittlich 18,3 % ein, während die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden einen Rückgang um 6,3 % verzeichneten.

Bleibt anzumerken, daß die Sparmaßnahmen den Entsorgungsbereich mit einer jährlichen durchschnittlichen Einsparungsquote von 8 % im Vergleich zu den beiden anderen angeführten Bereichen (–12 %) weniger belasteten. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Stellenwert des Umweltschutzes im Verlauf der politischen Diskussion der letzten Jahre erheblich gestiegen ist.

Eine weitere wichtige, den Handlungsspielraum der Kommunen unter Umständen erheblich eingrenzende Ausgabenposition ist der Schuldendienst. Dessen Bestandteile sind die Zinsausgaben und die Ausgaben für Tilgungen. Die Belastung der kommunalen Haushalte durch diese Ausgaben kann durch die Schuldendienstbelastungsquote (Anteil des Schuldendienstes an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts) deutlich gemacht werden: Sie betrug 1980 11 % und stieg bis 1982 auf 12,9 %. In den darauffolgenden Jahren erfolgte eine leichte Entspannung, die Schuldendienstbelastungsquote sank auf 12,2 % bzw. 11,7 %.

Als Resümee bleibt festzuhalten, daß die Entwicklung der kommunalen Ausgaben in den Jahren 1980 – 1984 an die Einnahmeentwicklung angeglichen werden konnte. Eine Zäsur stellt das Jahr 1982 dar, als ein weiteres Auseinanderklaffen der Einnahmen und Ausgaben verhindert werden konnte. Auf die Einbrüche bei allen gewichtigen kommunalen Einnahmequellen mit Ausnahme der Steuern im Jahr 1983 reagierten die Gemeinden/GV mit generellen Ausgabenkürzungen, von denen im wesentlichen nur die Sozialausgaben ausgenommen blieben. Der neuerliche Ausgabenzuwachs im Jahr 1984 lag immerhin noch knapp unter dem Einnahmenezuwachs.

Die Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Gemeinden/GV insgesamt hat sich im untersuchten Zeitraum zweifelsfrei verbessert, wobei nicht in Abrede gestellt werden soll, daß die Kommunen auch weiterhin – nicht zuletzt aufgrund der sich bereits in der öffentlichen Diskussion abzeichnenden Einschnitte des Bundes- und Landesgesetzgebers – drängende finanzielle Probleme zu lösen haben.

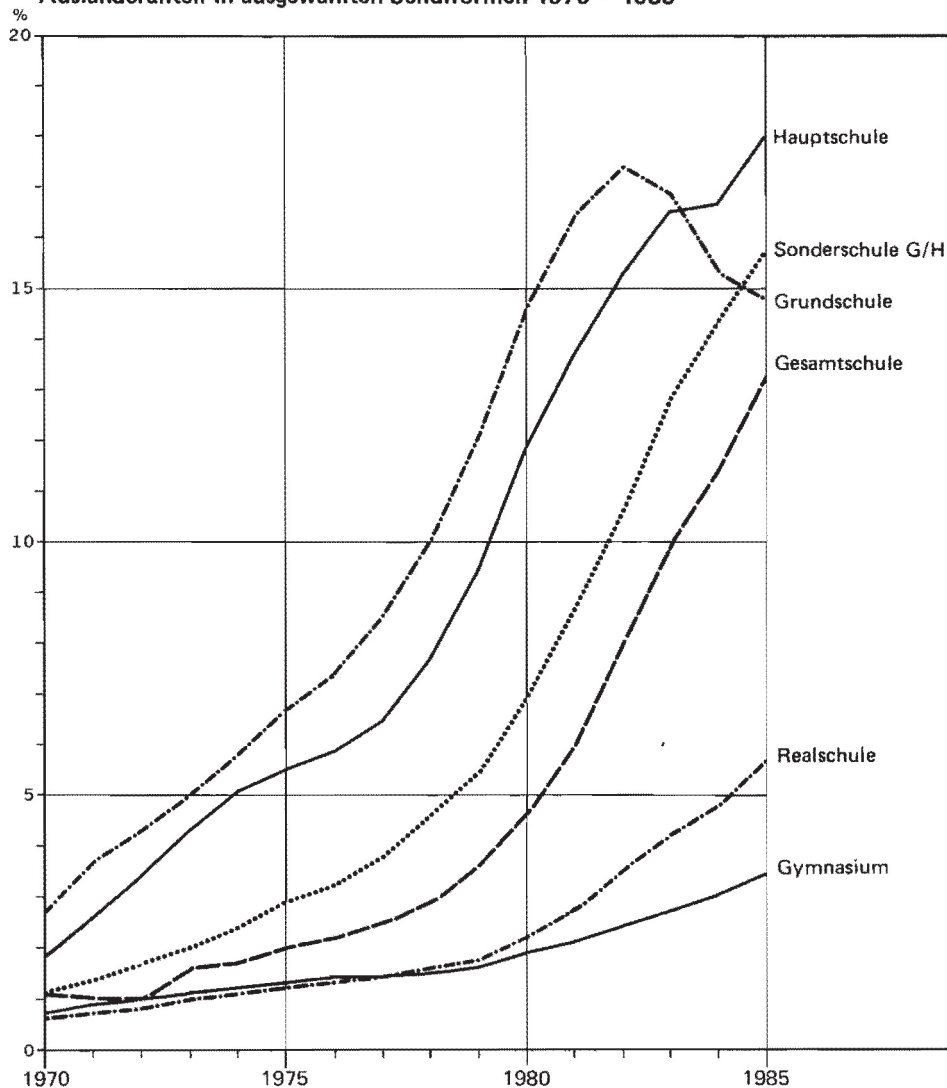
RUNDBLICK

Ausländische Schüler in den allgemeinbildenden Schulen 1985/86

Im Schuljahr 1985/86 hat sich der Rückgang der Gesamtzahl der ausländischen Schüler im allgemeinbildenden Bereich abgeschwächt (–2 955 oder 1,3 % gegenüber –18 167 oder 7,3 % im Vorjahr).¹⁾ Da die deutsche Schülerpopulation sich zugleich um 108 675 oder 5,6 (Vorjahr: –5,8 %) verringerte, ist der Ausländeranteil nach einjähriger Unterbrechung wieder gestiegen und erreicht mit 11,1 % (+0,4 Punkte) einen neuen Höchststand. Von dem Schülerrückgang sind insbeson-

1) Im allgemeinbildenden Bereich stieg die Zahl der ausländischen Schüler bis 1982/83 ständig an, ist seitdem aber aufgrund demographischer Einflüsse rückläufig. Im Schuljahr 1984/85 wirkte sich zudem die Rückkehrbeihilfe aus, die von den ausländischen Arbeitnehmern vom Herbst 1983 bis Frühsommer 1984 in Anspruch genommen werden konnte.

Ausländeranteil in ausgewählten Schulformen 1970 – 1985



dere die Anwerbeländer²⁾ betroffen, von denen lediglich Marokko/Tunesien (+945 oder 15,5 %) bzw. Jugoslawien (+389 oder 2,0 %) noch Zuwächse zu verzeichnen haben.³⁾ Der Anstieg bei den ausländischen Schülern aus Nichtanwerbeländern (+2 012 oder 8,2 %) ist zu vier Fünftel auf die Entwicklung bei den Schülern aus asiatischen Staaten zurückzuführen.⁴⁾

Von den insgesamt 227 621 (Vorjahr: 230 708; 1982/83: 252 021) ausländischen Schülern in den Schulen der allgemeinen Ausbildung⁵⁾ des Schuljahres 1985/86 entfallen 93 604 oder 41,1 (Vorjahr: 43,0%) auf die Grundschule einschließlich Schulkindergarten; 77 692 oder 34,1 (34,7)% besuchen die Hauptschule, 18 330 oder 8,1 (7,4)%; das Gymnasium, 16 124 oder 7,1 (6,4)%; die Realschule, 13 632 oder 5,9 (5,6)%; die Sonderschule, 8 015 oder 3,5 (2,8)%; die Gesamtschule und 224 die übrigen Schulformen.

Wie in den Vorjahren kommen 9 von 10 ausländischen Schülern aus den Anwerbeländern, wobei die Spanne von 93,4 % (Hauptschule) bis zu 62,5 % (Gymnasium) reicht. Die stärkste Schülergruppe stellen nach wie vor die Türken (130 124 oder 57,2 % der Ausländer in Schulen der allgemeinen Ausbildung), gefolgt von den Jugoslawen (8,7 %), die die Italiener (8,6 %) erstmals vom zweiten Platz verdrängt haben, und den Griechen (5,4 %).

2) Zu den Ländern, aus denen bis zum Anwerbestop 1973 ausländische Arbeitnehmer angeworben wurden, gehören: Türkei, Jugoslawien, Marokko und Tunesien sowie die der EG beigetretenen Anwerbeländer Italien, Griechenland, Spanien und Portugal.

3) Je nach Herkunftsland hat die Schülerzahl zwischen 1,9 % (Türkei) und 13,8 % (Portugal) abgenommen. Während die Zahl der türkischen Schüler jedoch erst seit 1983/84 rückläufig ist, geht die Zahl der italienischen und portugiesischen Schüler bereits seit 1982 und die der spanischen und griechischen Schüler sogar seit 1976 zurück.

4) Hier wirkt sich u. a. die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Zahl der Asylbewerber aus Ländern wie Sri Lanka und Iran aus.

5) Wegen der zahlenmäßig geringen Bedeutung der ausländischen Teilnehmer in den Abendschulen (904 = 0,4 % aller ausländischen Schüler im allgemeinbildenden Bereich) beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Schulen der allgemeinbildenden Ausbildung.

Ausländische Schüler 1985/86 nach Schulform und ausgewählten Herkunftsländern										
Schulform	Ausländische Schüler									
	insgesamt	davon aus								
		Anwerbe- ländern ins- gesamt	davon aus							übrigen Ländern
			Griechen- land	Italien	Jugosla- wien	Portugal	Spanien	Türkei	Marokko/ Tunesien	
Grundschule	93 604	84 054	4 190	7 708	8 357	1 709	2 685	55 723	3 682	9 550
darunter										
Schulkindergarten	3 225	3 059	30	182	129	23	25	2 512	158	166
Hauptschule	77 692	72 589	4 383	7 031	5 510	2 004	2 596	48 972	2 093	5 103
Volksschule	21	11	3	4	—	—	4	—	—	10
Realschule	16 124	13 577	1 203	1 482	2 349	498	955	6 818	272	2 547
Gesamtschule	8 015	7 138	313	690	538	113	189	5 115	180	877
Gymnasium	18 330	11 456	1 626	1 139	2 062	419	1 072	4 983	155	6 874
Waldorfschule ¹⁾	203	37	6	9	9	—	3	9	1	166
Zusammen	213 989	188 862	11 724	18 063	18 825	4 743	7 504	121 620	6 383	25 127
Sonderschulen im Bereich G/H	13 593	12 690	510	1 399	976	276	396	8 484	639	913
darunter										
Sonderschulkindergarten	70	58	—	2	2	—	1	51	2	12
Sonderschule im Bereich R/Gy	39	28	2	—	1	3	2	20	—	11
Zusammen	13 632	12 708	512	1 399	977	279	398	8 504	639	924
Schulen der allgemeinen Ausbildung	227 621	201 570	12 236	19 462	19 802	5 022	7 902	130 124	7 022	26 051
Abendrealschule ¹⁾	539	176	22	15	11	5	9	107	7	363
Abendgymnasium	251	117	9	14	10	2	8	70	4	134
Kolleg	114	49	8	12	2	3	6	17	1	65
Schulen der allgemeinen Fortbildung	904	342	39	41	23	10	23	194	12	562
Allgemeinbildende Schulen darunter	228 525	201 912	12 275	19 503	19 825	5 032	7 925	130 318	7 034	26 613
ohne angegliederte berufsbildende Bereiche	228 517	201 912	12 275	19 503	19 824	5 032	7 925	130 318	7 034	26 606

1) einschließlich angegliederter berufsbildender Bereiche

Das Schulwahlverhalten (hier gemessen in Form der Verteilungsquoten der ausländischen Schülerpopulation der Sekundarstufe I ohne Sonder-, Grund-, Volks- und Waldorfschulen)⁶⁾ ist weiterhin durch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen gekennzeichnet. Während bei den ausländischen Schülern, die nicht aus einem Anwerbeland stammen, seit jeher das Gymnasium eine wichtige Rolle spielt (36,7 %; Anwerbeländer: 8,4 %), gehen 7 von 10 Schülern aus Anwerbeländern in die Hauptschule, wobei der Hauptschulanteil Werte zwischen 54,7 % (Jugoslawien) und 78,4 % (Marokkaner/Tunesier) erreicht. Der Anteil der Realschule liegt 1985/86 zwischen 10,6 % (Türken) und 23,3 % (Jugoslawen), und das Gymnasium kommt bei den Anwerbeländern auf Werte von 5,7 % (Türkei) bis 16,8 % (Griechenland, Spanien).

Obwohl damit für die ausländischen Schüler die Hauptschule immer noch die mit großem Abstand bedeutendste Schulform ist, nähern sich die Schulwahlverhaltensmuster der deutschen und ausländischen SI-Schüler tendenziell weiter an.⁷⁾ Der Vergleich mit den Verteilungsquoten im Schuljahr 1980/81 verdeutlicht das Ausmaß dieser strukturellen Veränderung im Schulwahlverhalten: Danach hat die Hauptschule allein in diesem Zeitraum über ein Siebtel ihres damaligen Anteils an den ausländischen Schülern an die anderen Schulformen abgegeben, das Gymnasium legte um rd. ein Sechstel zu und Realschule bzw. Gesamtschule haben ihren Anteil verdoppelt bzw. verdreifacht. Eine atypische Entwicklung ist allerdings bei den Nichtanwerbeländern zu verzeichnen; hier liegt der Anteil der Hauptschule nur um 0,7 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert (Anwerbeländer: -12,9 Punkte) und der Anteil des Gymnasiums hat nicht zu-, sondern abgenommen (-2,5 Punkte; Anwerbeländer: +2,3 Punkte).⁸⁾

6) Das Erhebungskonzept der amtlichen Schuldaten (ASD) enthält keine Informationen über die schulische Herkunft von ausländischen Schülern, so daß auch keine Übergangsquoten für die ausländischen Schüler an der Schnittstelle Primarstufe/Sekundarstufe I ermittelt werden können. Zur Frage der Indikatoren zum Schulwahlverhalten vgl. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 10/1979, Seite 529 ff.

7) Die ausländischen Schüler vollziehen derzeit eine für die sechziger Jahre typische Entwicklung nach, als die Realschule vor allem durch Zugewinne aus dem früheren Schülerpotential der Hauptschule stark expandierte. Zur Rolle der Realschule als schulische Institution für den sozialen Aufstieg bildungsferner Schichten (wie z. B. die Arbeiter- und Landbevölkerung) siehe u. a. Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 3, S. 176 ff. und Die Realschule, Heft 7/1986, S. 310 ff.

8) Dies ist eine Folge der veränderten Zusammensetzung bei den Nicht-Anwerbe-Ländern; Schüler aus Herkunftsländern wie Sri Lanka oder Iran besuchen nämlich in einem stärkeren Ausmaß die Hauptschule als z. B. Schüler aus mitteleuropäischen Ländern.

In regionaler Hinsicht⁹⁾ konzentriert sich die ausländische Schülerpopulation vor allem auf die Ballungskerne (57,5 % der ausländischen Schüler gegenüber 37,7 % der deutschen Schüler). Der auf die ländlichen Zonen entfallende Anteil an den ausländischen Schülern liegt mit 19,7 % fast um die Hälfte unter dem Vergleichswert der deutschen Schüler (37,9 %), während die Anteile der Ballungsrandgebiete und solitären Verdichtungsgebiete an diesen beiden Schülergruppen nur geringfügig differieren (19,4 bzw. 4,8 % gegenüber 19,5 bzw. 4,9 %).¹⁰⁾

Mit diesen unterschiedlichen regionalen Konzentrationsverhältnissen hängen auch die stark divergierenden Ausländeranteile zusammen; mit 16,0 % ist der Ausländeranteil in den Ballungskernen fast dreimal so hoch wie in den ländlichen Zonen (6,1 %), während Ballungsrandgebiete (10,7 %) und solitäre Verdichtungs-

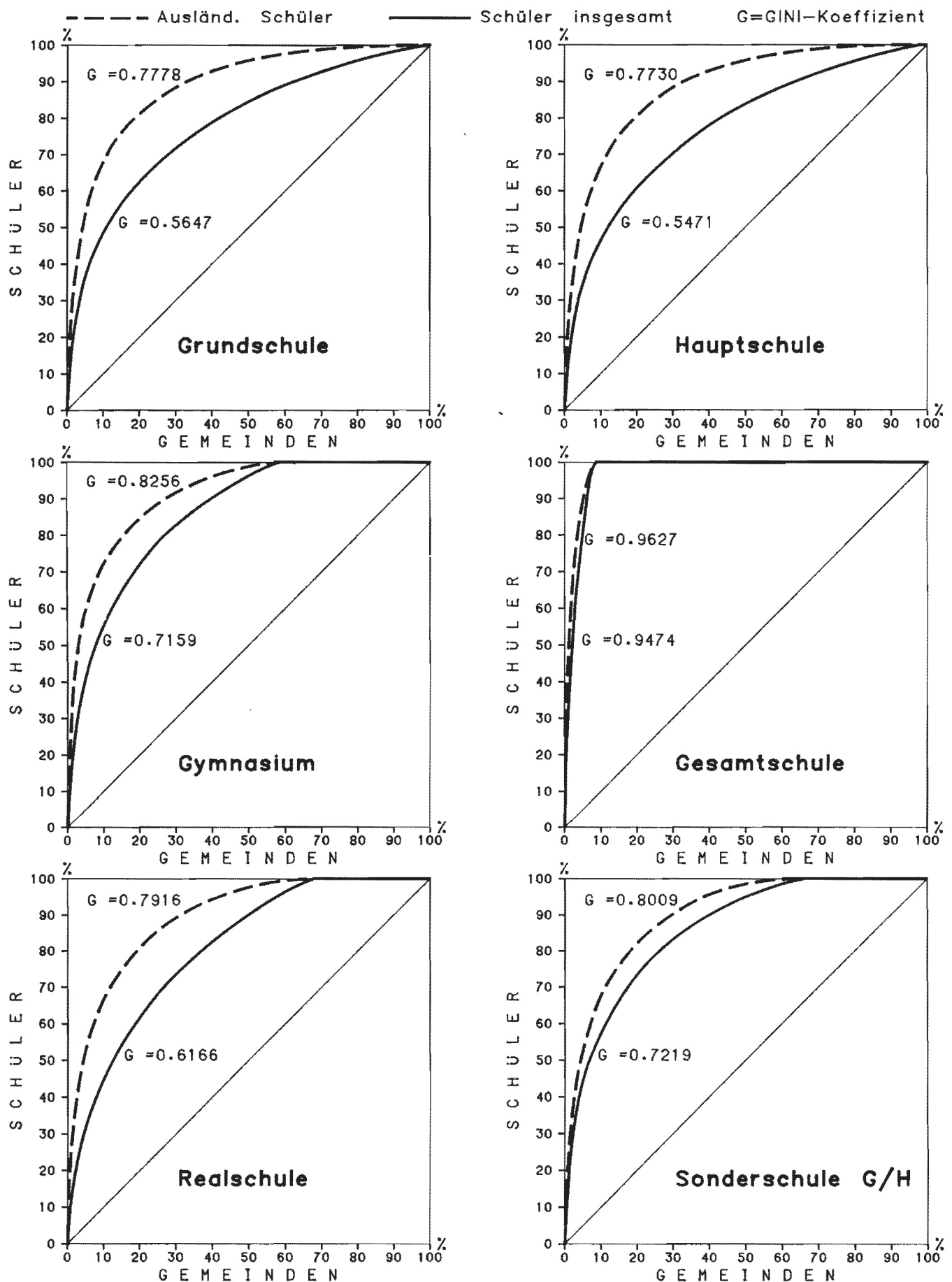
Verteilung der Schülerpopulationen ausgewählter SI-Schulformen und deren Veränderung													
Schulform	Schüler												
	ins-gesamt	weiblich	deutsch	zu-sammen	ausländisch								
					davon aus								
					Anwer-belän-dern zu-sammen	davon aus							
						Grie-chenland	Italien	Jugosla-wien	Portugal	Spanien	Türkei	Sonstige	übrigen Ländern
Verteilung im Schuljahr 1985/86 in %													
Hauptschule	38,9	36,3	35,6	67,6	71,5	62,1	70,4	54,7	68,3	57,9	76,1	78,4	38,3
Realschule	25,6	27,1	26,9	14,0	13,4	17,0	14,8	23,3	17,0	21,3	10,6	10,2	19,1
Gesamtschule	4,8	4,4	4,6	6,6	6,7	4,1	6,5	5,2	3,8	4,0	7,6	6,6	5,9
Gymnasium	30,7	32,1	32,9	11,7	8,4	16,8	8,3	16,8	10,9	16,8	5,7	4,9	36,7
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung 1985/86 gegenüber 1980/81 in Prozentpunkten													
Hauptschule	-3,2	-3,2	-4,0	-11,5	-12,9	-17,4	-10,4	-11,4	-16,0	-13,1	-13,1	-11,1	-0,7
Realschule	+1,1	+0,7	+1,3	+ 5,3	+ 6,0	+ 8,0	+ 5,3	+ 6,1	+ 8,1	+ 6,8	+ 5,8	+ 4,6	+0,5
Gesamtschule	+1,9	+1,7	+1,7	+ 4,4	+ 4,6	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 5,4	+ 4,5	+2,6
Gymnasium	+0,2	+0,7	+1,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 9,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 5,6	+ 3,7	+ 2,0	+2,1	-2,5
Zusammen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Ausländische Schüler an Schulen der allgemeinen Ausbildung 1985/86 nach Regionaltypen, Gemeindegrößenklassen und Schulformen											
Regionaltyp/ Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern)	Ausländische Schüler										
	in Schulen der Schulform ...									zusammen	
	Grund- schule	Haupt- schule	Volks- schule	Real- schule	Gesamt- schule	Gym- nasium	Waldorf- schule	Sonderschule			
								GH	RGy		
Anzahl											%
Ballungskern											
K 4 (50 000 – 100 000)	2 950	2 216	–	201	360	187	8	424	–	6 346	2,8
K 5 (100 000 – 200 000)	9 187	7 477	–	1 383	859	1 374	18	1 175	–	21 473	9,4
K 6 (200 000 – 500 000)	15 823	13 169	20	2 437	1 439	3 619	91	2 313	–	38 911	17,1
K 7 (mehr als 500 000)	25 645	20 138	–	4 743	3 980	5 977	51	3 611	39	64 184	28,2
Zusammen	53 605	43 000	20	8 764	6 638	11 157	168	7 523	39	130 914	57,5
Ballungsrandzone											
R 2 (10 000 – 20 000)	479	386	–	51	77	–	–	39	–	1 032	0,5
R 3 (20 000 – 50 000)	7 761	6 683	–	1 498	372	1 328	–	1 186	–	18 828	8,3
R 4 (50 000 – 100 000)	7 331	6 430	–	1 472	266	1 533	–	998	–	18 030	7,9
R 5 (100 000 – 200 000)	2 047	1 818	–	267	87	230	–	261	–	4 710	2,1
Zusammen	17 618	15 317	–	3 288	802	3 091	–	2 484	–	42 600	18,7
Solitäres Verdichtungsgebiet											
S 5 (100 000 – 200 000)	1 210	981	–	215	–	210	13	212	–	2 841	1,2
S 6 (200 000 – 500 000)	2 617	1 904	–	433	430	455	15	472	–	6 326	2,8
Zusammen	3 827	2 885	–	648	430	665	28	684	–	9 167	4,0
Ländliche Zone											
L 1 (unter 10 000)	834	780	–	55	–	62	–	32	–	1 763	0,8
L 2 (10 000 – 20 000)	5 020	4 165	1	826	126	829	7	606	–	11 580	5,1
L 3 (20 000 – 50 000)	7 738	7 177	–	1 585	–	1 593	–	1 453	–	19 546	8,5
L 4 (50 000 – 100 000)	4 962	4 368	–	958	19	933	–	811	–	12 051	5,3
Zusammen	18 554	16 490	1	3 424	145	3 417	7	2 902	–	44 940	19,7
Nordrhein-Westfalen	93 604	77 692	21	16 124	8 015	18 330	203	13 593	39	227 621	100

9) Zu Einzelheiten des hier verwendeten regionalanalytischen Ansatzes vgl. Statistische Rundschau des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1985, S. 629 ff.

10) Bei den einzelnen Schulformen erreichen die Differenzen ähnliche Größenordnungen; lediglich beim Gymnasium (ländliche Zone) und der Sonderschule (ländliche Zone, Ballungskern) fallen sie um rd. ein Drittel niedriger aus.

Lorenzkurven für Schüler insgesamt und ausländische Schüler ausgewählter Schulformen 1985/86



Anteile der ausländischen Schüler 1985/86 nach Regionaltypen, Gemeindegrößenklassen und Schulformen										
Regionaltyp/ Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern)	Anteil der ausländischen Schüler an den Schülern insgesamt									
	in Schulen der Schulform ...									zu- sammen
	Grund- schule	Haupt- schule	Volks- schule	Real- schule	Gesamt- schule	Gym- nasium	Waldorf- schule	Sonderschule		
								GH	RGy	
	%									
Ballungskern										
K 4 (50 000 – 100 000)	23,5	28,0	–	4,1	10,0	2,4	2,4	29,9	–	16,5
K 5 (100 000 – 200 000)	20,7	25,1	–	8,0	11,7	3,3	1,0	22,6	–	14,6
K 6 (200 000 – 500 000)	19,2	23,9	3,9	7,9	11,3	4,4	0,7	17,8	–	13,9
K 7 (mehr als 500 000)	24,1	30,5	–	12,0	18,4	6,3	0,3	19,7	8,3	18,3
Zusammen	21,8	27,1	3,9	9,5	14,7	4,9	2,1	19,8	8,3	16,0
Ballungsrandzone										
R 2 (10 000 – 20 000)	13,6	19,9	–	5,5	6,3	–	–	10,4	–	12,9
R 3 (20 000 – 50 000)	13,4	17,2	–	5,4	12,9	2,9	–	16,8	–	10,4
R 4 (50 000 – 100 000)	14,4	18,4	0	6,0	7,3	3,1	–	13,8	–	10,5
R 5 (100 000 – 200 000)	18,3	24,4	–	4,7	7,3	2,2	–	16,6	–	12,5
Zusammen	14,2	18,4	0	5,6	8,9	2,9	–	15,3	–	10,7
Solitäres										
Verdichtungsgebiet										
S 5 (100 000 – 200 000)	14,3	16,6	–	4,8	–	2,0	3,4	13,8	–	9,0
S 6 (200 000 – 500 000)	14,5	19,2	–	4,6	11,5	2,2	1,8	13,5	–	9,5
Zusammen	14,5	18,2	–	4,7	11,5	2,1	2,3	13,6	–	9,4
Ländliche Zone										
L 1 (unter 10 000)	3,0	3,3	–	0,9	–	1,3	–	3,3	–	2,8
L 2 (10 000 – 20 000)	6,5	7,5	0,5	2,3	5,4	2,0	1,5	8,6	–	5,2
L 3 (20 000 – 50 000)	8,3	10,5	–	2,9	–	1,8	–	10,6	–	6,1
L 4 (50 000 – 100 000)	13,6	16,9	–	4,6	12,9	2,4	–	14,7	–	9,4
Zusammen	7,9	9,5	0,5	2,9	5,8	1,9	1,5	10,6	–	6,1
Nordrhein-Westfalen	14,8	18,0	2,3	5,7	13,3	3,4	2,1	15,7	8,3	11,1

gebiete (9,4 %) eine mittlere Position einnehmen. Bei den meisten Schulformen erreichen die relativen Abstände zwischen den verschiedenen Regionaltypen eine ähnliche Größenordnung; lediglich bei der Sonderschule ist die (relative) Spannbreite zwischen Ballungskern und ländlicher Zone deutlich geringer.

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von Schülerpopulationen lassen sich graphisch auch mittels sog. Lorenzkurven¹¹⁾ darstellen. Wie sehr sich die ausländischen Schüler auf relativ wenige Gemeinden konzentrieren, ist daran zu erkennen, daß bei den meisten Schulformen

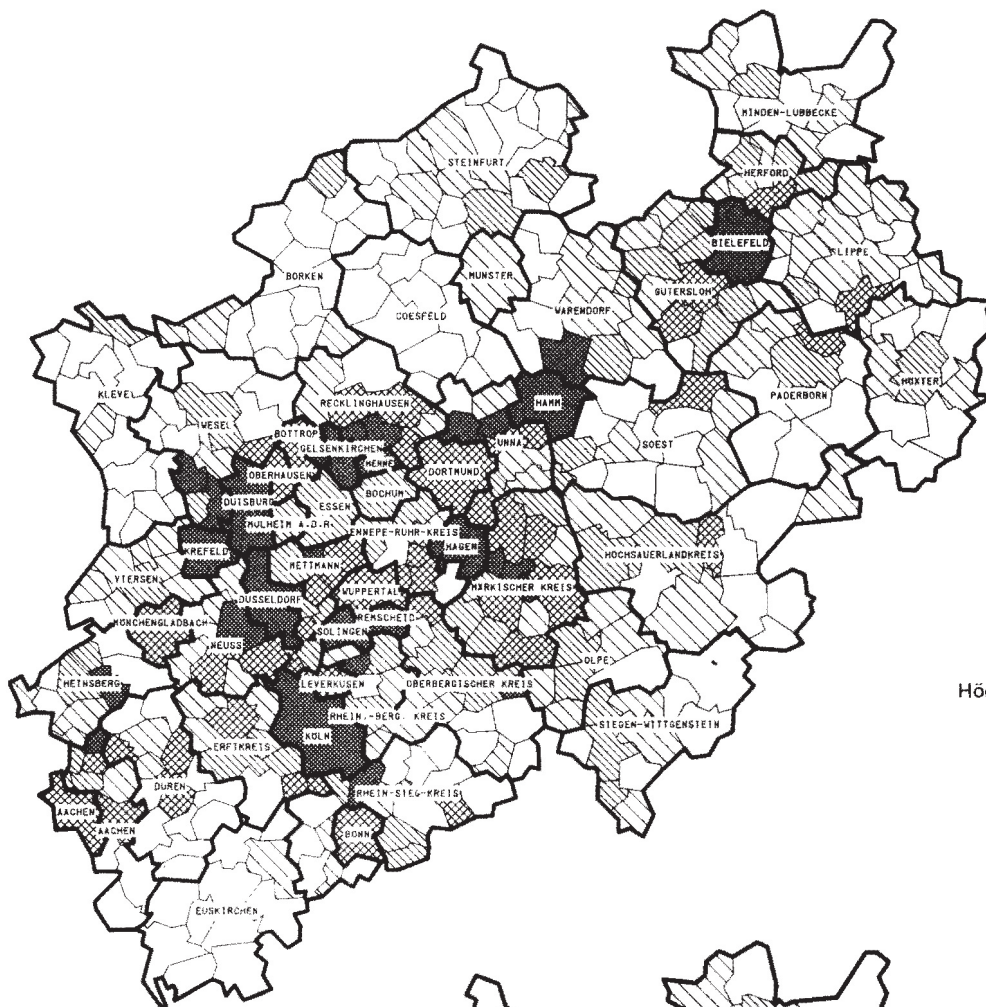
- auf ein Vierzigstel der Gemeinden rd. 40 % der ausländischen Schüler und
- auf ein Fünftel der Gemeinden mindestens 80 % der ausländischen Schüler entfallen. Der Vergleich der Lorenzkurven für die einzelnen Schulformen zeigt außerdem, daß der Konzentrationsgrad der ausländischen Schüler insbesondere bei Haupt-, Grund- und Realschulen deutlich über dem Konzentrationsgrad der Schüler insgesamt liegt.¹²⁾

Im Grundschulbereich beträgt der Ausländeranteil in jeder fünften Gemeinde mindestens 15 %, in jeder vierzehnten mindestens 20 % und in jeder dreiunddreißigsten sogar mindestens 25 %. Spitzenreiter ist Werdohl mit 32,6 %, gefolgt von Köln (31,1 %) und Duisburg (30,5 %). In drei Gemeinden gibt es keine ausländischen Grundschüler. Gegenüber 1980/81 hat sich in fast der Hälfte aller Gemeinden der Ausländeranteil verringert, und zwar um bis zu –8,0 Prozentpunkte (Gronau); den stärksten Zuwachs in diesem Zeitraum verzeichnet Nachrodt-Wiblingwerde (+6,9 Punkte).

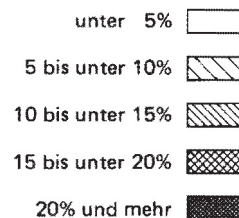
Rückläufige Ausländeranteile im Hauptschulbereich sind hingegen nur in jeder zehnten Gemeinde zu beobachten; in den übrigen Gemeinden hat der Ausländeranteil bei dieser Schulform seit 1980/81 um bis zu 18,0 Prozentpunkte (Herten) zugenommen, so daß inzwischen jede dritte Gemeinde (1980/81: jede zehnte) mindestens 15 %, jede sechste (dreiunddreißigste) mindestens 20 % und jede vierzehnte (hundertste) Gemeinde mindestens 25 % Ausländer an den Hauptschulen aufweist. In zehn Gemeinden liegt der Ausländeranteil sogar über 30 %. Den höchsten Hauptschul-Ausländeranteil hat Baesweiler (41,2 %), gefolgt von Köln (40,3 %) und Gladbeck (36,8 %). In 16 der 390 Gemeinden mit Hauptschulangebot gibt es keine ausländischen Hauptschüler.

11) Zur methodischen Grundlage der Lorenzkurve und des Gini-Koeffizienten vgl. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 9/1985, S. 641.

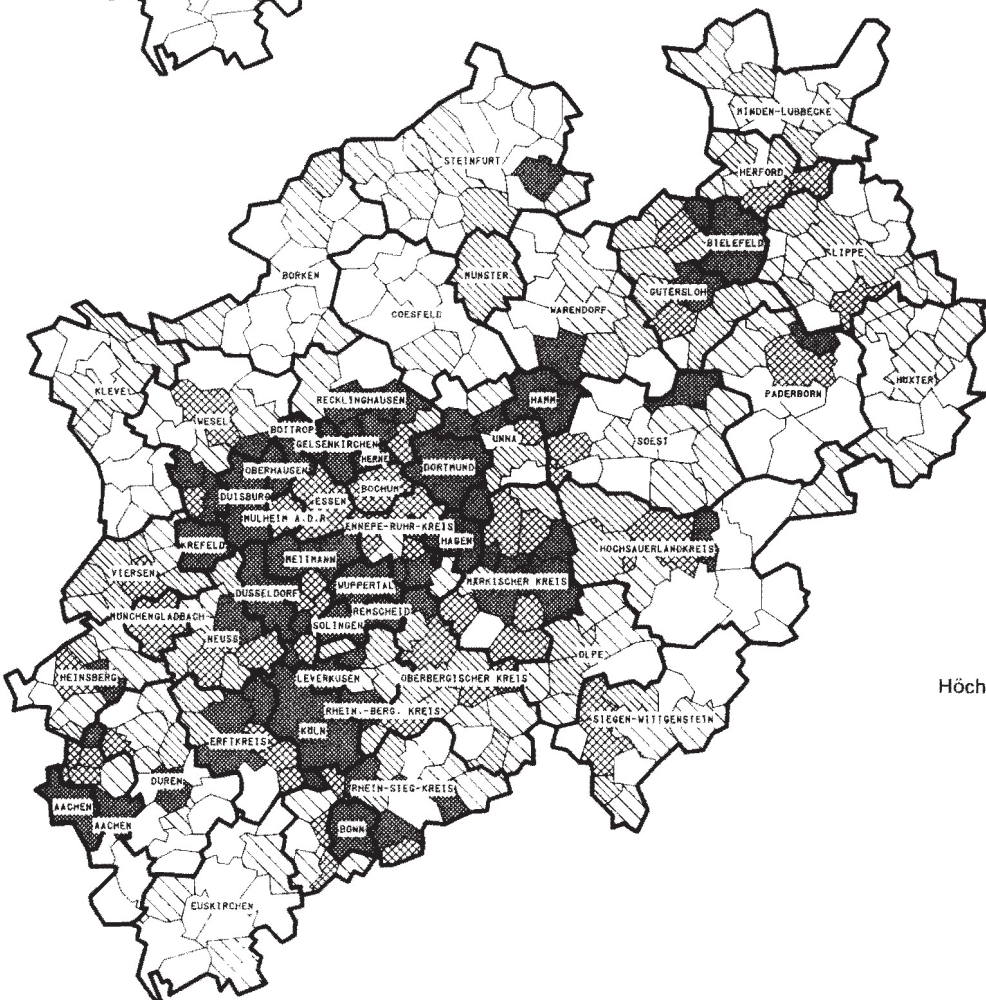
12) Der extreme Kurvenverlauf bei der Gesamtschule hängt u. a. damit zusammen, daß Gesamtschulen nur in 35 Gemeinden (= 8,8 % aller Gemeinden) eingerichtet sind.



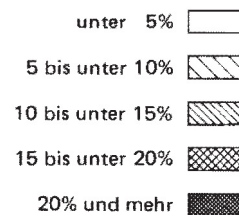
Anteil der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
der Grundschule 1985/86



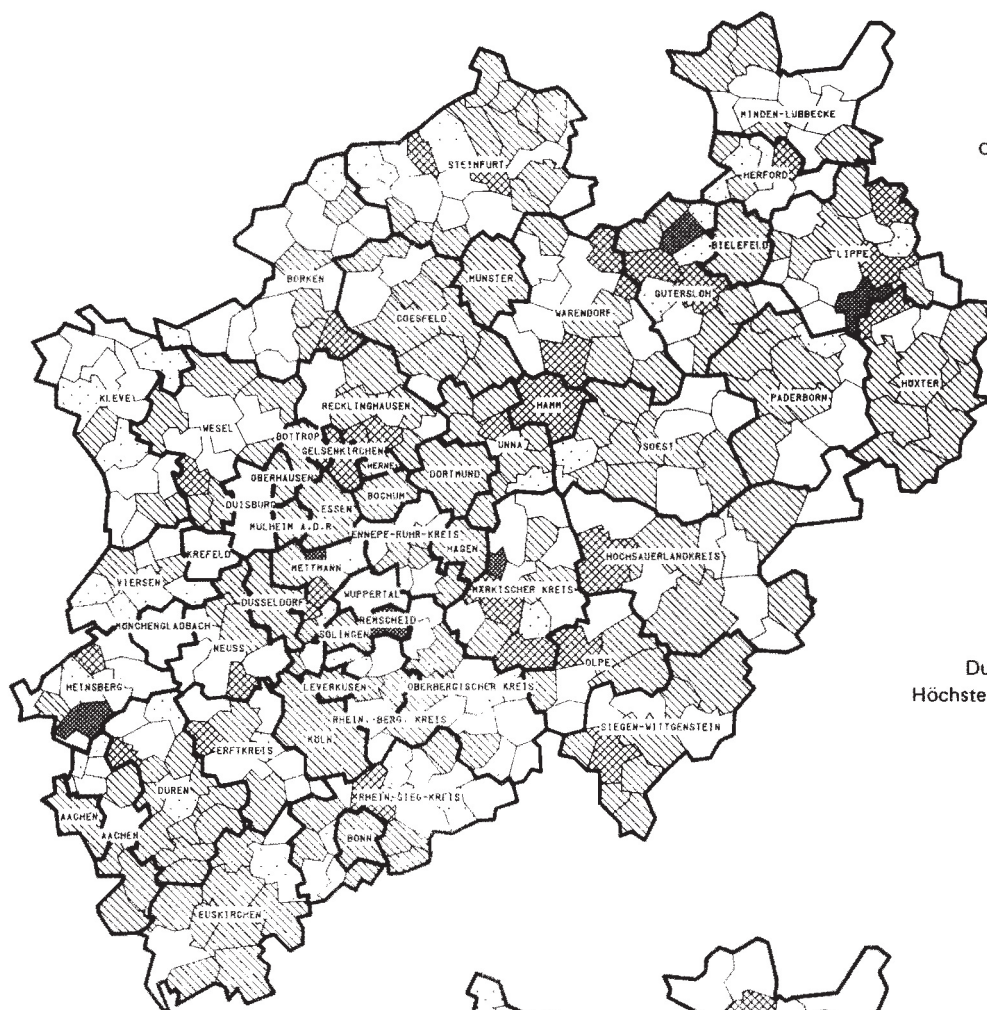
Landesdurchschnitt NRW: 14,8%
Höchster Ausländeranteil: 32,6% (Werdohl)



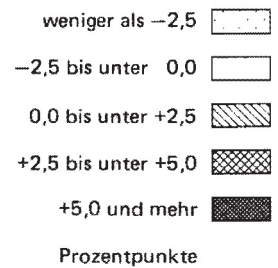
Anteil der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
der Hauptschule 1985/86



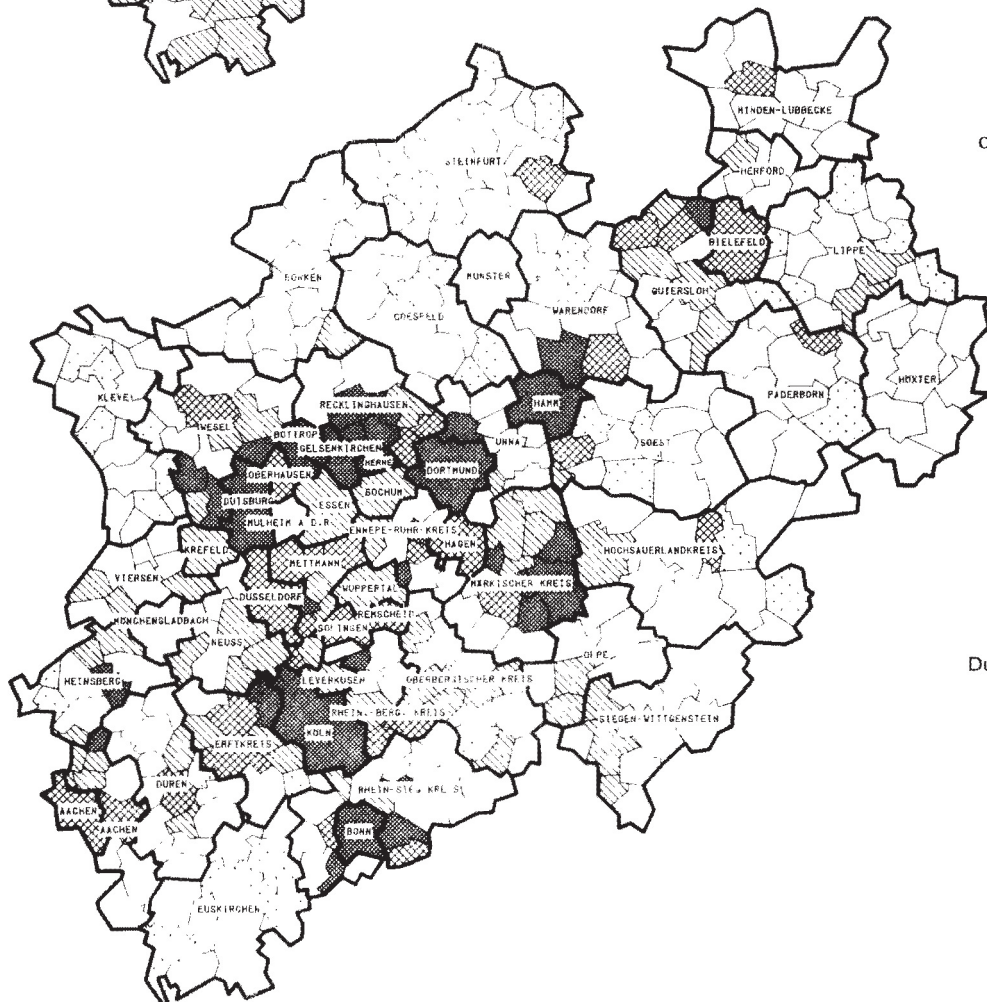
Landesdurchschnitt NRW: 18,3%
Höchster Ausländeranteil: 41,2% (Baesweiler)



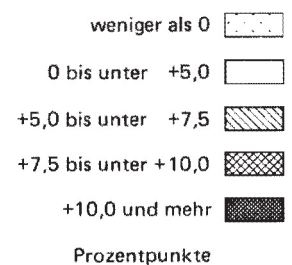
Veränderung
des Anteils der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
der **Grundschule**
1985/86 gegenüber 1980/81



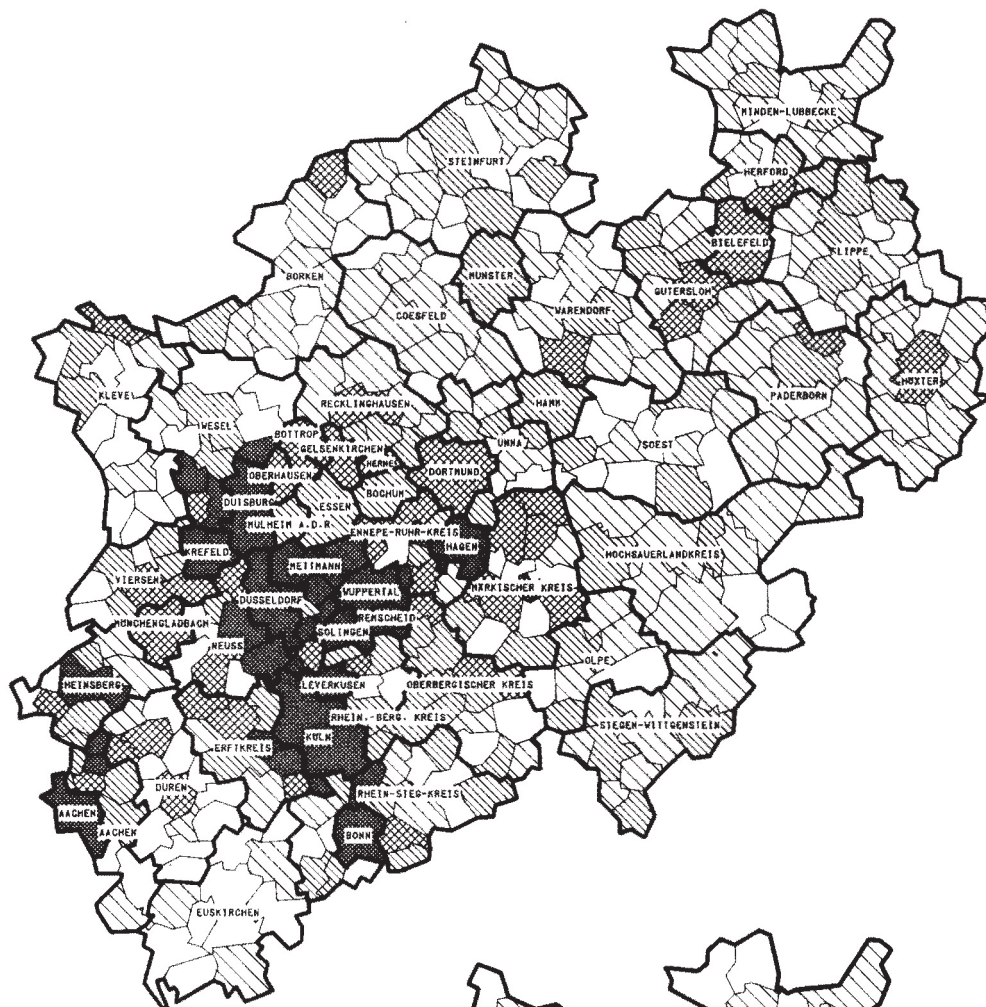
Durchschnittliche Veränderung NRW: +1,5
Höchster Anstieg: +6,9 (Nachrodt-Wiblingwerde)



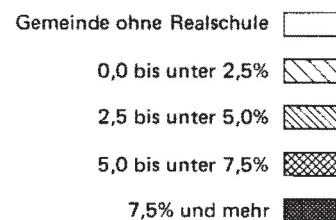
Veränderung
des Anteils der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
der **Hauptschule**
1985/86 gegenüber 1980/81



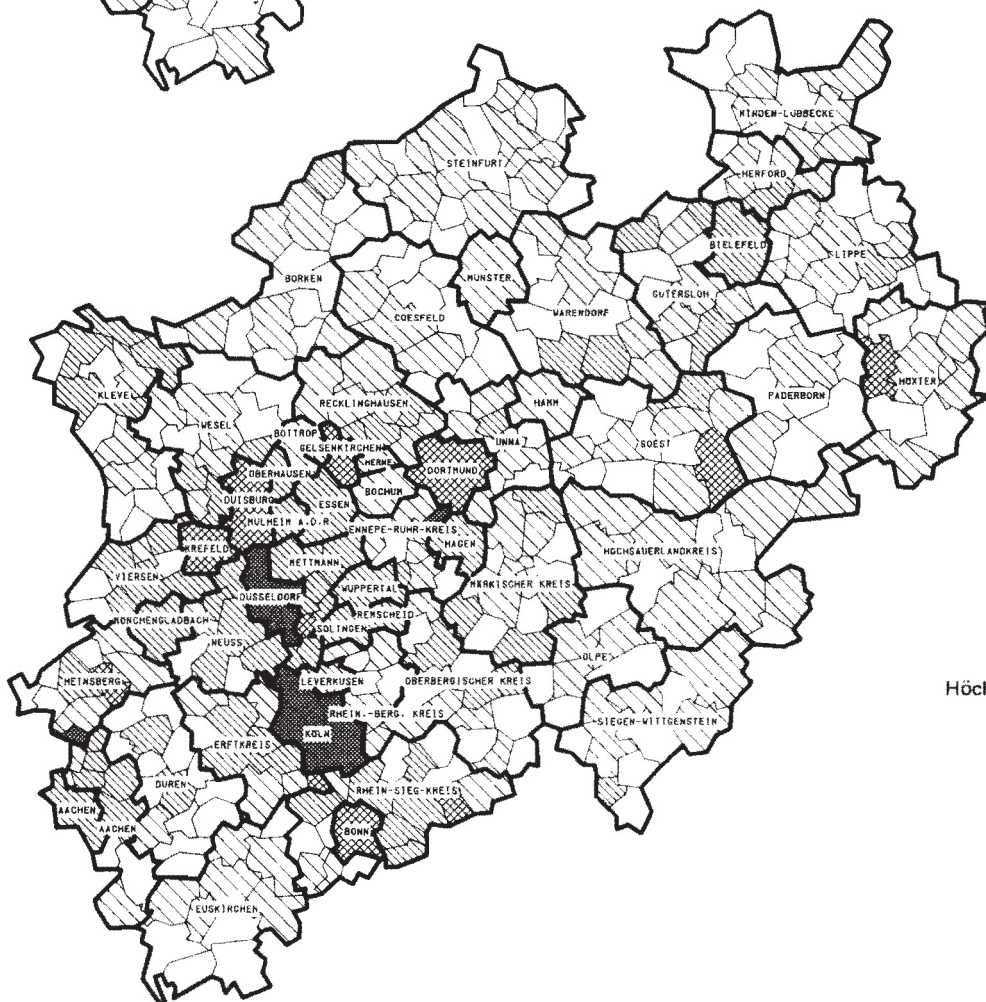
Durchschnittliche Veränderung NRW: +6,1
Höchster Anstieg: +18,0 (Herten)



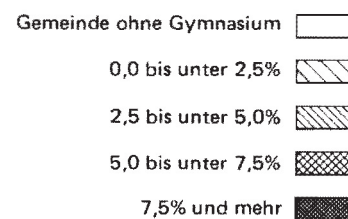
Anteil der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
der Realschule 1985/86



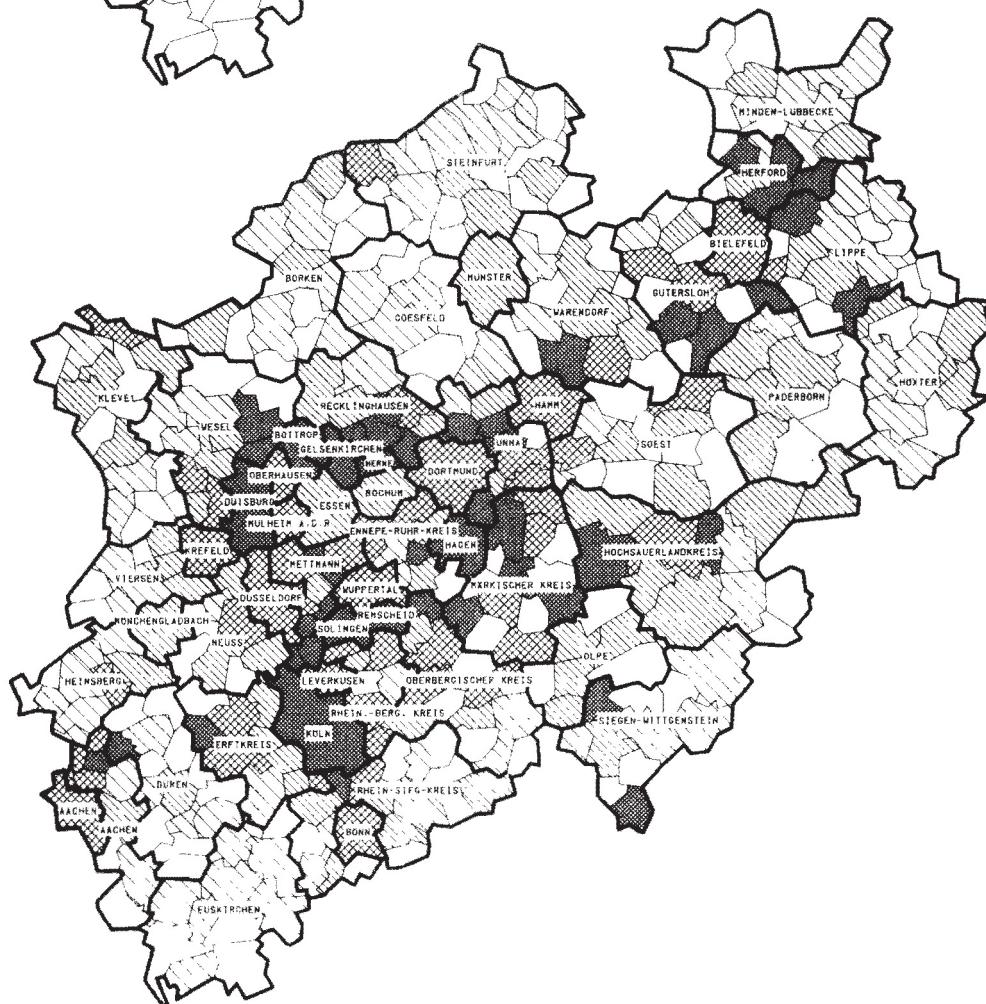
Landesdurchschnitt NRW: 5,7%
Höchster Ausländeranteil: 19,2% (Köln)



Anteil der ausländischen Schüler
an der Schülerpopulation
des Gymnasiums 1985/86



Landesdurchschnitt: 3,4%
Höchster Ausländeranteil: 12,8% (Herdecke)



Erwerbs- tätigkeit

Bei den anderen Schulformen ergibt sich folgendes Bild: In jeder achten der insgesamt 269 Gemeinden mit Realschulangebot beträgt der Ausländeranteil mindestens 7,5 % und in jeder vierundzwanzigsten Gemeinde sogar mindestens 10 %. Von den 231 Gemeinden mit Gymnasien hat jede fünfzehnte mindestens 7,5 % und etwa jede sechzigste mindestens 10 % ausländische Gymnasiasten. Im Sonderschulbereich wiederum wurde für jede dritte der insgesamt 263 Gemeinden mit Sonderschulangebot ein Ausländeranteil von mindestens 15 % und für jede fünfte Gemeinde ein Ausländeranteil von mindestens 20 % festgestellt, wobei die Stadt Haan mit 42,5 % den höchsten Wert aufweist. Sie ist damit zugleich auch die Gemeinde mit dem höchsten Ausländeranteil für eine Schulform des allgemeinbildenden Bereichs.

Im.

Zur Mobilität sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer 1979 bis 1983

– Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials –

Die berufliche und sektorale Mobilität der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Nordrhein-Westfalens hat in den Jahren von 1979 bis 1983 kontinuierlich abgenommen. Dies ist das Ergebnis einer Zeitreihenbetrachtung des Jahreszeitraummaterials aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit.

Einerseits sank generell der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für die mehr als ein Arbeitsverhältnis innerhalb des jeweiligen Jahres gemeldet wurde, andererseits ist bei den Arbeitnehmern mit zwei Beschäftigungsfällen ein geringerer Anteil an Berufs- bzw. Wirtschaftszweigwechseln feststellbar.

Von den gut 6,2 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern im Jahr 1979 wiesen 86,6 % nur ein Beschäftigungsverhältnis auf, für 10,7 % wurden zwei Tätigkeiten nachgewiesen und 2,7 % hatten drei und mehr Beschäftigungsfälle innerhalb dieses Jahres. Die Situation in 1983 stellt sich wie folgt dar: 89,9 % der Beschäftigten hatten lediglich ein Arbeitsverhältnis, für 8,6 % lagen zwei Meldungen vor, drei und mehr Beschäftigungsfälle ließen sich nur noch für 1,5 % der Arbeitnehmer nachweisen. Dabei verlief die Entwicklung bei den Männern und Frauen parallel. Der Anteil der männlichen Beschäftigten mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stieg von 86,4 % auf 90,1 %, gleichzeitig sanken die Werte für Arbeitnehmer mit zwei Beschäftigungsfällen von 10,6 % auf 8,4 %, bei drei und mehr Meldungen von 3 % auf 1,5 %. Bei den weiblichen Beschäftigten fielen die Veränderungen zwar weniger gravierend aus, wiesen jedoch in die gleiche Richtung: Nur ein Arbeitsverhältnis im Verlauf des Jahres hatten 1979 87,1 % der Arbeitnehmerinnen gegenüber 89,6 % 1983; zwei sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsfälle wurden 1979 noch für 10,8 % der Frauen gemeldet, 1983 lag der Wert bei 8,9 %. Weibliche Beschäftigte mit drei und mehr Arbeitsverhältnissen im laufenden Jahr erreichten einen Anteil von 2,2 % 1976 und nur noch 1,5 % 1983.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1979 – 1983 nach Zahl der Beschäftigungsfälle – 1%-Stichprobe des Jahreszeitraummaterials –					
Geschlecht Jahr	Insgesamt 1 000	Davon mit ... Beschäftigungsfällen			
		1	2	3 und mehr	
		%			
Männlich	1979	3 980,1	86,4	10,6	3,0
	1980	4 052,8	87,7	9,6	2,7
	1981	3 975,0	88,4	9,5	2,1
	1982	3 912,4	89,9	8,5	1,6
	1983	3 822,8	90,1	8,4	1,5
Weiblich	1979	2 257,8	87,1	10,8	2,2
	1980	2 338,0	87,8	10,2	2,0
	1981	2 307,1	88,0	10,2	1,8
	1982	2 294,4	89,4	9,1	1,5
	1983	2 254,8	89,6	8,9	1,5
Insgesamt	1979	6 237,9	86,6	10,7	2,7
	1980	6 390,8	87,8	9,8	2,4
	1981	6 282,1	88,3	9,7	2,0
	1982	6 206,8	89,7	8,7	1,6
	1983	6 077,6	89,9	8,6	1,5

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1979 – 1983 mit 2 Beschäftigungsfällen – 1%-Stichprobe des Jahreszeitraumsmaterials –						
Geschlecht Jahr	Insgesamt	Davon				
		ohne Berufs-, ohne Wirtschafts- zweigwechsel	ohne Berufs-, mit Wirtschafts- zweigwechsel	mit Berufs-, ohne Wirtschafts- zweigwechsel	mit Berufs-, mit Wirtschafts- zweigwechsel	
	1 000	%				
Männlich	1979	423	38,4	14,7	8,0	38,9
	1980	388	38,1	14,2	7,6	40,1
	1981	376	42,2	15,2	7,9	34,7
	1982	331	48,9	14,9	8,0	28,2
	1983	320	51,4	14,8	7,8	26,0
Weiblich	1979	243	48,1	14,8	6,3	30,8
	1980	239	46,0	16,8	5,9	31,3
	1981	235	50,8	15,5	6,5	27,2
	1982	209	56,0	13,9	5,8	24,3
	1983	200	56,5	15,1	7,6	20,8
Insgesamt	1979	666	42,0	14,7	7,3	36,0
	1980	627	41,1	15,1	7,0	36,8
	1981	611	45,5	15,3	7,3	31,8
	1982	540	51,6	14,6	7,1	26,7
	1983	520	53,4	14,9	7,7	24,0

Für Arbeitnehmer mit genau zwei Beschäftigungsfällen läßt sich sowohl der ausgeübte Beruf als auch der Wirtschaftszweig des Betriebes beider Arbeitsverhältnisse miteinander vergleichen. Aus deren Verschiedenartigkeit bzw. Gleichheit lassen sich – in gewissen Grenzen – Rückschlüsse auf das Ausmaß der Mobilität ziehen.

Die Zeitreihenbetrachtung für die Jahre 1979 bis 1983 macht deutlich, daß der Anteil der „Wechselfälle“ erheblich abgenommen hat. Während sich ausgeübter Beruf und/oder Wirtschaftszweig im ersten bzw. zweiten Fall 1979 noch bei 58 % des genannten Personenkreises voneinander unterschieden, war für 1983 nur noch ein Wert von 46,6 % feststellbar. Dabei stieg sogar der Anteil der Beschäftigten, bei denen sich nur eins der beiden Merkmale verändert hatte, von 22,0 % auf 22,6 %. Der gravierende Rückgang war bei den Arbeitnehmern zu verzeichnen, bei denen sich sowohl der ausgeübte Beruf als auch der Wirtschaftszweig veränderte: ihr Anteil sank um ein Drittel von 36 % 1979 auf 24 % 1983.

Auch an dieser Entwicklung waren Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt, wobei auch hier die Veränderungen bei den männlichen Beschäftigten zum Teil deutlicher ausfielen als bei den Arbeitnehmerinnen. 61,6 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit zwei Beschäftigungsfällen hatten 1979 den Beruf und/oder den Wirtschaftszweig gewechselt. 1983 waren es nur noch 48,6 %. Eine Änderung nur eines Merkmals war 1979 in 22,7 %, 1983 in 22,6 % der Fälle zu verzeichnen. Sowohl ein Berufs- als auch ein Wirtschaftszweigwechsel ergaben sich 1979 bei 38,9 % der männlichen Beschäftigten mit zwei Arbeitsverhältnissen, 1983 lag der entsprechende Wert nur noch bei 26 %. Bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen sank der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit Berufs- und/oder Wirtschaftszweigänderung von 51,9 % auf 43,5 %, wobei der Anteil der Beschäftigten mit Berufs- oder Wirtschaftszweigwechsel sogar noch von 21,1 % auf 22,7 % anstieg. Hingegen sank der Anteil der Frauen, bei denen sich sowohl der ausgeübte Beruf als auch der Wirtschaftszweig in den beiden gemeldeten Arbeitsverhältnissen im jeweiligen Jahr voneinander unterschied, von 30,8 % 1979 auf 20,8 % 1983.

Pö.

Die Exporttätigkeit der Industrie im 1. Halbjahr 1986

Das Verarbeitende Gewerbe und der Bergbau Nordrhein-Westfalens erzielten im 1. Halbjahr 1986 einen Auslandsumsatz von 61,1 Mrd. DM. Dies entspricht einem Rückgang von nominal 0,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wird jedoch die Preisentwicklung berücksichtigt, so ergibt sich im Jahresvergleich eine reale Erlössteigerung von 0,9 %. Im Inlandsgeschäft wurden mit +0,2 % bzw. +1,9 % sowohl nominal als auch real Umsatzverbesserungen erzielt.

**Produzierendes
Gewerbe**

Das Zurückhängen der Export- hinter den Inlandsgeschäften ist vornehmlich auf den sinkenden US-Dollarkurs und den Ölpreisverfall zurückzuführen. Während die Umsätze mit den EG-Ländern, in denen nicht mit US-\$ fakturiert wird, um 7,7 % kräftig zulegten, sank der Ausfuhrwert in die USA um 6,0 % und in die OPEC-Länder, deren Finanzierungsspielraum stark geschrumpft ist, gar um 25,9 %. Die Boom-Jahre des Geschäfts mit den OPEC-Ländern dürften vorläufig der Vergangenheit angehören.

Offensichtlich ist die „Konjunktur-Motorfunktion“ von den Exporten auf die Inlandsnachfrage umgeschwenkt. Der Inlandsabsatz ist angesprungen und stützt vermehrt das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Auslands- und Inlandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes 1982 – 1986							
Jahr	Einheit	Auslandsumsatz			Inlandsumsatz		
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr
1982	Mill. DM	51 009	49 091	100 100	135 419	132 602	268 022
1983	Mill. DM	49 785	52 551	102 335	133 451	138 979	272 430
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	– 2,4	+ 7,0	+ 2,2	– 1,5	+ 4,8	+ 1,6
1984	Mill. DM	55 896	60 940	116 836	141 632	145 155	286 787
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,3	+ 16,0	+ 14,1	+ 6,1	+ 4,4	+ 5,3
1985	Mill. DM	61 624	64 084	125 710	146 137	152 468	298 605
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 5,2	+ 7,6	+ 3,2	+ 5,0	+ 4,1
1986	Mill. DM	61 125	.	.	146 469	.	.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 0,8	.	.	+ 0,2	.	.

Mit der nominalen Abnahme der Auslandsumsätze wurden erstmals seit dem 2. Halbjahr 1983 die positiven Wachstumsraten unterbrochen. Der Höhepunkt der Zuwachsraten lag im 2. Halbjahr 1984, als noch eine Steigerung von 16,0 % verzeichnet wurde.

Auslands- und Inlandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes im 1. Halbjahr 1986 nach Wirtschaftshauptgruppen				
Wirtschaftshauptgruppe	Auslandsumsatz		Inlandsumsatz	
	Mill. DM	Veränderung 1. Hj. 1986 gegenüber 1. Hj. 1985 %	Mill. DM	Veränderung 1. Hj. 1986 gegenüber 1. Hj. 1985 %
Bergbau	1 486	– 20,2	10 502	– 3,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	25 477	– 9,4	54 645	– 7,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	26 990	+ 9,1	44 512	+ 11,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5 948	+ 5,9	21 362	+ 3,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 224	– 2,9	15 448	+ 1,1
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt (einschl. Bergbau)	61 125	– 0,8	146 469	+ 0,2

Die Entwicklung, daß die Wachstumsraten der Auslandsumsätze ungünstiger als die im Inland waren, läßt sich im 1. Halbjahr 1986 in allen Wirtschaftshauptgruppen mit Ausnahme des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes beobachten. Am stärksten war diese Divergenz im Bergbau. Während die Inlandsumsätze um 3,9 % sanken, verringerten sich die Auslandserlöse um 20,2 %. Auch im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war die „Schere“ ausgeprägt. Im Inland stieg das Ergebnis um 1,1 %, im Ausland sank es um 2,9 %. Relativ ausgeglichen stiegen die In- und Auslandserlöse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit + 11,1 % bzw. + 9,1 %. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurden sowohl im Inland als auch im Ausland mit – 7,7 % bzw. – 9,4 % erhebliche Umsatzeinbußen verzeichnet. Nur im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe lag die Umsatzsteigerung der Exporte mit + 5,9 % über den im Inland erzielten Werten (+ 3,3 %).

In den einzelnen Wirtschaftszweigen verlief die Entwicklung der Auslandsumsätze unterschiedlich. Innerhalb des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes erzielten die Gießereien (+ 9,9 %) und die Gummiverarbeitung (+ 9,3 %) noch deutliche Zuwächse. Auch war die Entwicklung in der Gewinnung und Verarbeitung von

Steinen und Erden (+2,7 %) und der Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung (+4,4 %) positiv. Stark rückläufig hingegen war die Erlöserzielung im Ausland bei der sehr exportorientierten chemischen Industrie (-10,4 %), der eischaffenden Industrie (-12,3 %) und der Mineralölverarbeitung (-39,7 %).

In den Wirtschaftszweigen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes war die Entwicklung der Auslandsumsätze durchgehend positiv. So erzielte die ADV-Industrie eine Steigerungsrate von 21,1 %, der Straßenfahrzeugbau von 15,6 %, die Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren von 11,6 % und die Stahlverformung von 9,9 %. Auch die Exporterlöse der Hersteller von EBM-Waren (+8,7 %), der Elektrotechnik (+8,4 %) und des Maschinenbaues (+4,8 %) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

In dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe konnte die Lederverarbeitung bei den Exporten mit einem Umsatzplus von 17,1 % am deutlichsten zulegen. Auch stieg der Stellenwert der Ausfuhren bei den Druckereien und Vervielfältigungen (+15,4 %) und dem Bekleidungsgewerbe (+11,9 %) erheblich.

Beachtlich war auch die Zunahme der Auslandsumsätze der Holzverarbeiter (+9,7 %) und der Kunststoffhersteller (+9,9 %). Hingegen mußten in der Lederherzeugung (-10,6 %) und der Papier- und Pappeherzeugung (-2,9 %) teilweise bedeutende Erlöseinbußen im Auslandsgeschäft festgestellt werden.

Von dem gesamten Auslandsabsatzwert des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes Nordrhein-Westfalens (61,1 Mrd. DM) entfielen im 1. Halbjahr 1986 44,2 % auf

Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes im 1. Halbjahr 1986 nach Wirtschaftshauptgruppen und Wirtschaftszweigen				
Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftszweig	Auslandsumsatz			Exportquote ¹⁾
	Mill. DM	Veränderung 1. Hj. 1986 gegenüber 1. Hj. 1985 %	Anteil am Auslands- umsatz insgesamt %	
Bergbau	1 486	-20,2	2,4	12,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	25 477	- 9,4	41,7	31,8
darunter				
Mineralölverarbeitung	252	-39,7	0,4	2,1
Gewinnung und Verarbeitung von				
Steinen und Erden	564	+ 2,7	0,9	16,6
eischaffende Industrie	5 704	-12,3	9,3	35,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	1 344	- 8,6	2,2	28,1
Gießerei	567	+ 9,9	0,9	20,7
Ziehereien und Kaltwalzwerke	964	- 0,4	1,6	27,1
chemische Industrie	14 668	-10,4	24,0	45,2
Holzbearbeitung	142	+ 9,2	0,2	13,2
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und				
Pappeherzeugung	954	+ 4,4	1,6	41,0
Gummiverarbeitung	318	+ 9,3	0,5	24,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	26 990	+ 9,1	44,2	37,7
darunter				
Stahlverformung	987	+ 9,9	1,6	20,8
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienen- fahrzeugbau	1 155	+ 0,3	1,9	22,8
Maschinenbau	9 653	+ 4,8	15,8	46,9
Straßenfahrzeugbau	7 821	+15,6	12,8	50,1
Elektrotechnik	3 455	+ 8,4	5,7	26,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	308	+11,6	0,5	31,1
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	2 923	+ 8,7	4,8	29,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	613	+21,1	1,0	50,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5 948	+ 5,9	9,7	21,8
darunter				
Herstellung und Verarbeitung von Glas	490	+ 0,9	0,8	28,2
Holzverarbeitung	670	+ 9,7	1,1	14,2
Papier- und Pappeherzeugung	836	- 2,9	1,4	24,5
Druckerei, Vervielfältigung	142	+15,4	0,2	5,6
Herstellung von Kunststoffwaren	1 311	+ 9,9	2,1	25,3
Lederherzeugung	59	-10,6	0,1	29,5
Lederverarbeitung	96	+17,1	0,2	16,8
Textilgewerbe	1 532	+ 2,1	2,5	27,9
Bekleidungsgewerbe	733	+11,9	1,2	23,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 224	- 2,9	2,0	7,3
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt (einschl. Bergbau)	61 125	- 0,8	100	29,4

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %

das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Damit überflügelt es erstmals das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, dessen Anteil sich auf 41,7 % belief. Von geringerer Bedeutung waren die Auslandsumsatzanteile des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (9,7 %), des Bergbaus (2,4 %) und des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (2,0 %).

Bedeutendster Wirtschaftszweig Nordrhein-Westfalens im Hinblick auf Exporte war die chemische Industrie. Bei einem Auslandsumsatz von 14,7 Mrd. DM hatte sie am gesamten industriellen Exportgeschäft einen Anteil von 24,0 %. Es folgte der Maschinenbau mit einem Exportvolumen von 9,7 Mrd. DM oder 15,8 % am gesamten Auslandsumsatz. Drittstärkster Wirtschaftszweig war der Straßenfahrzeugbau mit 7,8 Mrd. DM oder 12,8 % Anteil am Gesamtauslandsumsatz. Die einst dominierende eisenschaffende Industrie tätigte mit 5,7 Mrd. DM 9,3 % aller Exportgeschäfte. Allein diese vier Wirtschaftszweige vereinigten knapp 2/3 des gesamten Auslandsumsatzes auf sich. Unter den anderen Wirtschaftszweigen wiesen insbesondere die Elektrotechnik (5,7 %), die Herstellung von EBM-Waren (4,8 %) sowie das Textilgewerbe (2,5 %) bemerkenswerte Anteile am Gesamtausfuhrwert auf.

Die Exportquote (Anteil des Auslands- am Gesamtumsatz) des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes belief sich im 1. Halbjahr 1986 auf 29,4 %. Knapp 30 % aller in Nordrhein-Westfalen gefertigten industriellen Güter wurden somit ins Ausland verkauft.

Die relativ meisten Geschäfte mit dem Ausland wickelten die ADV-Industrie und der Straßenfahrzeugbau ab. Mehr als die Hälfte der erzielten Umsätze (50,8 % bzw. 50,1 %) stammten aus Exporten. Auch im Maschinenbau (46,9 %) und der chemischen Industrie (45,2 %) wogen Auslandsgeschäfte schwer. Über dem Landesdurchschnitt lagen außerdem die Exportquoten der eisenschaffenden Industrie (35,0 %), der Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (31,1 %) sowie der Herstellung von EBM-Waren (29,7 %).

Auslandsumsatz und Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in den Bundesländern 1. Halbjahr 1986			
Bundesland	Auslandsumsatz		Exportquote ¹⁾
	Mill. DM	Anteil in %	
Schleswig-Holstein	3 817	1,7	21,3
Hamburg	4 601	2,1	12,0
Niedersachsen	25 556	11,6	33,8
Bremen	3 633	1,7	33,2
Nordrhein-Westfalen	61 125	27,8	29,4
Hessen	16 835	7,7	30,6
Rheinland-Pfalz	14 817	6,7	36,7
Baden-Württemberg	42 576	19,4	32,6
Bayern	39 437	17,9	33,5
Saarland	4 435	2,0	33,2
Berlin (West)	3 079	1,4	13,4
Bundesgebiet	219 911	100	30,1

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %

Auslandsumsatz und Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland 1. Halbjahr 1986				
Wirtschaftshauptgruppe	Auslandsumsatz		Exportquote ¹⁾	
	Nordrhein- Westfalen	Bundesrepublik Deutschland	Nordrhein- Westfalen	Bundesrepublik Deutschland
	Anteil in %		%	
Bergbau	2,4	0,9	12,4	11,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	41,7	27,7	31,8	28,8
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	44,2	58,6	37,7	40,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	9,7	9,2	21,8	20,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2,0	3,6	7,3	9,1
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt (einschl. Bergbau)	100	100	29,4	30,1

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %

Der Exportwert des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes belief sich im 1. Halbjahr 1986 auf 27,8 % der gesamten Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Damit war Nordrhein-Westfalen nach wie vor das wichtigste Export-Bundesland.

Baden-Württemberg (19,4 %) und Bayern (17,9 %) waren ebenfalls stark am Ausfuhrergebnis beteiligt. Nahezu alle Bundesländer waren exportabhängiger als Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme von Hamburg, Berlin (West) und Schleswig-Holstein, deren Exportquoten 12,0 %, 13,4 % bzw. 21,3 % betrugen.

Im Vergleich zum Bundesergebnis zeigen sich in der Struktur der Auslandsumsätze in Nordrhein-Westfalen deutliche Unterschiede. Zwar dominiert auch hier das Exportgeschäft des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (44,2 %), doch fällt es deutlich um 14,4 Prozentpunkte oder 25 % hinter dem Bundesergebnis zurück. Hingegen ist der Stellenwert des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes weiterhin hoch. 41,7 % des Auslandsumsatzes Nordrhein-Westfalens wurden hier erzielt, während es im Bundesschnitt 27,7 % waren. In den übrigen Wirtschaftshauptgruppen waren die Abweichungen geringfügig.

Schu.

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen

Heft 555: Regionalisierte Schülerprognosen in Nordrhein-Westfalen 1986
(84 S., 7,50 DM; Bestell-Nr. B 10 2 8600)

Heft 557: Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Wintersemester 1985/86
(256 S., 26,00 DM; Bestell-Nr. B 30 2 8500)

Heft 559: Zahlungsschwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen 1982 – 1985
(56 S., 5,50 DM; Bestell-Nr. J 13 2 8500)

Sonderveröffentlichung

Der Weserraum, Ausgewählte Daten,
Gemeinschaftsveröffentlichung LDS NRW/Weserbund e. V.
(96 S., 5,00 DM; Bestell-Nr. Z 17 4 8600)

Verzeichnisse

Behördenverzeichnis Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1986/87
(386 S., 26,00 DM; Bestell-Nr. Z 11 5 8600)

Verzeichnis der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen 1986,
Stand 31. 12. 1985
(368 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. A 53 5 8600)

Statistische Berichte

Die Bevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens am 31. 12. 1985
(32 S., 3,00 DM; Bestell-Nr. A 12 3 8522)

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in
Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1985,
Ergebnisse der Beschäftigten- und Entgeltstatistik
nach Verwaltungsbezirken
(134 S., 7,00 DM; Bestell-Nr. A 66 3 8522)

Die Behinderten in Nordrhein-Westfalen am 31. Dezember 1985
(86 S., 8,00 DM; Bestell-Nr. K 31 3 8500)

Das Personal der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen 1985
(158 S., 15,50 DM; Bestell-Nr. L 32 3 8500)

Die öffentliche Abfallbeseitigung in Nordrhein-Westfalen 1984
(40 S., 4,50 DM; Bestell-Nr. Q 21 3 8400)

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in
Nordrhein-Westfalen 1984
(42 S., 4,50 DM; Bestell-Nr. Q 31 3 8400)

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unseren Veröffentlichungs-Kurzkatalog.

Lfd. Nr.	Ausgabe-/Einnahmeart	Ausgaben/Einnahmen für das Jahr 1984 im Pla		
		1980 — 1984	1981 — 1985	1982 — 1986
		1 000 DM		
		1	2	3
1	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	54 555 031	51 979 671	50 539 338
2	Personalausgaben	15 267 779	14 246 245	13 662 877
3	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	13 027 056	12 452 577	12 110 370
4	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)	11 860 792	11 232 084	11 030 431
5	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1 322 175	1 204 712	1 253 778
6	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	7 795 312	7 536 672	7 731 178
7	sonstige Finanzausgaben	14 399 404	14 048 765	13 735 660
8	Zinsausgaben	3 518 167	3 748 892	3 462 035
9	Gewerbsteuerumlage	2 209 162	1 925 411	1 665 016
10	Zuführung zum Vermögenshaushalt	2 298 708	2 064 776	2 049 815
11	Ausgaben des Vermögenshaushalts	13 283 453	12 674 082	12 372 861
12	Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1 182 465	1 049 075	951 976
13	Vermögenserwerb	1 904 528	1 791 260	1 881 993
14	Baumaßnahmen	8 238 460	7 666 421	6 986 506
15	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	1 763 781	2 003 224	2 300 013
16	Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögens- haushalts zusammen	67 838 484	64 653 753	62 912 199
17	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	53 727 876	50 724 224	49 138 499
18	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	35 631 509	32 742 501	31 048 957
19	Grundsteuern A und B	1 719 071	1 746 933	1 832 123
20	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	9 098 582	8 450 893	7 920 366
21	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8 963 339	8 171 843	7 425 484
22	allgemeine Zuweisungen	9 163 468	8 168 185	7 301 080
23	allgemeine Umlagen	6 073 031	5 604 949	6 012 295
24	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	13 415 061	13 268 121	13 091 122
25	sonstige Finanzeinnahmen	4 681 306	4 713 602	4 998 420
26	Einnahmen des Vermögenshaushalts	13 266 145	12 666 427	12 348 142
27	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2 298 708	2 064 776	2 049 815
28	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5 212 239	4 780 332	4 305 193
29	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	4 119 190	4 037 892	4 141 360
30	Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögens- haushalts zusammen	66 994 021	63 390 651	61 486 641

TABELLENTEIL

Kommunale Finanzplanung für das Jahr 1984 in den Planungszeiträumen 1980/1984 bis 1984/1988

Planungszeitraum		Veränderung Planungszeitraum 1984 — 1988 gegenüber Planungszeitraum				Lfd. Nr.
1983 — 1987	1984 — 1988	1980 — 1984	1981 — 1985	1982 — 1986	1983 — 1987	
		%				
4	5	6	7	8	9	
48 557 905	49 131 185	— 9,94	— 5,48	— 2,79	+ 1,18	1
13 326 534	13 357 043	— 12,51	— 6,24	— 2,24	+ 0,23	2
12 142 058	12 246 898	— 5,99	— 1,65	+ 1,13	+ 0,86	3
10 448 205	10 612 774	— 10,52	— 5,51	— 3,78	+ 1,58	4
955 444	974 818	— 26,27	— 19,08	—22,25	+ 2,03	5
7 784 883	7 897 629	+ 1,31	+ 4,79	+ 2,15	+ 1,45	6
12 641 108	12 914 470	— 10,31	— 8,07	— 5,98	+ 2,16	7
3 101 536	3 022 226	— 14,10	— 19,38	—12,70	— 2,56	8
1 054 766	1 100 296	— 50,19	— 42,85	—33,92	+ 4,32	9
2 057 568	2 295 447	— 0,14	+ 11,17	+11,98	+11,56	10
14 252 718	15 277 090	+ 15,01	+ 20,54	+23,47	+ 7,19	11
1 003 350	1 113 746	— 5,81	+ 6,16	+16,99	+11,00	12
2 076 773	2 378 889	+ 24,91	+ 32,81	+26,40	+14,55	13
6 449 765	6 755 592	— 18,00	— 11,88	— 3,31	+ 4,74	14
4 307 109	4 436 539	+151,54	+121,47	+92,89	+ 3,01	15
62 810 623	64 408 275	— 5,06	— 0,38	+ 2,38	+ 2,54	16
47 879 315	48 545 818	— 9,65	— 4,29	— 1,21	+ 1,39	17
30 115 282	30 452 517	— 14,53	— 6,99	— 1,92	+ 1,12	18
1 890 530	1 883 877	+ 9,59	+ 7,84	+ 2,82	— 0,35	19
7 556 704	7 729 398	— 15,05	— 8,54	— 2,41	+ 2,29	20
7 013 067	6 996 835	— 21,94	— 14,38	— 5,77	— 0,23	21
7 115 700	7 322 909	— 20,09	— 10,35	+ 0,30	+ 2,91	22
5 945 885	5 886 004	— 3,08	+ 5,01	— 2,10	— 1,01	23
12 539 489	12 693 169	— 5,38	— 4,33	— 3,04	+ 1,23	24
5 224 544	5 400 132	+ 15,36	+ 14,56	+ 8,04	+ 3,36	25
14 251 406	15 276 998	+ 15,16	+ 20,61	+23,72	+ 7,20	26
2 057 568	2 295 447	— 0,14	+ 11,17	+11,98	+11,56	27
3 827 853	3 996 928	— 23,32	— 16,39	— 7,16	— 4,42	28
5 933 888	5 953 307	+ 44,53	+ 47,44	+43,75	+ 0,33	29
62 130 721	63 822 816	— 4,73	+ 0,68	+ 3,80	+ 2,72	30

Lfd. Nr.	Ausgabe-/Einnahmeart	Ausgaben/Einnahmen für das Jahr 1985 im Pla		
		1981 — 1985	1982 — 1986	1983 — 1987
		1 000 DM		
		1	2	3
1	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	54 735 342	52 821 540	50 431 650
2	Personalausgaben	14 800 677	14 035 493	13 593 954
3	sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	12 994 673	12 542 054	12 538 427
4	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)	11 708 890	11 506 087	10 895 644
5	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1 244 773	1 282 819	977 221
6	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	7 873 101	8 109 558	8 191 038
7	sonstige Finanzausgaben	15 231 102	14 737 906	13 403 625
8	Zinsausgaben	3 973 733	3 641 289	3 261 301
9	Gewerbsteuerumlage	2 053 112	1 733 403	1 099 627
10	Zuführung zum Vermögenshaushalt	2 274 455	2 185 073	2 165 298
11	Ausgaben des Vermögenshaushalts	11 940 077	11 700 178	12 460 651
12	Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	979 495	808 668	851 604
13	Vermögenserwerb	1 678 780	1 782 416	1 903 918
14	Baumaßnahmen	6 898 544	6 476 461	6 730 647
15	Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	2 223 987	2 472 919	2 720 555
16	Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen	66 675 419	64 521 718	62 892 301
17	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	53 343 136	51 317 416	49 433 038
18	Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen	34 683 667	32 675 541	31 305 412
19	Grundsteuern A und B	1 798 910	1 880 762	1 948 421
20	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	9 024 170	8 253 258	7 810 110
21	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8 893 742	7 901 362	7 346 617
22	allgemeine Zuweisungen	8 443 310	7 723 475	7 337 517
23	allgemeine Umlagen	5 909 861	6 351 234	6 250 784
24	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	13 799 636	13 520 933	12 881 653
25	sonstige Finanzeinnahmen	4 859 833	5 120 942	5 245 973
26	Einnahmen des Vermögenshaushalts	11 939 237	11 675 089	12 435 122
27	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2 274 455	2 185 073	2 165 298
28	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4 291 459	3 951 934	3 747 847
29	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	3 705 630	3 812 216	4 590 973
30	Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen	65 282 373	62 992 505	61 868 160

Kommunale Finanzplanung für das Jahr 1985 in den Planungszeiträumen 1981/1985 bis 1985/1989

2

Planungszeitraum		Veränderung Planungszeitraum 1985 — 1989 gegenüber Planungszeitraum				Lfd. Nr.
1984 — 1988	1985 — 1989	1981 — 1985	1982 — 1986	1983 — 1987	1984 — 1988	
		%				
4	5	6	7	8	9	
50 641 995	51 427 067	— 6,04	— 2,64	+ 1,97	+ 1,55	1
13 616 075	13 764 041	— 7,00	— 1,93	+ 1,25	+ 1,09	2
12 925 955	13 244 219	+ 1,92	+ 5,60	+ 5,63	+ 2,46	3
10 810 056	10 984 669	— 6,19	— 4,53	+ 0,82	+ 1,62	4
834 943	871 167	— 30,01	—32,09	—10,85	+ 4,34	5
8 231 547	8 390 060	+ 6,57	+ 3,46	+ 2,43	+ 1,93	6
13 289 909	13 434 138	— 11,80	— 8,85	+ 0,23	+ 1,09	7
3 075 266	2 976 260	— 25,10	— 18,26	— 8,74	— 3,22	8
1 128 214	1 185 564	— 42,26	—31,60	+ 7,82	+ 5,08	9
2 448 323	2 604 609	+ 14,52	+19,20	+20,29	+ 6,38	10
15 131 001	16 299 249	+ 36,51	+39,31	+30,81	+ 7,72	11
1 055 498	1 133 852	+ 15,76	+40,21	+33,14	+ 7,42	12
2 227 762	2 672 164	+ 59,17	+49,92	+40,35	+19,95	13
6 970 693	7 245 177	+ 5,02	+11,87	+ 7,64	+ 3,94	14
4 474 829	4 707 971	+111,69	+90,38	+73,05	+ 5,21	15
65 772 996	67 726 316	+ 1,58	+ 4,97	+ 7,69	+ 2,97	16
50 160 323	50 976 496	— 4,44	— 0,66	+ 3,12	+ 1,63	17
31 791 581	32 073 126	— 7,53	— 1,84	+ 2,45	+ 0,89	18
1 937 919	1 948 429	+ 8,31	+ 3,60	+ 0,00	+ 0,54	19
8 015 338	8 358 696	— 7,37	+ 1,28	+ 7,02	+ 4,28	20
7 448 425	7 437 995	— 16,37	— 5,86	+ 1,24	— 0,14	21
7 512 702	7 491 810	— 11,27	— 3,00	+ 2,10	— 0,28	22
6 181 167	6 142 124	+ 3,93	— 3,29	— 1,74	— 0,63	23
12 904 798	13 149 377	— 4,71	— 2,75	+ 2,08	+ 1,90	24
5 463 944	5 753 993	+ 18,40	+12,36	+ 9,68	+ 5,31	25
15 131 001	16 299 113	+ 36,52	+39,61	+31,07	+ 7,72	26
2 448 323	2 604 609	+ 14,52	+19,20	+20,29	+ 6,38	27
4 003 767	4 312 340	+ 0,49	+ 9,12	+15,06	+ 7,71	28
6 100 344	6 385 549	+ 72,32	+67,50	+39,09	+ 4,68	29
65 291 324	67 275 609	+ 3,05	+ 6,80	+ 8,74	+ 3,04	30

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1986

(724 Seiten, 39,00 DM, Bestell-Nr. Z 02 1 8600)

In seinem 28. Jahrgang bietet dieses statistische Standardwerk über Nordrhein-Westfalen wiederum einen breiten Querschnitt von Ergebnissen aus der amtlichen Statistik.

Eine umfassende Aktualisierung bei weitgehend beibehaltenem Tabellenaufbau sichert dem Benutzer die Möglichkeit, nicht nur Strukturen erkennen, sondern auch die zeitliche Entwicklung beurteilen zu können. Neu aufgenommen wurden u. a. weitere Merkmale zur Struktur der Arbeitslosen, die Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken, die Ergebnisse der Beschäftigtenschätzung sowie aus dem Bereich Umweltschutz Angaben über das Sonderabfallaufkommen, die öffentlichen Kläranlagen und die Ergebnisse der Waldschadenserhebung.

Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen 1986

(124 Seiten, 9,00 DM, Bestell-Nr. Z 03 1 8600)

Bereits zum 36. Male werden in übersichtlicher Form statistische Angaben für die Kreise und kreisfreien Städte des größten deutschen Bundeslandes vorgelegt. Ob Sie Daten über die Steuereinnahmekraft eines Kreises, den Beitrag einer kreisfreien Stadt zum Bruttoinlandsprodukt des Landes oder Beschäftigtenzahlen und Umsätze in den großen Wirtschaftssektoren suchen oder wichtige Erhebungsergebnisse zur Gesundheit, Bildung, dem Kraftfahrzeugbestand usw. — ein Zugriff und viele Antworten!

Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens 1986

(376 Seiten, 13,00 DM, Bestell-Nr. Z 04 1 8600)

Auch das handliche Taschenbuch mit ausgewählten Eckdaten für die 396 Gemeinden NRWs hat sich längst einen festen Nutzerkreis erschlossen. Die Ausgabe 1986 (11. Jahrgang) bietet 160 Daten für jede Kommune, von der Altersgliederung der Bevölkerung (als Ergebnis einer Modellrechnung) über die Flächennutzung, den Industriebesatz und das Baugewerbe sowie die Gemeindefinanzen bis hin zum Wählerverhalten. Erstmals nachgewiesen werden Ergebnisse der Beschäftigtenschätzung.

ZAHLENSPIEGEL

1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
16 685	16 684	16 682	16 665	1
8 163	12 346	8 980	10 249	10 043	10 560	9 980	2
5,8	8,7	6,5	7,5	3
13 995	13 948	14 207	14 273	14 963	14 586	15 400	4
9,9	9,8	10,4	10,4	5
4,3	3,6	4,1	3,8	2,9	4,6	4,0	6
14 972	14 537	14 666	15 182	14 790	14 072	14 729	7
10,6	10,3	10,7	11,1	8
122	116	120	138	119	141	150	9
8,7	8,3	8,4	9,7	8,0	9,7	9,7	10
-977	-589	-459	-909	+173	+514	+671	11
-0,7	-0,4	-0,3	-0,7	12
22 965	22 076	21 027	19 139	13
21 155	22 399	22 519	16 380	14
+1 810	-323	-1 492	+2 759	15
43 844	42 121	40 577	35 635	16
742	729	713	699	719	721	699	17
410	399	387	373	380	381	369	18
.	.	.	2 075	.	.	.	19
.	.	.	608	.	.	.	20
.	6 495	.	.	.	6 572	.	21
.	2 273	.	.	.	2 359	.	22
.	733	.	.	.	745	.	23
.	476	.	.	.	488	.	24
60	76	77	66	71	69	83	25
22	26	27	25	25	27	31	26
1 036	1 017	1 038	1 028	1 075	996	1 090	27
5	6	7	7	6	5	7	28
104	108	110	108	113	106	119	29
17	22	22	20	22	20	25	30
3	3	3	3	3	3	4	31
84	82	84	85	88	82	90	32
2 015	2 188	1 713	1 158	1 358	1 679	1 892	33
3 408	3 063	2 895	3 227	3 343	3 000	3 410	34
3 370	3 345	3 457	3 473	3 866	3 655	3 881	35
288	271	243	305	301	276	249	36
97,4	96,8	96,2	97,9	97,6	97,1	96,6	37
14,5	13,7	12,6	16,4	15,6	14,3	13,3	38
118	113	120	118	120	101	122	39
82	95	103	108	96	83	100	40
1 952	1 968	1 970	1 959	1 973	1 977	1 986	41
1 370	1 382	1 381	1 371	1 384	1 386	1 390	42
173 614	193 930	194 990	186 985	198 870	165 096	193 719	43
4 372	4 199	4 103	4 315	4 458	4 416	4 360	44
2 727	2 663	2 667	3 028	2 919	2 820	2 803	45
33 810	34 535	37 385	35 079	34 779	29 026	35 224	46
9 594	10 090	10 868	10 502	10 143	7 939	9 987	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 6) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: ohne Innereien — 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 9) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in mehr Beschäftigten

1985			1986			Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	
.	.	6 330	5 929	.	.	5 348
.	.	2 561	2 923	.	.	2 738
.	.	970	1 081	.	.	1 117
.	.	1 591	1 842	.	.	1 621
.	.	968	1 368	.	.	1 325
.	.	210	435	.	.	366
.	.	758	933	.	.	959
6 311	6 539	6 505	6 396	6 560	6 033	6 461
2 527	2 357	2 410	2 307	2 311	2 298	2 629
87	87	90	86	84	83	80
161	165	165	159	159	158	162
131	135	134	130	129	129	132
15 724	16 566	15 960	14 738	16 408	13 598	15 068
441	430	406	391	450	421	405
166	170	163	165	171	173	169
2 046	1 951	1 975	1 689	1 760	1 618	1 754
311	286	263	210	211	187	219
122	116	118	113	114	100	110
91	96	99	102	95	84	94
530	532	533	525	528	528	530
357	358	358	351	354	353	354
46 909	50 827	50 580	48 139	50 579	44 303	48 555
1 203	1 177	1 251	1 243	1 218	1 203	1 284
862	850	872	947	912	882	892
14 385	14 458	14 774	13 037	12 727	11 270	12 694
4 589	4 510	4 637	4 123	3 952	3 491	4 042
124	113	122	131	136	105	131
76	97	110	118	101	82	107
841	848	850	858	866	866	870
578	583	585	591	597	597	599
72 713	82 667	84 012	82 100	87 418	70 040	85 078
1 891	1 794	1 690	1 850	1 936	1 965	1 854
1 248	1 201	1 191	1 413	1 361	1 306	1 284
10 791	10 856	12 909	13 010	12 581	9 714	12 783
3 645	4 060	4 670	4 980	4 709	3 236	4 211
98	110	128	108	109	98	138
67	91	101	102	90	74	102
316	318	317	315	316	318	318
235	236	235	233	235	236	235
27 868	33 360	33 918	32 119	33 780	27 090	34 315
660	620	587	655	674	645	637
322	313	313	364	343	327	326
3 803	4 511	4 901	4 482	4 788	3 827	5 139
840	1 024	1 074	988	1 067	841	1 077
92	99	104	112	104	97	103
104	105	105	102	104	107	106
69	70	69	66	69	71	70
10 400	10 510	10 520	9 889	10 685	10 065	10 703
177	178	169	176	180	182	180
129	129	128	139	132	132	133
2 785	2 759	2 826	2 861	2 923	2 597	2 853
209	210	224	201	204	184	220
.	.	97,0	92,3	.	.	94,8
.	.	128,1	127,3	.	.	131,6

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsquartals

1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
9 437	9 320	10 573	9 484	9 698	9 005r	9 539	1
8 261	8 797	9 941	9 248	9 222	2
1 692	1 585	1 666	1 363	1 402	1 326	1 384	3
236 225	238 938	237 664	223 887p	225 808p	227 701p	227 992p	4
25 714	28 970	28 734	26 128p	28 586p	22 004p	27 290p	5
8 528	10 208	9 810	8 503p	9 092p	6 557p	8 608p	6
9 305	9 833	9 842	9 125p	10 267p	8 225p	9 823p	7
7 881	8 929	9 082	8 500p	9 227p	7 222p	8 859p	8
592,4	607,1	592,5	549,3p	601,3p	561,0p	569,1p	9
134,2	132,3	131,5	134,0p	131,0p	131,3p	137,9p	10
1 908,8	2 091,4	2 147,1	1 973,3p	2 216,3p	1 965,0p	2 074,1p	11
2 331	2 247	2 496	2 721	2 500	2 646	2 071	12
2 116	2 066	2 264	2 569	2 343	2 487	1 956	13
2 347	2 230	2 562	2 467	2 275	2 322	1 922	14
726 661	697 419	806 498	772 595	712 446	731 118	597 321	15
406	374	436	410	381	390	320	16
452	471	533	401	442	446	383	17
2 629	2 563	2 944	1 681	2 176	2 171	2 182	18
406 985	522 745	446 350	280 987	336 557	381 356	421 774	19
426	424	437	275	362	367	348	20
4 806	4 350	5 201	4 496	4 084	4 245	3 562	21
107,6	106,6	104,5	107,9	117,1	98,6	110,2	22
110,0	117,2	105,8	115,9	120,8	107,3	109,4	23
95,2	88,7	107,4	94,5	105,2	87,1	125,5	24
94,2	91,2	96,8	94,4	100,3	80,4	96,7	25
94,3	100,6	99,1	93,6	100,6	91,9	99,9	26
118,7	125,6	130,8	106,7	114,4	113,0	133,9	27
115,1	116,6	113,4	120,6	131,6	115,7	116,5	28
123,2	127,0	118,3	108,4	109,5	100,9	105,1	29
135,1	112,4	119,7	150,6	156,9	116,0	132,0	30
102,5	103,2	93,1	91,1	102,6	88,8	94,9	31
123,1	122,8	123,8	105,3	106,7	92,9	106,4	32
127,7	130,2	127,6	94,5	92,7	80,9	93,8	33
116,4	111,7	118,1	121,4	127,5	110,8	125,1	34
87,9	109,3	113,7	109,7	112,2	101,1	113,9	35
102,2	117,6	141,8	127,8	120,7	115,2	152,9	36
96,6	107,2	106,3	104,3	109,2	97,8	103,5	37
100,7	109,0	119,3	125,9	128,3	96,2	122,3	38
168 697	164 421	174 350	150 391	182 265	169 217	153 083	39
191 643	164 686	195 220	161 336	221 348	155 275	153 128	40
11 875,3	11 391,8	12 279,7	12 112,0	12 180,3	9 469,3	11 525,3	41
357,7	318,9	348,8	311,7	315,4	282,2	359,5	42
11 517,6	11 072,9	11 930,9	11 800,3	11 864,9	9 187,1	11 165,8	43
311,2	299,3	320,3	259,4	266,6	216,1	271,4	44
1 142,2	1 031,1	1 156,0	903,0	809,8	674,1	806,2	45
10 064,2	9 742,5	10 454,6	10 637,9	10 788,5	8 296,9	10 088,2	46
3 445,3	3 168,2	3 432,6	3 348,9	3 202,3	2 561,5	3 105,7	47
6 618,9	6 574,3	7 022,0	7 289,0	7 586,2	5 735,4	6 982,5	48
1 047,4	1 230,0	1 382,2	1 389,9	1 087,5	1 029,3	1 393,9	49
201,0	281,8	273,3	273,5	235,8	216,1	277,8	50
1 219,3	881,2	1 230,4	1 303,4	1 281,1	764,5	1 193,6	51
146,1	91,7	103,0	103,5	103,3	79,0	98,2	52
1 039,5	1 085,7	1 179,3	1 119,5	1 208,4	806,6	968,9	53
806,2	470,1	797,3	868,7	874,9	413,1	803,0	54
1 285,5	1 356,7	1 421,3	1 339,6	1 294,9	1 086,8	1 361,2	55
70,6	58,2	58,3	85,2	82,2	53,0	63,7	56
57,4	56,2	63,6	69,4	65,4	49,6	65,1	57
220,7	162,7	224,1	331,5	326,5	203,2	274,5	58

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
5 802,4	5 453,4	6 450,3	6 884,1	6 560,0	4 701,3	6 499,8	1
1 401,0	1 535,1	1 553,2	1 666,7	1 692,9	1 406,3	1 687,3	2
4 671,9	4 403,3	4 276,1	3 561,2	3 927,3	3 361,7	3 338,2	3
647	794	963	844	786	654	959	4
178	185	190	145	174	165	191	5
2 676	2 823	2 996	2 742	2 834	2 656	3 040	6
479	450	430	333	483	408	473	7
11 608	11 996	11 702	11 640	10 880	11 326	...	8
7 111	7 020	6 797	6 561	6 604	6 435	...	9
4 497	4 976	4 905	5 079	4 276	4 891	...	10
11 730	12 547	11 609	13 088	11 928	11 807	...	11
8 282	8 658	7 658	8 695	8 607	7 649	...	12
3 448	3 889	3 951	4 393	3 321	4 158	...	13
59 677	46 293	51 596	66 880	65 662	46 372	58 530	14
53 816	40 860	47 465	60 700	59 988	42 760	54 246	15
2 145	2 149	2 120	2 406	2 564	1 790	2 455	16
2 692	2 407	1 159	2 742	2 015	1 113	848	17
34 535	41 790	40 449	42 825	44 317	36 125	42 590	18
7 205	8 602	8 071	8 721	8 626	6 835	7 593	19
27 330	33 188	32 378	34 104	35 691	29 290	34 997	20
143	145	154	153	151	149	125	21
9 153	10 723	10 062	11 023	10 831	8 704	9 492	22
2 634	3 014	2 894	3 171	2 916	2 518	2 674	23
7 318	7 329	7 219	6 654	7 085	6 198	6 756	24
9 562	9 275	9 243	8 263	8 521	7 557	8 466	25
345	336	334	293	308	270	306	26
350	336	362	236	245	209	247	27
3 861	3 918	4 297	3 706	3 981	3 462	4 340	28
234	244	226	243	252	235	...	29
150	143	147	135	144	134	139	30
412 069	412 369	413 252	424 765	424 177	424 515	426 527	31
404 092	404 235	405 452	416 438	415 827	415 949	417 804	32
89 057	88 151	88 210	89 647	86 813	85 596	86 860	33
87 161	86 599	87 091	86 802	85 473	84 475	85 482	34
1 896	1 552	1 119	2 845	1 340	1 121	1 378	35
38 200	38 307	38 209	36 726	36 711	36 517	36 145	36
34 255	34 329	34 201	33 274	33 346	33 288	32 937	37
3 945	3 978	4 008	3 452	3 365	3 229	3 208	38
277 251	278 320	279 115	289 957	292 190	293 909	294 994	39
223 553	224 552	225 227	236 781	238 291	239 775	240 893	40
53 698	53 768	53 888	53 176	53 899	54 134	54 101	41
7 561	7 591	7 718	8 435	8 463	8 493	8 528	42
6 869	6 884	6 910	7 315	7 321	7 310	7 341	43
692	707	808	1 120	1 142	1 183	1 187	44

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren

1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
346 495	346 914	347 036	370 937	369 690	371 190	372 643	1
200 263	200 289	200 044	212 688	212 034	212 963	214 110	2
163 411	162 721	163 206	172 802	173 239	173 563	174 652	3
36 852	37 568	36 838	39 886	38 795	39 400	39 458	4
146 232	146 625	146 992	158 249	157 656	158 227	158 533	5
89 329	89 551	89 746	94 843	94 262	94 558	94 708	6
10 913	8 469	7 952	7 958	9 901	7 709	8 207	7
11 414	8 077	7 585	7 410	10 494	7 137	7 901	8
438	513	494	548	480	488	490	9
6	2	1	4	5	—	—	10
4 247	3 596	4 104	3 465	3 500	3 121	3 242	11
38	29	35	27	27	24	28	12
467 697	469 532	455 609	536 744	545 541	557 412	547 493	13
447 244	449 790	436 314	507 106	515 459	527 304	517 645	14
20 453	19 742	19 295	29 638	30 082	30 108	29 848	15
122	122	121	141	143	143	143	16
122	121	120	140	141	142	142	17
139	137	136	166	167	166	166	18
9 812	9 845	9 919	9 881	9 885	9 910	9 962	19
5 605	5 636	5 708	5 683	5 688	5 708	5 761	20
2 951	2 950	2 952	2 960	2 962	2 962	2 962	21
7 202,2	6 053,0	10 558,7	11 118,7	7 197,7	6 514,2	10 483,2	22
4 085,0	3 397,2	7 567,5	7 817,4	4 239,0	3 296,1	7 845,8	23
3 705,1	3 201,4	3 332,3	3 625,8	3 894,6	3 256,5	3 424,0	24
—259,8	—161,2	2 556,9	2 170,5	—171,4	—104,1	2 428,7	25
378,3	260,6	147,2	230,3	358,6	458,6	72,0	26
261,3	96,4	1 531,2	1 790,9	157,2	—314,9	1 921,0	27
3 117,2	2 655,8	2 991,2	3 301,2	2 958,8	3 218,1	2 637,4	28
1 193,4	874,5	1 349,9	1 673,1	1 360,7	1 589,3	1 415,7	29
1 923,8	1 781,3	1 641,3	1 628,1	1 598,1	1 628,8	1 221,7	30
1 250,4	1 260,0	1 230,0	1 361,4	1 313,2	1 330,2	1 317,8	31
0,4	0,1	—0,3	—1,1	0,1	0,2	0,1	32
112,6	120,9	124,0	112,6	123,7	128,2	120,1	33
1 069,4	1 011,2	1 040,4	1 179,8	1 121,7	1 075,7	1 130,3	34
650,2	597,6	668,2	772,5	690,8	672,4	734,6	35
334,0	549,5	260,6	422,1	503,8	732,8	444,7	36
12,0	243,4	18,3	11,0	19,1	253,7	17,9	37
196,5	157,9	115,5	282,9	298,4	317,2	247,0	38
32,3	36,6	35,1	38,4	31,2	41,1	32,7	39
.	.	2 829,1	2 921,2	.	.	3 023,8	40
.	.	2 086,2	2 223,5	.	.	2 247,7	41
.	.	14,2	14,6	.	.	15,1	42
.	.	566,4	515,1	.	.	593,7	43
.	.	16 221,6	16 291,7	.	.	16 579,2	44
.	.	6 596,8	6 181,2	.	.	6 735,8	45
.	.	5 740,6	6 039,0	.	.	5 729,3	46
.	.	143,8	149,9	.	.	153,0	47
.	.	10 313,1	10 429,0	.	.	11 017,7	48
.	.	6 596,8	6 181,2	.	.	6 735,8	49
.	.	2 428,3	2 553,4	.	.	2 447,6	50
.	.	143,8	149,9	.	.	153,0	51
.	.	4 397,6	4 272,3	.	.	4 627,0	52
.	.	1 856,2	1 650,8	.	.	1 909,3	53
.	.	1 798,6	1 923,8	.	.	1 941,7	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

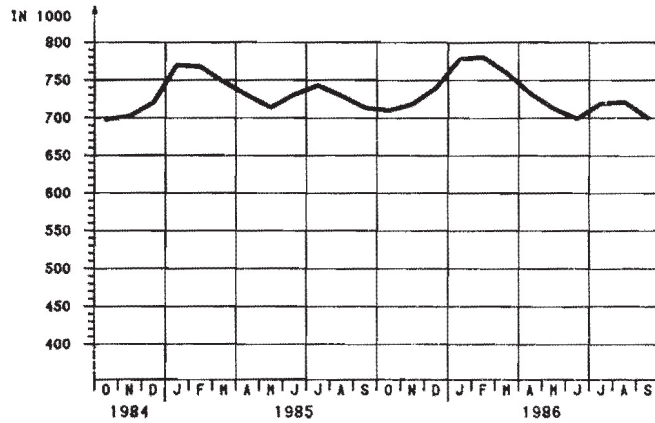
1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
121,1	120,7	120,9	120,7	120,2	119,9	120,0	1
116,3	115,2	115,3	117,7	117,3	116,3	116,0	2
126,1	126,4	127,2	122,4	121,2	121,7	121,6	3
117,3	117,5	117,6	118,4	118,4	118,5	118,6	4
119,9	120,2	120,7	122,1	122,1	122,4	122,7	5
121,1	120,7	120,8	120,8	120,3	119,9	120,1	6
116,0	114,9	115,0	117,2	116,8	115,8	115,6	7
126,4	126,7	127,4	123,6	122,6	122,9	122,7	8
117,3	117,4	117,5	118,4	118,4	118,4	118,6	9
120,6	120,9	121,3	122,9	123,0	123,2	123,5	10
.	115,1	.	.	.	116,2	.	11
.	110,9	.	.	.	111,5	.	12
.	121,1	.	.	.	123,0	.	13
.	115,8	.	.	.	117,0	.	14
.	117,2	.	.	.	118,7	.	15
.	117,1	.	.	.	119,0	.	16
.	102,4	.	.	.	103,7	.	17
725	.	.	.	750	.	.	18
768	.	.	.	796	.	.	19
494	.	.	.	515	.	.	20
481	.	.	.	502	.	.	21
17,54	.	.	.	18,13	.	.	22
18,54	.	.	.	19,17	.	.	23
12,50	.	.	.	13,05	.	.	24
12,20	.	.	.	12,76	.	.	25
41,3	.	.	.	41,4	.	.	26
39,5	.	.	.	39,4	.	.	27
4 440	.	.	.	4 613	.	.	28
3 038	.	.	.	3 168	.	.	29
4 690	.	.	.	4 849	.	.	30
3 117	.	.	.	3 248	.	.	31
3 651	.	.	.	3 862	.	.	32
2 477	.	.	.	2 569	.	.	33
+0,1	+0,2	+0,2	+0,8	+0,8	+0,9	+1,0	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

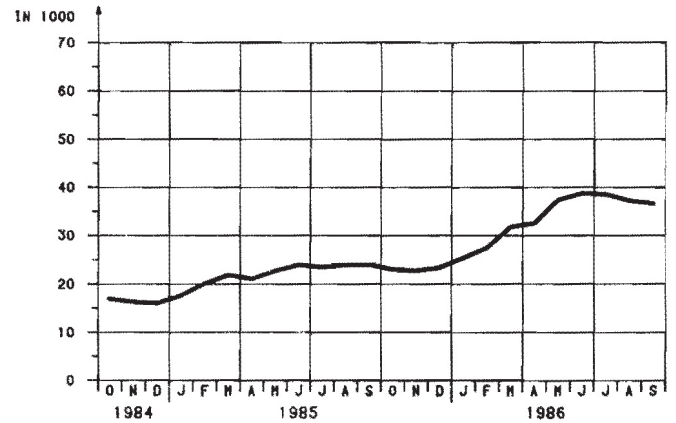
1985			1986				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
61 025 6,8 10,4 11,2	61 031 8,5 9,6 10,1	61 035 7,1 10,2 10,9	... 8,8 10,5 11,2	... 7,0 10,8 10,7	... 8,4 10,3 10,1	... 7,4 11,3 11,0	1 2 3 4
2 221	25 717p 2 217	2 152	25 774p 2 078	25 859p 2 132	25 999p 2 120	26 170p 2 046p	5 6
385 2 311	370 2 164	404 1 999	398 2 381	395 2 388	378 2 233	438 2 081	7 8
6 961 658 125 065 36 636 99,2	7 002 611 111 401 31 488 89,6	7 035 675 130 668 38 876 108,7	7 044 659 125 026 38 040 110,3	7 096 675 121 608 35 709 100,3	7 122 594 104 803 29 178 90,3	7 149 700 129 463 38 122 110,5	9 10 11 12 13
1 055 134 51	1 066 116 42	1 070 132 50	1 012 121 44	1 022 129 45	1 032 109 37	1 036 132 46	14 15 16
114,7 3 347 2 330 650 697	107,0 2 887 2 041 618 771	107,0r 3 344 2 346 657 584	111,0r 3 060 2 220 519 529	116,2r 3 170 2 211 562 664	104,5 2 798 1 983 513 536	112,9p 3 290 2 303 545 532	17 18 19 20 21
41 136 47 896	35 620 38 967	36 470 43 899	34 470 44 395	34 528 45 417	27 975 36 117	34 045 44 407	22 23
28 656 21 232 11 156p 96,5	25 968 20 852 10 896p 85,0	28 012 20 269 10 826p 98,6	26 335 21 254 11 137p 89,7	25 706 ... 11 595p 96,4	23 481 ... 11 220p 85,0 10 410p ...	24 25 26 27
100,4 569,0 1 500,8 456,1	101,2 570,5 1 503,7 455,9	100,0 572,5 1 512,9 456,9	105,4 633,3 1 606,2 460,7	108,1 632,4 1 608,5 464,4	108,3 635,4 1 612,2 463,7	107,1p 637,1p 1 618,8p 463,3p	28 29 30 31
27 442 14 004 13 119 -778 1 110 552 4 569 4 316 1 424	26 733 12 906 12 211 -569 1 136 129 4 604 4 184 2 059	39 350 28 045 11 851 8 299 304 7 592 4 562 4 334 1 124	40 987 28 281 12 401 7 284 771 7 825 4 712 4 458 1 602	28 837 14 670 13 941 -655 1 412 -28 4 698 4 427 1 763	28 433 13 348 12 717 -446 1 157 -79 4 744 4 306 2 363	39 850p 28 410 12 102 8 257 305 7 747 4 857p 4 593p 1 466p	32 33 34 35 36 37 38 39 40
122,3 122,1 103,7 121,1 121,1	120,9 114,8 121,9 102,7 120,7 120,7	121,3 122,1 102,7 120,9 120,9	103,9 118,5 98,9 121,1 121,2	101,6 117,7 99,0 120,5 120,7	100,7 116,7 117,5 98,1 120,2 120,3	101,3 117,5 99,0p 120,4 120,4	41 42 43 44 45 46

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER OKTOBER 1984 BIS SEPTEMBER 1986

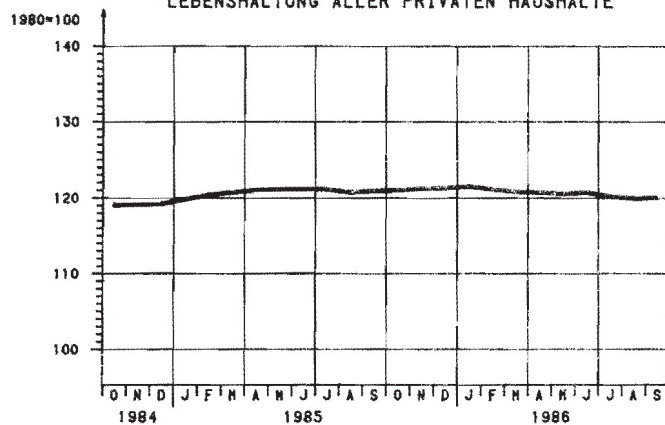
ARBEITSLÖSE



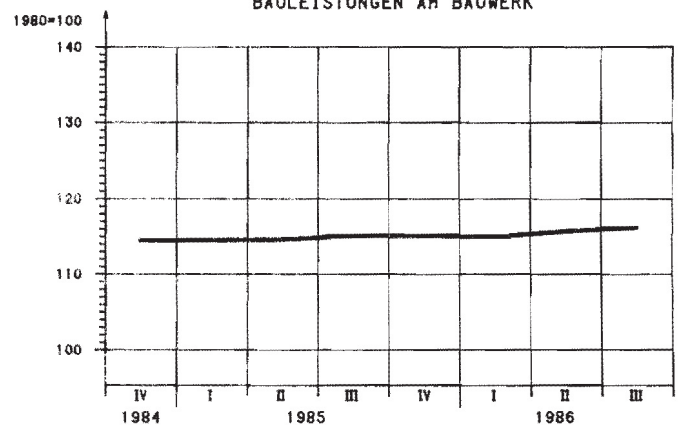
OFFENE STELLEN



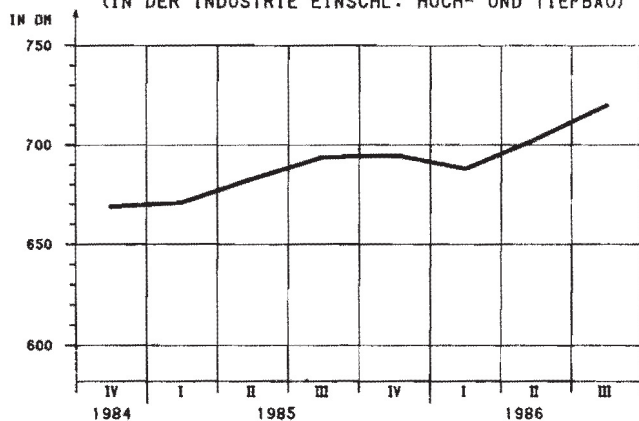
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTONONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)

